Nr. 14. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 18. Januar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Staatssekretär oder Sekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller?

Wir nahmen neulich Gelegenheit, festzustellen, wie der Wunsch des Bueck-Stumm'schen Zentralverbandes deutscher Industrieller, auf die dringendsten Reformen in der Arbeiterversicherung zu verzichten, für das neue Reichsamt des Innern sofort Befehl war. Herr v. Bötticher war eben ein Schwächling und Graf Posadowsky ist die starke Regierung. Wie einst Herr v. Manteuffel weicht er nur aus muthiger Stärke Schritt für Schritt zurück.

Das Organ des Herrn Stumm rühmt jetzt auch wegen des von uns veröffentlichten Arbeitertrutz-Rundschreibens Herrn v. Posadowsky als einen ganzen Mann, weil er „die Aufmerksamkeit des Bundes auf diese wichtige Seite des Arbeiterschutzes gelenkt hat". Wir müssen zu unserem Bedauern auch diesen Nimbus zerstören, denn der Staatssekretär hat hier ebenfalls nur einem Winke des Zentralverbandes ganz „ohn eigen Verdienst und Würdigkeit" gehorcht.

Schon vor längerer Zeit, sehr bald schon nach der kleinen Erweiterung des Arbeiterschutzes, begann die Wühlarbeit der Verbandshetzer — man gestatte uns, im Tone dieser Herren zu reden! — gegen den allzu milden § 153 der Gewerbe-Ordnung. Doch auch die letzte Eingabe des Zentralverbandes scheint Herr v. Bötticher auf die lange Bank geschoben zu haben. Sein Nachfolger hat sie da offenbar vorgefunden und sofort als Marschordre benutzt. Die von der „Post" beglückwünschten Bundesregierungen laufen da freilich Gefahr, in eine recht zweifelhafte Gesellschaft zu gerathen. Denn einmal ist unter diesen Hintermännern des neuen reaktionären Planes die sozialpolitische Beschränktheit in einer Weise Trumpf, daß selbst die heutige Bureaukratie sich in gemessenem Abstand von diesem Interessenklüngel halten sollte. Schließlich hat sie doch nicht allzuviel mehr in der Achtung des Volkes gesetzt zu setzen. Nur ein Beispiel von der Einsicht und der Urtheilsfähigkeit dieser großindustriellen Organisation des Klassen-Kampfes gegen die aufstrebende Arbeit. 1892/93 veranstaltete der Zentralverband eine Enquete unter seinen hochgebietenden Mitgliedern „in Sachen der Wirkungen der neuen Gewerbe-Ordnung", die bekanntlich selbst Graf Posadowsky, so wie sie in ihren Grundzügen ist, noch weiter in den Einzelheiten ausbauen will. Nach dem Geschäftsbericht des Herrn Bueck ging aus den 313 beantworteten Fragebogen „unzweifelhaft hervor, daß die Arbeit durch die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung eingeengt ist, daß infolge dessen die Produktion gleichfalls verringert ist, und drittens, daß damit auch eine Vertheuerung der Produktion verbunden ist, also eine Schwächung unserer Exportfähigkeit. Das sind Thatsachen, die unzweifelhaft aus der Enquete, die wir veranstaltet haben, hervorgehen". Nur aus dem Gefühl unbegrenzter Mißachtung des 1890er Kurses heraus unterließ man damals eine Bearbeitung der Regierung und des Reichstages:

> Das Direktorium hat die Frage erörtert, was auf grund dieser Wahrnehmung nun seitens des Zentralverbandes zu geschehen habe, und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß direkte Schritte bei den maßgebenden Behörden oder beim Reichstage, welche darauf abzielen könnten, bezüglich dieser Uebelstände Abhilfe zu schaffen, vorläufig nicht angebracht erscheinen. Die Schädigungen, welche infolge einzelner Bestimmungen der Gewerbe-Ordnungsnovelle das wirthschaftliche Leben, namentlich unsere Produktion und die Industrie im speziellen treffen, scheinen in denjenigen Kreisen, von denen diese Bestimmungen ausgegangen sind, noch nicht soweit zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß Anträge auf Abänderung, die jetzt etwa gestellt werden, die genügende Beachtung finden würden.

Einengung der Arbeit, Verringerung der Produktion, Schwächung der Exportfähigkeit! Mit dieser für den Verband „unzweifelhaften" „Thatsache" vergleiche man unsere wirkliche Produktionsentwickelung in den letzten Jahren und — die heutigen Reden der marineschwärmenden Verbändler über die Triumphe unserer Industrie auf den überseeischen Märkten! Wahrhaftig, welch' eine ebenso wahrheitsliebende wie weitblickende Gesellschaft schickt sich jetzt an, den umgestürzten Thron der Erlasse von 1890 zu besetzen! Und welch' eine Veredelung der sozialpolitischen Kämpfe ist von diesen Leuten zu erwarten, gegen die Herr v. Stumm immer noch ein Gentleman ist in der Ausdrucksweise, die er Arbeitern und Sozialdemokraten gegenüber wählt. Die empörendsten Beleidigungen und Beschimpfungen der Arbeiterklasse Deutschlands und Englands sind ihren Wortführern immer nothwendiges Bedürfniß und wiederholter Genuß gewesen. Alle größeren Arbeiteraktionen erscheinen ihnen nur als Anstiftungen der Führer, um „ihre willfährige Bande gegen friedliche Gewerbetreibende loszulassen und anzuhetzen". Wir beglückwünschen die Bundesregierungen von ganzem Herzen zu dieser offenen Bundesgenossenschaft; sie wird für die Wahlen eine erfreuliche Klärung schaffen.

Die Eingabe des Zentralverbandes über den § 153 der Gewerbe-Ordnung ist, wie bereits gesagt, zwar nicht selber neuesten Datums, sie ist jedoch auf den letzten Verbandstagen abermals unterstützt und in den Vordergrund gestellt worden. Auch sie beginnt, wie das Rundschreiben aus dem Reichsamt des Innern, mit dem Hinweis auf den Abänderungsentwurf von 1890. Selbst die Regierungen hätten 1890 zugegeben, „daß der § 153 in seiner bisherigen Fassung sich als ungenügend gezeigt habe, sowohl den Kontraktbruch zu verhindern als auch die im Streik befindlichen Arbeiter abzuhalten, durch Bedrohung der in der Beschäftigung verbliebenen Arbeiter diese gleichfalls zur Niederlegung der Arbeit zu nöthigen." Die in § 153 vorgeschlagenen Verschärfungen hätten hauptsächlich den Zweck gehabt, für den Fall des Ausbruchs von Streiks den zur Niederlegung der Arbeit nicht geneigten Arbeitern einen ausreichenden Schutz gegen Vergewaltigungen streikender Kameraden zu gewähren und die Aufforderung zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit zu bestrafen. Die Denkschrift der Stümmlinge fährt dann fort:

> Die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen haben die Richtigkeit der seinerzeit von der Industrie vertretenen Anschauungen dargethan. Ganz besonders haben die ausgebrochenen Ausstände gezeigt, daß die geltenden Bestimmungen nicht ausreichen, die Arbeiter von Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch abzuhalten, die nicht zum Streik geneigten Arbeiter vor Zwang zu schützen und den gewerbsmäßigen Agitatoren, die zwecks Verallgemeinerung entstehender Ausstandsbewegungen zur Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch auffordern, das Handwerk zu legen. Wäre es möglich gewesen, an der Hand der in § 153 vorgeschlagenen Bestimmungen, der gewerbsmäßigen Hetzarbeit der Agitatoren rechtzeitig entgegenzutreten und die Vergewaltigung der zur Niederlegung der Arbeit nicht geneigten Arbeiter wirksamer zu verhüten, so würde es aller Voraussicht nach gelungen sein, den Ausstand im Keime zu ersticken ...
>
> Diese Ansicht gelangte in der Delegirtenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller einstimmig zum Ausdruck.
>
> Zwar sind bei den erwähnten letzten Ausständen einige der ärgsten Schürer der Unzufriedenheit schließlich verhaftet und an der Fortsetzung ihrer unheilvollen Thätigkeit zeitweilig verhindert worden; indeß geschahen die Verhaftungen theils auf grund von Delikten, die mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in keinem Zusammenhange standen, theils erwiesen sie sich als unhaltbar; unzweifelhaft aber ist, daß es nach dem geltenden Recht unmöglich war, jene Hetzer und Agitatoren frühzeitig genug unschädlich zu machen, um dadurch der ganzen Bewegung die Spitze abzubrechen.
>
> Diese Erfahrungen haben dazu gedient, in den Kreisen der Industrie die Ueberzeugung zu befestigen, daß es im Interesse der Sicherheit und der gleichmäßigen Entwickelung der gesammten nationalen Wirthschaft nothwendig ist, auf die seinerzeit vorgeschlagenen Bestimmungen des § 153 der Abänderung zur Gewerbe-Ordnung zurückzukommen.
>
> In Konsequenz dieser, in der erwähnten Versammlung der Delegirten des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Ausdruck gelangten Anschauung ist das ehrerbietigst unterzeichnete Direktorium von der Versammlung beauftragt worden, an Ew. Exzellenz die gehorsamste Bitte zu richten, in hochgeneigte Erwägung zu nehmen,
>
> ob es sich nicht mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren und insbesondere anläßlich der letzthin zum Ausbruch gelangten umfangreichen Arbeiterausstände gemachten Erfahrungen empfiehlt, im Interesse der Sicherheit und der Existenz unserer gesammten Industrie schon jetzt die seinerzeit in § 153 des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung gemachten Vorschläge wieder aufzunehmen und dem Reichstage eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Man vergleiche damit das Rundschreiben des Staatssekretärs v. Posadowsky und man wird zugestehen, daß es der Generalsekretär Bueck nicht anders verfaßt haben könnte. Aber Herr Bueck spricht offen im Auftrage des Zentralverbandes und man weiß, was hinter ihm steckt: die Interessenpolitik der giftigsten Feinde der Erlasse von 1890. Nun wir uns, um mit dem Zentrumsführer Fritzen zu reden, kaum die Füße naß gemacht haben, wandelt der Vertreter der Sozialpolitik des Reiches bereits ohne Erröthen in den Spuren dieser Arbeitertrutz-Organisation.

Uns soll es recht sein, denn es kann für eine Regierung in Deutschland keine größere Bloßstellung vor den Wählern geben, als wenn sie schon mit solchen Elementen zu Bett geht.

Politische Uebersicht.

Berlin, 17. Januar.

Aus dem Reichstage. Der Abg. Himburg scheint die Aufdeckung der Praktiken, welche er in seiner Eigenschaft als Richter anzuwenden für nothwendig hält, durch unseren Genossen Stadthagen sehr unangenehm empfunden zu haben. Deshalb kam er heute vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Ausführungen Stadthagen's zurück, doch wußte er darauf nichts zu erwidern, als Stadthagen möge doch seine Angaben außerhalb des Hauses wiederholen. Ob der Herr dann etwa unseren Genossen vor die Pistole fordern würde?

Hierauf begann die Debatte über den Etat des Reichstags, wobei Dr. Lieber eine mächtig lange Rede darüber hielt, daß aus den 30 000 Reichsmark, die für Anschaffung neuer Bücher 2c. bestimmt sind, auch der neue Katalog für die Bibliothek hergestellt werden soll.

Die verlangten Summen wurden bewilligt und dann die Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern begonnen. Dr. Hitze hat einen Antrag eingebracht, in dem eine Zusammenstellung der auf grund des § 105e der Gewerbe-Ordnung für Betriebe mit Wind und unregelmäßiger Wasserkraft getroffenen Verfügungen und Entscheidungen verlangt wird.

In der Begründung streifte der Redner das ganze Gebiet der Sozialgesetzgebung, deren Weiterbau er verlangte und hob er besonders hervor, daß die Anwendung der Bestimmungen über die Sonntagsarbeit in den verschiedenen Einzelstaaten weit von einander abweiche.

Graf v. Posadowsky sagte die gewünschte Zusammenstellung zu, vorausgesetzt, daß die Einzelregierungen derselben zustimmen. Außerdem kündigte der Herr Minister für die nächste Session auf alle Fälle eine neue Novelle zur Gewerbe-Ordnung an.

Letztere Ankündigung gab dem nun folgenden Redner, unserem Genossen Wurm, Gelegenheit, die Frage an den Minister zu richten, ob diese Novelle etwa die Arbeiter-Knebelungsbestimmungen bringen soll, für die der Herr Minister durch seinen famosen, durch den „Vorwärts" veröffentlichten Geheimerlaß, das Material sammle? Der Redner ging dann genauer auf den Erlaß ein, dessen Verfasser auf den Ministersessel gehoben worden sei, um dort im Geiste des Herrn v. Stumm und der Großindustriellen die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und deren Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Der neue Staatssekretär habe die bekannte Bielefelder Rede als Arbeitsprogramm ins Ministerhotel mitgebracht und der geheime Erlaß sei die erste Frucht dieser Thätigkeit. Derselbe Kurs, der strengste Strafen gegen die Arbeiter verlangt, wenn sie bei Wahrung ihrer Interessen einen Schritt zu weit gehen, der die Streiks mit Hilfe von Polizei und Gerichten einschränken und das Koalitionsrecht mit Hilfe des groben Unfugsparagraphen und der Fußangeln des Vereinsrechtes unwirksam zu machen sucht, der hat kein Wort des Tadels gegen die schwarzen Listen der Unternehmer. Die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, welche gegen die Arbeiterverbindungen rücksichtslos angewendet werden, existiren anscheinend gegen die Unternehmer-Verbindungen nicht. Wie verträgt sich dies Gebahren mit den kaiserlichen Worten: Es komme darauf an, in den Arbeitern das Gefühl der Gleichberechtigung zu wecken? Zum Schlusse bedankte sich unser Redner in ironischer Weise für die prächtige Wahlparole, die der Herr Minister uns durch seinen Erlaß gegeben habe.

Dieser ergriff sofort das Wort, um nach einigen verlegenen Wendungen das Geständniß zu machen, daß der Erlaß infolge von Eingaben und Beschwerden von Unternehmer-Verbindungen (Innungen) ergangen sei. Diese traurigen Tröpfe sind ebenso unfähig in ihrer Berufsarbeit, als sie unermüdlich in der Verlästerung und Denunzirung der Arbeiter sind. Für die sozialpolitische Auffassung des Ministers zeugten auch heute wieder ein paar Aussprüche desselben. So behauptete er, daß es zu englischen Zuständen bei uns nicht kommen dürfe, denn dort sei es bereits so weit, daß die Fabriken Kollektiv-Eigenthum seien. Zum Schlusse wetterte der Minister dann gegen die Beamten los, die den Erlaß „gestohlen", und gegen den „Vorwärts", der denselben veröffentlicht habe. Abg. Kunert, der der letzteren Behauptung drastisch in einem Zwischenruf widersprach, holte sich dafür einen Ordnungsruf. Anständige und wohlerzogene Leute, meinte der Herr Minister, veröffentlichen geheime Schriftstücke überhaupt nicht. Die gebührende Antwort darauf ertheilte später Genosse Singer. Für das Koalitionsrecht und besonders für die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine sprach hierauf der Abg. Hüpeden, dem Herr v. Stumm folgte. Letzterer sprach heute ungewöhnlich zahm. Vielleicht geschah es deshalb, weil er, wie er mittheilte, sein Material nicht bei sich hatte. So hörten wir nur die alten Ladenhüter, daß er, Stumm, der eigentliche Vorkämpfer für die Freiheit der Arbeiter sei und daß die im Erlaß angedeuteten Maßnahmen nur zum Schutze der großen Majorität der Arbeiter dienen sollen, die gerne arbeiten möchten, aber vor dem Terrorismus der streikenden Minorität feige zurückweichen.

In kurzer kräftiger Rede trat dann Singer dem Neunkirchener Arbeiterfreund sowie dem Minister noch entgegen, worauf die Verhandlung auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt wurde. —

Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die erste Berathung des Staatshaushalts-Etats. Die Etatsberathung des Abgeordnetenhauses, die im Vergleich zu der des Reichstages gewöhnlich schon recht uninteressant ist, scheint in diesem Jahre den Gipfel der Langweiligkeit erreichen zu sollen. Während in den letzten Jahren meist der Abg. Richter, der Führer des äußersten Flügels des Hauses, die Debatte des Hauses eröffnete und alle nachfolgenden Redner an seine Rede anzuknüpfen pflegten, fügte es der Zufall, daß heute vier der langweiligsten Redner des Hauses hintereinander zu Worte kamen. Der erste von ihnen, Abg. Sattler (natl.), hielt eine seiner Parteistellung durchaus entsprechende Rede; was er im Vordersatz tadelte, versuchte er im Nachsatz zu loben, und so blieben aus seinen längeren Ausführungen eigentlich nur zwei Punkte übrig, in denen er, wenn auch in matter und lauer Weise, Kritik übte: die in letzter Zeit zu tage getretenen Mißgriffe der Polizei, und die zahlreichen Eisenbahn-Unfälle, für welche er dem Finanzminister die moralische Verantwortlichkeit zuschob. Die Rede des Frhrn. v. Zedlitz (fk.) bewies, daß dem Junkerthum infolge des im Reiche eingetretenen Wechsels in den Ministerien der Kamm geschwollen ist. Der Redner, der sonst nicht laut genug über die Zerfahrenheit im Reiche zu zetern wußte, begrüßte heute die innere Reichspolitik als ein erfreuliches Zeichen der Geschlossenheit und gab namentlich seiner Genugthuung über den Erlaß des Grafen Posadowsky Ausdruck, der die Arbeitswilligen gegen Terrorismus schützen wolle. Was er im übrigen über die Mittelstandspolitik, über die Einsetzung des wirthschaftlichen Ausschusses und über Handwerker-Organisationen sagte, bewegte sich in den alten Gleisen hochtönender Phrasen ohne jeden Inhalt. Nachdem noch der Zentrumsredner v. Strombeck eine nichtssagende Rede vom Stapel gelassen und Graf zu Limburg-Stirum das hohe Lied von der Noth der Landwirthschaft angestimmt hatte, kam Abg. Richter (frs. Vp.) zu Worte. Vor einem ermüdeten

Hause zu sprechen, ist selbst für Herrn Richter nichts angenehmes, und so ließ seine diesjährige Rede die an ihm gewohnte Schärfe vermissen. Erst am Schluß, als er nacheinander dem Kultusminister, dem Minister des Innern und dem Eisenbahnminister eine Reihe von Stunden vorhielt, schwang sich seine Rede wieder zu der gewöhnlichen Höhe auf. Insbesondere erregten seine Ausführungen über die Versammlung der geheimen Kommerzienräthe im Kaiserhof, die er als einen offenen Verstoß gegen das Vereinsgesetz bezeichnete, den Unwillen der Nationalliberalen und Konservativen. Treffend rief er diesen, als sie seine Ausführungen mit Gelächter hinzunehmen suchten, entgegen: „Gegen Sie sind die Sozialdemokraten die reinen Waisenknaben." Auch die Kritik, die er an der verschiedenartigen Ausübung des Vereinsgesetzes übe, je nachdem es sich um Sozialdemokraten oder sogenannte staatserhaltende Parteien handelte, war recht treffend. Eine Antwort wurde weder ihm noch einem der Vorredner vom Ministertisch zu theil, und doch hatten die Herren Thielen, v. Miquel und Frhr. v. d. Recke allen Grund, sich gegen die gegen sie erhobenen schweren Vorwürfe zu vertheidigen. Vielleicht bereiten sie sich bis morgen, wo die Berathung fortgesetzt wird, auf Erwiderungen vor. —

Das Rundschreiben des Grafen Posadowsky erregt, wie die bis jetzt vorliegenden Stimmen in unserer Parteipresse zeigen, in den Arbeiterkreisen das größte Aufsehen, weil es über die längst befürchteten Absichten der Regierung sonnenhelles Licht verbreitet. So schreibt das „Hamburger Echo":

„Der Sozialreform, dem Arbeiterschutz hat man ein Halt zugerufen; die Stimm und Genossen wollen es so, ihr Geist dominirt und die Minister und Staatssekretäre, selbst von diesem Geiste beseelt, folgen ihnen willig. Aber nicht negativ, auch positiv sind die Herren im selben Geiste thätig. Kein Arbeiterschutz — dafür um so mehr Arbeitertrutz! Das ist ihre Losung . . .

. . . Nach den bisherigen Erfahrungen und den jüngsten Reden des Grafen Posadowsky überrascht uns dieses Schriftstück durchaus nicht. Wir wußten ja längst, daß unsere Regierenden sich Tag und Nacht mit dem Gedanken plagen, wie man nicht nur der Sozialdemokratie beikommen, sondern auch den auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter beikommen kann. Was Herr von der Recke im letzten Sommer mit der Vereinsgesetz-Novelle begann, Graf Posadowsky möchte es beim Koalitionsrecht fortsetzen. Schaffung von Knebelgesetzen für die Arbeiter! Darin begreift sich die ganze staatsmännische Weisheit derer, die heute am Ruder sind. Aber es ist gut, daß jetzt authentisch die gehegten Pläne bekannt geworden sind. Die Arbeiter wissen nun ohne Ausnahme, woran sie sind. Sie werden die Antwort nicht schuldig bleiben — bei den nächsten Reichstagswahlen."

Die Breslauer „Volkswacht" führt aus:

„Also gegen den letzten traurigen Rest des Koalitionsrechtes der Arbeiter soll nun der Angriff der Reichsregierung gerichtet werden? Da gilt es, auf dem Posten sein — eine bessere Parole für die Reichstagswahlen kann sich die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands nicht denken, als diejenige, welche nunmehr lauten wird: Auf zur Vertheidigung unseres höchsten und wichtigsten Rechtes, der Vereinigungsfreiheit!"

Die „Bremer Bürgerzeitung" sagt:

„Der Koalitionsparagraph der Gewerbe-Ordnung erfreut sich des höchstgemessenen Hasses der Unternehmerschaft und auf der ganzen Linie ist sie thätig, diesem Paragraphen das Genick zu brechen. Seit dem großen Hafenarbeiter-Ausstand läuft eine dichtgegliederte Kette von Aeußerungen und Vorgängen, die darauf abzielen, das kleine bischen Ellbogenfreiheit, das die Arbeiter zu wirthschaftlichen Kämpfen noch haben, möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Dem Aufruf zur Koalition der Unternehmerschaft ist Folge geleistet worden und der Proklamation des Schutzes der Arbeitswilligen Folge zu leisten, bietet jetzt die Regierung selber die Hand. Die Arbeiter wissen nun, was gegen sie geplant ist. Eine neue Attacke gegen das Koalitionsrecht! Mit großem Hurrahgetöse sollen sie jetzt für die Flottenpläne der Regierung eingefangen werden, und wenn die Majorität der Regierung zusammen ist, dann kommt ein großer Schlag gegen eins der wichtigsten unentbehrlichsten Rechte des arbeitenden Volkes. Aber das Rundschreiben kommt früh genug in die Oeffentlichkeit. Zweifellos wird es in der Wahlbewegung eine große Rolle spielen. Der Regierung wird es nicht mehr möglich sein, zu bestreiten, was sie sonst bestreiten würde, daß ihr Spieß sich gegen das Herz der Arbeiterklasse richtet und daß sie Spießträger des Unternehmerthums ist. Hoffentlich sorgen die Arbeiter „rechtzeitig" d. h. bei den Wahlen dafür, daß dem Herrn Grafen Posadowsky die geforderte „gefällige Aeußerung" auch von ihrer Seite recht nachdrücklich eingehändigt wird."

Die „Volksstimme" in Frankfurt a. M. bemerkt:

„Die Verböserung (des jetzigen Koalitionsrechts) wird gerade zu einem Zeitpunkt betrieben, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse sich nach einer mehrjährigen Besserung langsam zu verschlechtern anfangen. O, die Reaktion weiß, wie sie es zu machen hat! Stehen die Arbeiter unter dem Druck der langsam heranschleichenden Krisis, dann kann man sie mit den von Stumm und Konsorten schon zum Ueberdruß erörterten Verschärfungen der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung vollends niederschlagen. Das dürfte der saubere Plan sein. Jetzt heißt es auf die Schanzen! Im Reichstag wird zu interpelliren sein, in den Landtagen werden unsere Abgeordneten die Regierungen der verschiedenen, vom Reichsamt angefragten Bundesstaaten um Auskunft über ihre Stellung zu ersuchen haben, unsere politische Organisation und vor allem auch die Gewerkschaften müssen sich rühren. Dabei würde es vom höchsten Nutzen sein, wenn entweder die Parteileitung oder die Generalkommission in Hamburg so schnell wie möglich einen kundigen und fähigen Genossen beauftragte, für die Agitation einmal alle bekannt gewordenen Polizeiverfügungen und Gerichtsentscheidungen aus dem Jahre seit Aufhebung des Sozialistengesetzes zu sammeln, zu sichten und zu verarbeiten. Das gäbe ein Agitationsmaterial! Und so schlägt hoffentlich auch dieser Versuch der Reaktion, ein Stück kärglicher Freiheit zu stranguliren, umgekehrt zum besten der klassenbewußten Arbeiterorganisation aus."

Die chinesische Anleihe unterzubringen hat sich, wie es scheint, nunmehr die englische Regierung endgiltig entschlossen. Den „Times" wird aus Peking vom Sonntag gemeldet, der britische Gesandte habe dem Tsung li Yamen mitgetheilt, England sei bereit, China zur Bezahlung der Kriegsentschädigung an Japan zu verhelfen und zwar durch eine Anleihe von 12 Millionen Pfund Sterling al pari auf 50 Jahre zu vier Prozent netto einschließlich der Amortisation. Die Bedingungen seien folgende: Eröffnung dreier Vertragshäfen, Taliemwan, Siangin (?) in der Provinz Hunan und Nanning; Erklärung China's, daß kein Theil des Yangtsekiang-Thales einer anderen Macht überlassen werden soll; schließlich das Recht für England, die birmanische Eisenbahn durch Yünnan weiter zu führen. Falls China diesen seinen Verpflichtungen nicht nachkäme, solle es bestimmte Einkünfte unter die Kontrolle der britischen Zollverwaltung stellen. Die Verhandlungen werden auf dieser Grundlage geführt werden.

Der russische und französische Gesandte haben, nach einer „Reuter-Meldung", diesen englischen Vorschlägen widersprochen. Der Widerspruch dürfte sich jedenfalls auf die Forderung der Erklärung von Talienwan und Nanning zu Vertragshäfen beziehen. Talienwan — die weite, günstige Bucht unfern Port Arthur — liegt in der russischen Interessensphäre; zur Zeit ankern dort bekanntlich mehrere russische Kriegsschiffe. Nanning andererseits liegt in der südlichen Provinz Kwangsi an einem Nebenfluß des Sikiang, also dort, wo die Franzosen von Tongking aus Süd-China durch Eisenbahnen zu erschließen und sich Handelsprofite einzuheimsen gedenken. —

Deutsches Reich.

— **Ordensfest** war gestern. Von bekannten Persönlichkeiten wurden dekorirt mit dem Rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub: Köster, Admiral und Chef der Marinestation der Ostsee. Den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe erhielt v. Podbielski, Staatssekretär des Reichs-Postamts. Den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Graf v. Bismarck-Schönhausen, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Freiherr v. Thielmann, Staatssekretär des Reichs-Schatzamts, Dr. v. Weyrauch, Unterstaatssekretär im Ministerium, Wittko, Direktor im Reichs-Postamt, Dr. v. Woedtke, Direktor im Reichsamt des Innern. Den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Ober-Reichsanwalt Dr. Hamm zu Leipzig und der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Löwenstein. Den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife erhielten der Gesandte in Peking, Heyking, der Arbeiter-Wohlfahrtsmann Geheimrath Dr. Post und der künftige Kolonialdirektor Dr. Schmidt-Leda. Mit dem Stern zum Kronenorden zweiter Klasse wurde Kontre-Admiral Staatssekretär Tirpitz dekorirt. Den Kronenorden zweiter Klasse erhielt der Unter-Staatssekretär für Elsaß-Lothringen Baron Zorn von Bulach. Es sind im ganzen 2009 Personen dekorirt gegen 1910 im Jahre 1897, 1953 im Jahre 1896, 1905 im Jahre 1895 und 1782 im Jahre 1894.

Man sieht, daß die Zahl der verdienten Personen von Jahr zu Jahr zunimmt. —

— **Schon wieder eine Novelle zum Margarinegesetz** stellt die agrarische Presse in Aussicht. Bekanntlich war das der Margarine beizufügende Erkennungsmittel in die Wahl des Bundesrathes gestellt; statt des vielen widerlichen Phenolphthaleins wählte er als obligatorische Beifügung das Sesamöl. Mit Hilfe der Brehmer'schen Reaktion (Rothfärbung bei Schütteln mit Salzsäure und Fufurol) weist man das Sesamöl und damit auch die Margarine nach. Raumer soll nun nach der „Zeitschrift für angewandte Chemie" gefunden haben, daß Butter aus der Milch von Ziegen, die mit Sesam gefüttert wurden, ebenfalls eine Reaktion auf Sesamöl, also auf Margarine, giebt. Die gleiche Rothfärbung wie Sesam giebt auch Curcuma, die viel zum Färben von Butter verwandt wird, mit der Brehmerschen Reaktion, desgleichen eine Anzahl vielfach zum Butterfärben gebrauchter Theerfarben (schon ohne Zusatz von Fufurol). Damit wäre allerdings die Verwirrung grenzenlos. Man fordert nunmehr die Regierung auf, sich über den Sachverhalt zu äußern. Den Agrariern wäre die Bestätigung des Gesagten vielleicht gar nicht so unwillkommen, da sie dann für das vollständige Färbeverbot, das heißt für die Verekelung der Margarine leichter Stimmung machen könnten. —

— Welche Faktoren waren es, die den preußischen Landwirthschaftsminister an der vollständigen Grenzsperre gegen Rußland hinderten, obwohl „er es wohl unmöglich selber glauben konnte, daß die Gefahr der Verseuchung der deutschen Viehbestände so wenig Beachtung heische?" Die „Deutsche Tageszeitung" fängt nun doch schon an, wenn auch schüchtern, den Zusammenhang anzudeuten:

> Wir können uns der Befürchtung nicht ganz entschlagen, daß Rußland für seine Gefälligkeit oder für seine Freundschaft überhaupt noch eine Extraleistung, und zwar auf wirthschaftlichem Gebiet von uns erhalten habe. Jene so viel besprochene, durch nichts erklärte Wiederaufhebung der soeben erst regierungsseitig angeordneten Geflügelquarantäne an der russischen Grenze fällt zeitlich mit den deutsch-russischen Besprechungen wegen Kiaotschau's zusammen. Hängt sie auch ursächlich damit oder mit der Rücksicht auf unsere politischen Beziehungen zu Rußland zusammen? Da innerpolitische Gründe dafür nicht aufzufinden sind, so kann man sich, wie gesagt, der Befürchtung nicht erwehren, daß ein solcher Zusammenhang thatsächlich bestehe. Sollte das der Fall sein, so erwarten wir eine Umkehr von diesem gefährlichen Wege, der in die Caprivi'sch-Marschall'sche Politik, gute auswärtige Beziehungen durch wirthschaftliche Schwächung Deutschlands zu erkaufen, zurückführen würde.

Auch das Verhalten des Auswärtigen Amtes gegenüber Amerika läßt nach dem Bündlerorgan die Entschlossenheit vermissen. Man scheint allmälig wieder kräftigere Töne gegen das renovirte Kabinet Hohenlohe anschlagen zu wollen. —

— Das Zustandekommen der internationalen Zuckerkonferenz soll gesichert sein, doch scheint Zeit und Ort der Zusammenkunft noch nicht bestimmt zu sein. —

— Deutsche Arbeit für Amerika. Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß die Firma Fränkel (große Weberei) in Neustadt (Oberschlesien) eine große Bestellung für die amerikanische Marine erhalten habe. Damit sei, hieß es, die englische und amerikanische Konkurrenz aus dem Felde geschlagen. Interessant ist es nun sicher zu erfahren, was die Firma ihren Arbeitern für die Arbeit zahlt. Für das Weben der 50 Meter langen und 2 Meter breiten Stücke erhalten die Weber 5,50 Mark, also 11 Pf. pro Meter. Bei höchster Anstrengung ist es ihnen möglich, zwei solcher Stücke in der Woche fertig zu stellen. In England und Amerika wird es freilich gegen eine so niedrige Entlöhnung keine Arbeiter geben. —

— Herr Hitze erklärte heut im Reichstag, eine Bemerkung des „Vorwärts" — sie war in der Nummer vom 22. Dezember 1897 enthalten —, in welcher vermuthet wurde, daß der Zentrums-Antrag betr. Erhebungen über die Arbeit schulpflichtiger Kinder nicht ohne Kenntniß der geplanten Regierungs-Enquete in dieser selben Frage eingebracht sei, entbehre der Richtigkeit. Wir nehmen von dieser Berichtigung Notiz. Aber wir hatten auch lediglich eine Vermuthung ausgesprochen. Und zu einer solchen gab uns das Verhalten des Zentrums in ähnlichen Fällen Anlaß genug. —

— Prinzipienfestigkeit der Abgeordneten der polnischen Fraktion. Das linkspolnische Blatt „Orendownik" erzählt eine nette Geschichte, wie es 1893 kam, daß die polnischen Abgeordneten des Reichstages für die Militärvorlage stimmten: Der damalige Reichskanzler Graf Caprivi habe an den Erzbischof von Stablewski einen privaten Brief geschrieben, in welchem er erklärt habe, daß er (Caprivi) persönlich anerkenne, daß den Polen Unrecht geschehe. Das Wort „persönlich" sei unterstrichen gewesen. Der Erzbischof habe dieses Schreiben einem der Mitglieder der polnischen Reichstags-Fraktion durch einen Spezialboten übersandt, und es sei diesem in der Sitzung, in welcher über die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage Beschluß gefaßt werden sollte und auch gefaßt wurde, eingehändigt worden. Wer den Grafen Caprivi bestimmt habe, diesen Brief zu schreiben, welche Ziele man dabei verfolgt habe und wie es gekommen, daß dieser Brief gerade in dieser entscheidenden Sitzung angelangt, sei nicht bekannt, doch sei es möglich, daß die Sache im voraus abgekartet gewesen sei. —

Die betreffenden polnischen Abgeordneten werden kaum stillschweigend über diesen Angriff hinweggehen können. Selbst wenn eine Abkartung nicht vorgelegen hätte, wirft es ein sonderbares Licht auf die Ueberzeugungstreue der Herren, daß sie sich durch ein persönliches Entgegenkommen von Regierungsseite in solcher Weise bestimmen lassen. —

— Pastor Hülle betreibt jetzt auch Flottenagitation. Vielen kleinen Amtsblättchen beigegeben ist ein illustrirtes Machwerk voller schlechter Verse und lärmender Artikel für die Flottenvermehrung; wir finden es selbst als Beilage zu bayerischen Kreisblättern, so der „Kitzinger Ztg."; der „Germania" gefällt das Hülle'sche Blatt nicht, weil „auf der Titelseite sich neben einem Gedicht ein Bild befindet, welches zwei Nixen fast völlig nackt aus der Meerfluth emporsteigen läßt, Nuditäten, die schwerlich jemand in seinem Hause Kindern zu Gesicht kommen lassen kann." Es ist ja recht drollig, daß dem sittlichen Pastorenverlag Nuditäten vorgeworfen werden, die, wenn die lex Heinze nach den Zentrumswünschen schon fertig wäre, polizeilich und gerichtlich abgestraft werden sollen. Aber diese Zentrumsprüderie ist nicht nöthig, um das Hülle'sche Produkt zu verurtheilen. Es genügt, daß es mit „amtlicher Empfehlung" den Kreisblättern beigegeben wird; darum, wie die „Germania" sagt, ist die „höhere Anregung", für Herrn Hülle's Blätter einzutreten, nicht nur beim Reichsamt des Innern, sondern auch bei anderen Aemtern erfolgt. Und Herr Hülle ist allen gefällig, warum nicht auch dem Herrn Tirpitz? —

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Breslau wird amtlich telegraphirt: Am 15. d. Mts., 5½ Uhr nachmittags, wurde beim Zusammenziehen eines auseinandergestoßenen Güterzuges auf dem durch den Bahnhof Brieg führenden Schüsselndorfer Ueberweg das Fuhrwerk des Grafen Pfeil aus Kreisewitz überfahren. Der Kutscher ist schwer, die Insassen des Wagens, Gräfin Pfeil leicht und deren Tochter erheblich verletzt. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert; die Pferde haben keinen Schaden genommen. Die Untersuchung ist eingeleitet. —

Weimar, 16. Januar. Heute fand die Eröffnung der ordentlichen Landtagssession statt. Die Eröffnungsrede gedachte der günstigen Gestaltung der Landesfinanzen, diese hätte eine Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse bewirkt und die Verwendung gesteigerter Mittel für die Aufbesserung der Besoldung der evangelischen Geistlichen und Schullehrer gestattet. —

Oldenburg, 14. Januar. (Eig. Ber.) Der oldenburgische Landtag tritt am 18. Januar zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Die Dauer der Tagung ist auf 14 Tage angenommen. In erster Linie wird sich der Landtag mit Eisenbahn-Angelegenheiten beschäftigen. Die Regierung hat in der letzten ordentlichen Tagung dem Landtag bezüglich seiner Forderung, die Eisenbahn-Verwaltung vom Ministerium des Innern zu trennen und einen dem Landtag verantwortlichen sachkundigen Leiter des Eisenbahn-Wesens anzustellen, nachgegeben, wodurch ein Gegenstand des Konfliktes zwischen Landtag und Regierung beseitigt wurde. Die Regierung wird dem Landtag nun bezüglich der Anstellung eines solchen Beamten eine Vorlage machen. In Abgeordnetenkreisen sieht man den Vorschlägen der Regierung mit Mißtrauen entgegen. Weiter erwartet man eine Vorlage über die Erweiterung des Lehrerseminars, d. h. die Einrichtung einer 5. und 6. Klasse, wie auch die Erweiterung des Lehrplans. Das Seminar steht nach allgemeiner Ansicht, auch der Lehrer, nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Dies will aber nur die Regierung nicht einsehen. Wahrscheinlich wird sich der Landtag auch mit zahlreichen Petitionen zu befassen haben, von denen nur diejenige aus den drei Oldenburgischen Gemeinden bei Wilhelmshaven, Bant, Heppens und Neuende, welche die Errichtung eines Amts- und Amtsgerichtsbezirks (Rüstringen) verlangt, wichtiger erscheint, weil die Frage der Selbstverwaltung hier hineinspielt. —

— Die Besitzenden lehnen sich gegen die Vermögenssteuer in Sachsen auf. Es wird uns aus Dresden geschrieben: Mit der von der Regierung vorgeschlagenen Vermögens- und Erbschaftssteuer, welche schon bei der Vorberathung im Landtag bei verschiedenen Konservativen und Nationalliberalen auf „gewichtige Bedenken" stieß, sind die vermögenden Klassen durchaus nicht einverstanden. Es wird jetzt in Versammlungen und Petitionen Lärm geschlagen gegen diese absolut harmlose Steuer (5 aufs Tausend, dabei Anwendung einer die großen Vermögen noch mehr entlastenden Staffel), von welcher die Regierung selbst sagte, daß sich durchaus nicht sagen ließe, sie sei „kommunistisch". Es steht jetzt schon so gut wie fest, daß die Majorität des Landtages die Steuer ablehnen wird. Damit könnte aber die ganze Steuerreform in sich zusammenfallen; der Minister erklärte bei der Berathung auch ausdrücklich, daß die Regierung auf die Vermögenssteuer nicht verzichten könne, um die Reform durchzuführen. Da nun aber eine Abschwächung der Vermögenssteuer-Vorlage unmöglich ist, ohne dem Dinge jede Berechtigung auch nur des Namens einer Vermögenssteuer zu nehmen, so bleibt nur die Ablehnung übrig. Das würde aber schließlich selbst die Verwirklichung der Reform der Lehrergehälter und Alterszulagen, wie sie von der Regierung geplant ist, selbst wenn der Landtag, wie es scheint, bedingungslos dieser Reform zustimmte, in Frage stellen. —

Stuttgart, 15. Januar. (Eig. Ber.) Die Verfassungskommission beendete gestern die erste Lesung der Berathung über den Revisionsentwurf. Ein Antrag des Zentrums, beiden Kammern des Landtags das Initiativrecht in Finanzfragen und das Recht von sich aus Enqueten zu veranlassen einzuräumen, stieß auf kategorische Ablehnung bei dem Ministerpräsident v. Mittnacht, worauf der Antrag zurückgenommen wurde. Angenommen wurde die Ausdehnung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten auf die Zeit der Kommissionssitzungen. In der heutigen Sitzung beginnt die Berathung des neuen Wahlgesetzes. —

— Zum Unterstaatssekretär der Justiz- und Kultusverwaltung für Elsaß-Lothringen ist Dr. Petri ernannt worden, der früher auch nationalliberaler Abgeordneter für Straßburg und bekanntlich durch die Wahl Bebel's seines Mandates verlustig ging.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Architekt und ehemalige Premierlieutenant (!) Karl Bleil vor der Strafkammer in Danzig zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich in der Nacht zum 9. September v. J. in Langfuhr einer groben Beleidigung des Kaisers schuldig gemacht. Im Verhandlungstermin erklärte er, bei dem fraglichen Vorgange sinnlos betrunken gewesen zu sein. Der Gerichtshof gewann die Ueberzeugung, daß die Trunkenheit des Angeklagten nur strafmildernd in betracht gezogen werden könne und verurtheilte B. zu drei Monaten Gefängniß, wovon ein Monat auf die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen sei. —

Oesterreich.

Wien, 16. Januar. Die Arbeiter veranstalteten heute vor dem Rathhaus große Demonstrationen, weil ihnen die Benutzung der Volkshalle behufs Abhaltung der Versammlung, um gegen den Antrag des Gemeinderaths Weißwasser, böhmische Arbeiter wegen der Vorgänge in Prag nicht mehr zu beschäftigen, zu protestiren, verweigert wurde. Es fand ein Zusammenstoß mit der Polizei statt; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wien, 16. Januar. Die czechischen Vereine Wiens wollten heute eine Protestversammlung gegen den Antrag des Landtags-Abgeordneten Kolisko, wonach in Nieder-Oesterreich die deutsche Sprache die einzige Unterrichtssprache sein soll, in einem Lokale veranstalten, dessen Besitzer das Lokal verweigerte. Etwa 3000 Personen sammelten sich vor demselben an, welche von der Sicherheitswache zerstreut, sodann nach einem anderen Lokal zogen und die Versammlung abhielten. Es wurde eine Resolution gegen den genannten Antrag beschlossen. Von czechischen Abgeordneten Böhmens und Mährens waren Zustimmungsadressen eingetroffen. Später zogen die Theilnehmer an der Versammlung vor das Rathhaus, woselbst sie von der Wache zerstreut wurden. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. —

Prag, 16. Januar. Hier werden für morgen wieder große Exzesse befürchtet für den Fall, daß die Landtagssitzung einen stürmischen Verlauf nimmt, was wahrscheinlich ist. Die Stimmung der czechischen Bevölkerung ist sehr erregt. Die Waffenhandlungen haben ihre Vorräthe an Revolvern fast ausverkauft. Verdächtige Individuen, welche die Kokarde der internationalen Farben tragen, machen die Straßen unsicher und hetzen den Pöbel auf. —

Prag, 16. Januar. Mittags demonstrirten etwa 400 Sozialisten vor dem Lokale der „Narodni Listy", dem Zentralorgane der jungczechischen Partei. Die Wache zerstreute sie alsbald.

Prag, 17. Januar. Zu der heutigen Landtagssitzung war der Andrang ein noch weit größerer als zu den vorhergehenden. Die Korridore und die Gallerien des Hauses waren überfüllt. Vor dem Hause hatten schon seit früh morgens große Menschenansammlungen stattgefunden, die im Laufe des Vormittags von der Polizei auseinandergesprengt wurden. Als erster Redner ergriff Abg. Wolf das Wort, welcher sich zunächst bitter beklagte, daß er nur mit Lebensgefahr zur Sitzung habe gelangen können. Von seiner Wohnung und auf dem Wege zum Parlamentsgebäude sei er von einer großen Menschenmenge, unter welcher sich viele Personen der besseren Klasse angehörig befunden hätten, bedroht werden. Die

Jungczechen, welche die Rede des Abg. Wolf wiederholt unterbrachen, veranlaßten Wolf, den Landmarschall energisch aufzufordern, Ruhe zu verschaffen. Redner gab sodann die Erklärung ab, daß die Deutschen einer Verständigung nicht abgeneigt seien, vorher aber müßten die Czechen ihre staatsrechtlichen Träumereien aufgeben, ihre autonomistische Idee fallen lassen und das geschlossene deutsche Sprachengebiet anerkennen. Gegen eine föderalistische Idee würden die Deutschen bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, da der Föderalismus zur Zertrümmerung des Reiches und seiner Machtstellung führen müsse. Zum Schlusse beklagte Abg. Wolf, daß infolge der Haltung der Jungczechen eine Verständigung ausgeschlossen sei und die Deutschen wahrscheinlich den Landtag verlassen müßten. —

Der Statthalter erklärte, daß die Regierung die Dreitheilung Böhmens in ein deutsches, ein czechisches, ein gemischtsprachiges Gebiet plane.

Prag, 15. Januar. (Eig. Ber.) Nach den ruhigeren Tagen des Standrechts scheinen wieder bewegtere kommen zu wollen. Sonst ist es nur der Abg. Wolf, der durch die bereitwillige Reklame der czechischen Bourgeoisie die Straßen belebter macht. Heute Vormittags jedoch erinnerte das Straßenbild an die Dezembertage. Bezeichnend für die Stimmung unter der Bürgerschaft ist der Umstand, daß der geringste Zwischenfall schon genügt, um eine drohende Situation heraufzubeschwören. Durch einen Streit zwischen Burschenschaftern und einigen jungen Leuten entstand ein derartiges Gedränge, daß alle Geschäftsinhaber ihre Läden schlossen und das zahlreiche Sonntagspublikum von der Promenade am Graben floh. Ein starkes Polizeiaufgebot suchte die Menge zu zerstreuen und nahm einige Verhaftungen vor. Inzwischen kam eine hundertköpfige Menge von Arbeitern aus einer Manifestations-Versammlung. Als die nächste Forderung der Arbeiterschaft wird jetzt das allgemeine Wahlrecht für Landtag und Gemeinderath verlangt; die Arbeiter demonstrirten deshalb vor dem Rathhaus. Der Redaktion des jungczechischen Hauptorgans „Narodny Listy" wurde ein Pereat gebracht. Nach der Demonstration zerstreute sich die Menge. —

Ungarn.

Budapest, 17. Januar. Die Regierung wird den für den Monat Mai geplanten Nationalitäten-Kongreß unbedingt verbieten.

So erledigt man wohl am einfachsten die wohlberechtigten Klagen der unterdrückten Nationalitäten. In Deutschland giebt es „Liberale", die auch dieses Vorgehen der ungarischen Liberalen liberal finden dürften. —

Budapest, 17. Januar. Die erste Session des Reichstags wurde heute mittels königlichen Reskriptes geschlossen.

Budapest, 17. Januar. Blättermeldungen zufolge ist es unvermeidlich, daß in der Unabhängigkeitspartei eine offene Krisis ausbricht, indem Justh und Genossen, welche Anhänger der Obstruktion waren, infolge der Erfahrungen der letzten Zeit gegenüber dem Programme der Kossuthfraktion ihre Mißtrauen aussprechen wollen. In der Kossuthfraktion befinden sich 12 Mitglieder, welche gegen die letzte Waffenniederlegung Stellung nehmen und entweder eine besondere Partei bilden, oder in die Ugronfraktion eintreten wollen.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Deputirtenkammer. Auf eine Interpellation über den am 25. Dezember v. J. bei Le Péage de Roussillon erfolgten Zusammenstoß zweier Personenzüge erklärte der Arbeitsminister Turrel, die Lokomotivführer und die Zugführer der beiden Züge hätten ihre Schuldigkeit gethan. Die Schuld an dem Unglück treffe einen Weichensteller; derselbe werde vor Gericht gestellt werden. Der Minister fügte hinzu, er habe die Eisenbahn-Gesellschaften angewiesen, Zugverspätungen zu vermeiden und die Zahl der Unterbeamten nicht zu verringern. Er werde darüber wachen, daß Maßregeln zur Vermeidung von Unglücksfällen getroffen werden. (Beifall im Zentrum.) Die Kammer nahm eine von dem Minister Turrel genehmigte Tagesordnung an, in welcher das Vertrauen zu der Wachsamkeit der Regierung behufs vollständiger Wahrung der Sicherheit der Reisenden ausgesprochen wird. —

— Das militärische Panama. Gegen die Erklärung Cavaignac's, es liege beim Kriegsministerium ein Bericht des Kapitäns Lebrun-Rénault, in dem derselbe ausgesagt habe, Dreyfus habe ihm ein Geständniß seiner Schuld abgelegt, gegen diese Erklärung wendet sich Frau Dreyfus und versichert, daß ihr Mann niemals dem Hauptmann Lebrun-Rénault, welcher der Degradirung des Hauptmanns Dreyfus beigewohnt habe, Geständnisse gemacht habe. Sie fügt hinzu, Hauptmann Lebrun-Rénault sowie andere Personen hätten vor Gericht unter Eid die Aussage Cavaignac's in Abrede gestellt. Auch Major Forzinetti, der frühere Direktor des Cherche-midi-Gefängnisses, welcher von einem Berichterstatter der „Aurore" über den Brief Cavaignac's an Frau Dreyfus befragt wurde, behauptete, Hauptmann Lebrun-Rénault habe ihm erklärt, der frühere Hauptmann Dreyfus habe ihm niemals ein Geständniß gemacht.

Am Sonntag fanden mehrere Kundgebungen statt, von denen die größte sich in der Gegend des Concordien-Platzes abspielte. Einige Studenten, zahlreiche Handlungsgehilfen und Arbeiter sowie einige Arbeitslose zerbrachen in der Rue de Bruxelles die Fenster eines Hauses, welches sie für dasjenige Zola's hielten, und begaben sich darauf nach der Bastille und dem Boulevard St. Michel. Unter schmähenden Rufen auf Zola und die Juden zerbrachen sie die Scheiben einiger Cafés. Etwa 15 Personen wurden verhaftet.

Eine Note der „Agence Havas" vom Montag besagt: Mehrere Blätter fordern den Kriegsminister General Billot auf, die Erklärungen zu veröffentlichen, welche Dreyfus am Tage seiner Degradirung dem Hauptmann Lebrun-Rénault gemacht hat. Durch eine derartige Veröffentlichung würde die Regierung eine abgeurtheilte Sache zur Diskussion stellen und es würde scheinen, als ob sie Zweifel in die Autorität einer abgeurtheilten Sache setze. Wir glauben übrigens zu wissen, daß die Regierung nicht glaubt, das Recht zu haben, eine derartige Mittheilung zu machen und zwar aus den gleichen Gründen, aus welchen sie beschlossen hatte, das Kriegsgericht im Jahre 1894 bei verschlossenen Thüren verhandeln zu lassen.

Der Abgeordnete Lanessan erklärt im „Rappel" unter Hinweis auf die immer größeren Umfang annehmende Petitionsbewegung zu gunsten des Hauptmanns Dreyfus, daß eine Revision des Prozesses absolut sicher scheine. Doch handle es sich nicht mehr um die Freiheit eines einzelnen, sondern um die allgemeine Freiheit, die durch eine an den Boulangismus erinnernde Agitation bedroht sei.

England.

London, 16. Januar. Der Doyen (älteste Mitglied) des Unterhauses, Billiers, ist heute gestorben. Derselbe war seit 1835 ununterbrochen Vertreter des Wahldistrikts Wolverhampton. Der Fall, daß jemand 62 Jahre derselben parlamentarischen Körperschaft angehört, dürfte sich kaum noch einmal wiederholen. —

Liverpool, 17. Januar. Das Festessen, welchem Chamberlain präsidiren wird, wird eine große Bedeutung annehmen. Alle gegenwärtig in England sich aufhaltenden Kolonialgouverneure, die Abgeordneten der Kolonien und sonstige Persönlichkeiten, die auf kolonialem Gebiete einen Ruf haben, werden an dem Festessen theilnehmen —

Spanien.

Havana, 16. Januar. Hier herrscht weiter Ruhe. — Der Insurgentenführer Cepero hat sich ergeben; auch Delgado wollte dies thun; ein Theil seiner Schaar erhob jedoch Einspruch, und bei dem sich daraus entspinnenden Zusammenstoß wurde Delgado getödtet.

Ein gewisser Picou gab gestern, ohne zu treffen, zwei Revolverschüsse auf den Präfekten von Santa-Clara ab, als dieser mit dem Marschall Blanco einem Ballspiele beiwohnte. Der kommandirende General in Santa-Clara ließ Picou festnehmen, welchen die Anwesenden lynchen wollten. Picou wurde ins Gefängniß gebracht. Es herrscht vollständige Ruhe.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird über Keywest aus Havana gemeldet: Nach den letzten, drei Tage dauernden Unruhen ist die Ordnung einigermaßen wieder hergestellt. 5000 Mann regulärer Truppen sind von außerhalb angekommen, um die Stadtpolizei zu verstärken. Den Aufrührern war freier Lauf gelassen worden; ohne, daß die Behörden dazwischentraten, riefen sie: „Nieder mit Blanco und der Autonomie!" und „Hoch Weyler!" Die Offiziere, welche am Mittwoch die Räume der autonomiefreundlichen Blätter überfielen, erfreuen sich der Sympathie der Freiwilligen. Die Regierung wagt nicht, sie dem Kriegsgericht zu überliefern. Einige hundert Personen stießen Mittwoch Nacht vor dem Palais die Rufe aus: „Tod Blanco und der Autonomie!" Da das fünfte Freiwilligen-Bataillon, welches die Garnison des Palais bildet, offenbar mit den Schreiern sympathisirte, so hatten die Offiziere Schwierigkeiten, eine feindselige Haltung desselben zu unterdrücken. Der amerikanische Konsul Lee schickte eine Botschaft an Blanco und erklärte, er werde ein Kriegsschiff zu Hilfe rufen bei dem ersten Falle, in welchem Leben und Eigenthum eines Amerikaners angegriffen worden sei. Blanco antwortete, Spanien könne die Ordnung ohne Hilfe von außen aufrecht erhalten. Die Offiziere der Freiwilligen machen kein Geheimniß aus ihrer Absicht, die Abberufung Blanco's durchsetzen zu wollen. Am Freitag und die letzte Nacht rief überall die Menge „Es lebe Spanien und Weyler!" —

— Chinapolitik. Unsere Zurückweisung der Vorwürfe der „Leipziger Volkszeitung" in Nummer 12 des „Vorwärts" hat jenes Blatt ganz aus dem Häuschen gebracht. Hat es schon zuerst auch nicht irgendwie sachlich gegen uns zu polemisiren gewußt, sondern nur mit schein-radikalen Phrasen um sich geworfen, so ist es jetzt noch tiefer gestiegen und leistet sich einen wahrhaft duftigen Schimpferguß. „Schwatzschweifige und haltlose Redensarten," „haltlose Schwäche seiner Position", „Desavouiren der Partei", „sauersüßes Lächeln", „väterlichen Segen zur Besetzung von Kiaotschau", „blamable und unfeine Kampfesweise", „von uns dem „Vorwärts" zugefügte Abfuhr", „auf dem Armen-Sünderbänkchen", „auf der Retirade" 2c.

Erfreulicherweise beurtheilt die „Leipziger Volkszeitung" die Chinapolitik nicht allenthalben in der gleichen Schlagwortmanier. In derselben Nummer des Blattes, das täglich unter der Aufschrift „Chefredaktion: Dr. Bruno Schönlank" prangt, finden sich neben jenen allgemeinen Redensarten und Anreißereien auch ganz andere Darlegungen über die Bedeutung der chinesischen Erschließung. Um die Lächerlichkeit der gegen den „Vorwärts" gerichteten Manöver einmal recht deutlich aufzuzeigen, wollen wir zwei Stellen aus derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung" zitiren:

„Leipziger Volkszeitung" vom 15. Januar, 1. Beilage:

„Eine ärgere Verkennung der Situation, eine unglücklichere Schätzung des Wesens und der Ziele der ganzen Unternehmung läßt sich nicht denken. Gerade, als die Sache praktisch wurde, bei der Besetzung und dem Pachtvertrage von Kiaotschau, da versagte der „Vorwärts" und begleitete die Kundgebung des „Reichs-Anzeigers" mit jenem ersten von der ganzen Flotten und Weltpolitikpresse ausgenützten wohlwollenden Kommentar:

Allem Anschein nach scheint also diese Operation friedlich auszulaufen. Wollten andere Mächte die Festsetzung Deutschlands nicht dulden, so hätten sie längst entsprechende Schritte gethan. Sie müssen also, wenn auch jedenfalls nicht mit besonderer Freudigkeit, ihr Einverständniß erklärt haben. Eine andere Frage ist es, was die fernere Zukunft bringen wird. Dort in dem fernen Ostasien erschließen sich neue werthvolle Gebiete, um welche die Land- und Handelsgier der europäischen Kapitalistenvölker noch manchen heißen Streit ausfechten werden."

„Leipziger Volkszeitung" vom 15. Januar 3. Beilage:

„Darum wird der Sozialist mit großer Genugthuung auf die Vorgänge in Ostasien blicken, er wird die Erschließung China's ebenso freudig begrüßen wie die Erschließung anderer Länder, angefangen von der Entdeckung Amerika's bis zur Bahndurchquerung Sibiriens. Jede Unterjochung eines noch rückständigen Landes unter die Herrschaft des Kapitals bildet einen Fortschritt der wirthschaftlichen Entwickelung auf dem Wege zur Sozialisirung der menschlichen Gesellschaft. — National betrachtet wird also die Erwerbung Shantungs für die deutsche Arbeiterklasse alles andere, nur kein Segen sein, international dagegen revolutionirt sie das chinesische Volk, sie entwickelt in China den modernen Klassenkampf, sie schafft eine Arbeiterklasse, eine Arbeiterbewegung, sie rekrutirt mit der Zeit eine neue Armee, die zusammen mit ihren Brüdern der ganzen kultivirten Welt dem Sozialismus die Bahn frei machen wird.

Angesichts dieses Konfliktes zwischen nationalen und internationalen Rücksichten wird die deutsche Arbeiterklasse ihre alte Taktik einzuschlagen haben. Sie erkennt die Nothwendigkeit der kapitalistischen Expansionspolitik als keinen Nachtheil des Sozialismus an, verhehlt sich aber keinen Augenblick, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer ebensowohl die Initiative dazu ergriffen als auch die volle Verantwortung für alle Zwischenfälle der immer noch anarchischen Produktionsweise zu tragen haben. Wir werden aus der letzten glanzvollen Periode des westeuropäischen Kapitalismus, die jetzt ihren Anfang genommen hat, nicht nur eine Beschleunigung der weltwirthschaftlichen Entwickelung zu erwarten haben, wir werden aus ihr auch überreichen Stoff gewinnen, der uns hinreichenden Anlaß bietet, das untersinkende kapitalistische Gebäude nach allen Seiten hin als ungenügend in seinen Fundamenten aufzuzeigen und dafür mit einem neuen Unterbau zu beginnen, zu dessen Beginn heute schon die Arbeiterklasse die ersten Bausteine zusammenträgt."

Einige Stellen dieser letzteren Darlegung der „Leipz. Volksztg." 3. Beilage gehen so weit und schildern die Entwickelung der ostasiatischen Dinge als so erfreulich für die Arbeiterklasse, daß die „Leipz. Volksztg." 1. Beilage derartiges in den Spalten des „Vorwärts" vergeblich suchen würde.

Kann man unter solchen Umständen noch an rein sachliche Gründe für die Art der Polemik der „Leipz. Volksztg." gegen den „Vorwärts" glauben? Und dasselbe Blatt, welches lange Tiraden losläßt, weil der „Vorwärts" nicht genug von „Länderraub" und „Abenteuerpolitik" geschrieen habe, dasselbe Blatt hat es nicht für nöthig befunden, den wichtigen Erlaß des Grafen Posadowsky, der den schlimmsten Arbeitertrutz vorbereitet, auch nur seinen Lesern mitzutheilen — obwohl selbst die Telegraphenbureaus die Mittheilung des Erlasses brachten und obwohl der Erlaß in derselben Nummer des „Vorwärts" enthalten war, gegen die sich die Polemik der „Leipziger Volkszeitung" in der Chinafrage richtete —, geschweige denn den Kampf gegen die darin zum Ausdruck kommenden Regierungstendenzen gehörig aufzunehmen. Freilich dieser Geheimerlaß beging die Uebelthat, sich beim „Vorwärts" und nicht bei der „Leipziger Volkszeitung" einzustellen.

Und noch eins. Wenn der „Leipziger Volksztg." der Abschluß des Kiaotschau-Vertrages eine so ganz außerordentliche Sache ist, deretwegen die schärfste Sprache und alle Kraft der Partei aufgeboten werden soll, warum hat dann die Redaktion des Blattes ihren „Chefredakteur", der auch Reichstags-Abgeordneter ist, nicht schon längst gedrängt, in der Fraktion beziehungsweise im Reichstage eine große Aktion ins Werk zu setzen? Die Thaten des Herrn Reichstags-Abgeordneten stimmen wenig zu dem Wortgeklirr des Herrn „Chefredakteurs". —

Parlamentarisches.

Budgetkommission. (Berathung des Post-Etats.) Erstatter Paasche hebt hervor, daß die Einnahmen höher als sonst üblich, das sei gekommen, weil die Einnahme laufenden Etatsjahres bereits erheblich über den Voranschlag hinausgegangen seien. Staatssekretär v. Podbielski hebt hervor, daß die Einnahmen der Post mit Ende September die angesetzte Jahreseinnahme bereits um 7 Mill. Mark überschritten haben, die Ausgaben um 91 000 M. gegen den Voranschlag zurückgeblieben seien. Abg. Paasche fragt an, wie es mit den Einnahmen aus den Telegraphen- und Telephongebühren stehe und mit den angekündigten Reformen. Staatssekretär v. Podbielski giebt an, daß die Einnahmen aus dem Telegraphenverkehr die Kosten der Verwaltung nicht deckten, was auch die englische Verwaltung zeige. Auch sei der Telephonverkehr infolge der neuen Börsengesetzgebung erheblich zurückgegangen, ebenso die Telephongebühren durch den geringeren Verkehr der Berliner mit der Wiener Börse. Ueber die Reformen könne er heute noch keine Auskunft geben, die Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen seien noch nicht zum Abschluß gekommen. Abg. Dr. Hammacher bedauert das, er ersucht den Staatssekretär, energisch vorzugehen und erklärt eventuell im Reichstag einen Antrag zu stellen, das Gewicht der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gr. zu erhöhen. Er äußert ferner Bedenken über die Entwickelung des Privatpostwesens, das er nicht gewaltsam beseitigen wolle, das aber einen für die Reichspost bedenklichen Umfang annehme; auch wolle er wissen, wie der Staatssekretär über die Ermäßigung der Telephongebühren denke. Staatssekretär von Podbielski antwortet, daß ein neuer Portotarif im Sinne der Ausführungen des Vorredners dem Bundesrath vorliege und dieser in Kürze sich entscheiden werde. Die Fernsprechgebühren ergäben zur Zeit eine Verzinsung der Anlagen zu 4 pCt., eine Ermäßigung der Gebühren für Telephone sei kaum angängig, da diese doch nur den Besitzenden zu gute komme, auch würde die nothwendige Verbesserung des Telephonwesens sehr erhebliche Mehrausgaben erfordern, die nicht durch häufigere Benutzung ausgeglichen würden, namentlich erfordere der Fernsprechverkehr große Aufwendungen. Die Privatposten anlangend, so könnten sie weit billiger arbeiten, weil sie keine Verpflichtungen gegen ihre Beamten eingingen. Selbst sozialdemokratische Zeitungen erklärten, die Einrichtungen der Reichspost-Verwaltung denen jener Privatposten in bezug auf Behandlung und Bezahlung der Beamten und Arbeiter vorzuziehen. So gäbe z. B. die Reichspost-Verwaltung an Invaliden- und Wittwen- und Waisenpensionen 18 Millionen per Jahr aus, die Privatposten keinen Pfennig. Auch ließe die Reichspost z. B. in Berlin die Briefe und Sendungen täglich 12- bis 13mal austragen, die Privatposten nur höchstens viermal. Er werde aber durchzusetzen suchen, daß der geschlossene Brief, dem das Gesetz das Briefgeheimniß sichere, nur der Reichspost übergeben werden könne. Abg. Müller-Sagan ist befriedigt, daß der Staatssekretär seine Stellung nicht um jeden Preis zur Unterdrückung der Privatposten anwenden werde. Die Privatpost habe sicher Mängel, aber sie habe veranlaßt, daß man zu größeren Reformen geneigt sei. Wolle man aber den Privatposten das Recht nehmen, geschlossene Briefe zu befördern, wie der Staatssekretär wolle, so vernichte man die Privatposten. Abg. Müller Fulda erwartet, daß wenn man die Privatposten in ihrer Thätigkeit und damit in ihrer Existenzfähigkeit beschränke und diesen eine gewisse Entschädigung biete, alsdann auch an das Personal dieser Anstalten gedacht werde, das doch am meisten geschädigt würde. Er hoffe, daß die angekündigte Gesetzesnovelle bald komme; er plädirt für die Herabsetzung des Portos für die kleinsten Postanweisungen. Bei der Herabsetzung der Telephongebühren kämen hauptsächlich die lokalen Gebühren in betracht, die dem gesammten Gewerbeverkehr zu statten kommen würden. Staatssekretär v. Podbielski: Es sei die Absicht der Reichspostverwaltung, die Portogebühren für kleine Postanweisungen herabzusetzen, was auf dem Verordnungswege durchgeführt werden solle. Auf die anderen Punkte werde er nicht eingehen, er werde seinerzeit im Plenum darauf eingehen, sobald die von ihm erwähnte Gesetzesvorlage zur Berathung stehe. Abg. Singer wünscht, daß das Strafporto für unfrankirte oder nicht genügend frankirte Briefe aufgehoben werde. Der Staatssekretär erklärt, daß dies kein Strafporto, sondern ein Zuschlagsporto sei, das die Post für die ihr verursachte größere Arbeit fordern müsse. Die Aufhebung dieses Zuschlags würde unhaltbare Zustände schaffen. Abg. v. Massow äußert Bedenken gegen eine Ermäßigung des Briefportos. Abg. Singer wendet sich dagegen, daß man die Telephongebühren nicht ermäßigen wolle, hier kämen größere Interessen in betracht als man annähme. Er hätte gewünscht, daß der Staatssekretär die von ihm angekündigte Gesetzesvorlage vorher veröffentlichte, damit das Publikum eine Kritik üben könne. Die Privatposten seien nur möglich geworden durch die Vernachlässigung der Verkehrsinteressen der Post. Hätte letztere nicht vom rein fiskalischen Standpunkt aus ihre Maßnahmen getroffen, so hätten die Privatposten nicht entstehen können. Er polemisirt gegen v. Massow, der gerade im Interesse der ländlichen Bevölkerung, die meist auf schwerem Papier ihre Briefe schreibe, eine Erhöhung des Maximalgewichts der Briefe fordern sollte. Nach weiteren Bemerkungen des Staatssekretärs v. Podbielski und der Abgg. Dr. Hammacher und Müller-Sagan und des Referenten Paasche wird die Debatte geschlossen und Titel 1 Einnahmen aus Post- und Telegraphengebühren 308 Millionen bewilligt. Die Einnahmetitel 2—5 werden ohne Debatte genehmigt, ferner Titel 6—8. Bei Titel 9 frägt der Referent an: wie es mit dem in Aussicht gestellten Zeitungstarif stehe.

Staatssekretär v. Podbielski liest eine Erklärung vor, wonach durch den Wandel im Staatssekretariat ein Aufschub eingetreten sei. Er selbst habe durch die Berathung der sonstigen Reformen keine Zeit gehabt, sich in befriedigender Weise mit der Sache ins Reine zu setzen, es sei außerordentlich schwierig, eine alle Interessenten befriedigende Reform zu finden. Abg. Singer fragt an: bis wann die Vorlage an den Reichstag kommen werde. Der Staatssekretär antwortet, er hoffe, sie dem nächsten Reichstag vorlegen zu können.

Die Abgg. Müller-Fulda, v. Kardorff, Müller-Sagan, sprechen sich dafür aus, daß die Beförderung nach dem Gewicht der Zeitungen getroffen werden solle, wodurch hauptsächlich die Annoncenblätter zu treffen seien. Abg. Dr. Hammacher erklärt sich eventuell für eine Annoncensteuer. Abg. Müller-Sagan erklärt sich lebhaft dagegen. Er giebt zu erwägen, ob nicht eventuell der Raum für die Berechnung herangezogen werden solle. Abg. Singer meint, man soll nicht weitere Erhebungen aus Interessentenkreisen machen, darin sei genug geschehen. Er sei befriedigt, daß eine Vorlage für den Herbst in Aussicht gestellt sei. Abg. Dr. Hammacher verwahrt sich dagegen, daß er eine Annoncensteuer befürwortet habe, er habe nur ausgesprochen, daß eine Annoncensteuer schließlich nicht ausbleiben werde, falls der jetzige Zustand weiter fortbestehen solle. Er sei gegen eine solche Steuer. Es betheiligen sich noch an der Debatte Abg. Prinz Arenberg, Müller-Sagan und Graf Roon, welch' letzterer sehr für eine Annoncensteuer ist, auch wenn die Hälfte der Zeitungen dabei zu grunde gehe. Die Position wird bewilligt.

Man geht zum Etat der Ausgaben über. Abg. Lingens fragt, wie es mit der Einstellung des Gepäckverkehrs am Sonntag stehe. Staatssekretär v. Podbielski: Man thue, was man könne, aber ganz aufheben lasse sich der Sonntagsverkehr nicht. Abg. Lieber fragt an, warum die Postunterbeamten-Gehälter nicht berücksichtigt worden sein. Er beantragt, die geforderte Erhöhung des Gehalts des Staatssekretärs so lange auszusetzen, bis die Frage noch den Unterbeamtengehältern genügend beantwortet sei. Der Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, es sei die Absicht der preußischen Regierung, gewisse Kategorien der Unterbeamten im Einkommen zu verbessern und bitte, dieses Vorgehen abzuwarten. Er meint, man löse vielleicht die Frage am besten, wenn man die Wohnungsgelder entsprechend den Preisverhältnissen der Orte erhöhe. Abg. Lieber konstatirt, er wolle mit seinem Antrag nur bezwecken, die Frage der Unterbeamtengehälter an der entsprechenden Stelle zu erörtern. Abg. Bebel begrüßt den Antrag Lieber, der hoffen ließe, daß diesmal die Unterbeamten zu ihrem Recht kämen; er wolle den Gegenstand vorläufig nicht weiter be-

Hause zu, aber bemerke, daß sein Freund Singer bereits den Antrag und so weit habe, durch Aenderung der bezüglichen Etatsposition über vermissen Gehalt der Unterbeamten diesen gerecht zu werden. Im weiteren dem M[illegible] er sich für Einschränkung des Packetverkehrs am Sonntage Sünde, namentlich für Schluß der Postgeschäfte am lichen Sonntag Nachmittag aus. Abg. Prinz Arenberg meint man müsse mehr Rücksicht auf die Arbeiter und kleineren Leute nehmen, als dies durch die gehörten Vorschläge geschehe.

In den weiteren Erörterungen erklärt der Staatssekretär, daß die Postverwaltung den Dienst am Sonntag Nachmittag einstellen wolle. Der Antrag Lieber wird angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch vormittags 10 Uhr.

Der vom Abg. Singer eingebrachte Antrag lautet: „Die Summen, welche zur Ausführung der vorjährigen Resolutionen in betreff der Postunterbeamten und Landbriefträger nöthig sind, in den Etat pro 1898 einzusetzen." Die Resolutionen verlangten I. dasselbe Anfangsgehalt für die nach dem 1. April 1895 angestellten Unterbeamten, also 900 M. statt 800 M.; II. die Erhöhung des Höchstgehalts für Landbriefträger von 900 M. auf 1000 M. Nach der dem Reichstag zugegangenen Mittheilung sind die Erwägungen der Regierung hierüber noch nicht abgeschlossen. Der Antrag Singer bezweckt, den Willen des Reichstags dadurch zur Durchführung zu bringen, daß die für diese Verbesserungen der Lage der Postunterbeamten erforderlichen Summen ebenso in den Etat eingestellt werden, wie die für erforderlich erachtete Gehaltserhöhung von 6000 M. für den Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen nahm in ihrer heutigen Sitzung den § 1 des Gesetzes mit den in voriger Sitzung beschlossenen Aenderungen an, deren wichtigste in der Gewährung eines Entschädigungsanspruchs auch für diejenigen Fälle besteht, in denen das Verfahren nicht „die Unschuld", wohl aber die Beseitigung der die Verurtheilung begründenden Verdachtsmomente ergiebt. Für die zweite Berathung wurde ein Antrag dahin vorbehalten, hier zu sagen: wesentliche Verdachtsmomente. Die §§ 2 und 3 gelangten unverändert zur Annahme.

Wahlbewegung.

Im Reichstags-Wahlkreise Saarbrücken ist als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen seitens der nationalliberalen Partei der bisherige Vertreter des Wahlkreises Justizrath Boltz in Saarbrücken wieder aufgestellt worden.

In Bunzlau stellte eine Vertrauensmänner-Versammlung der Konservativen, Nationalliberalen und des Bundes der Landwirthe Herrn v. Koelichen als Reichstagskandidaten auf.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer

scheint nun endlich seinem Ende entgegen zu gehen. Die Nachricht, daß das Komitee beschlossen habe, die Achtstundenforderung zurückzuziehen, bestätigt sich. Ueber die damit geschaffene Situation schreibt uns unser Londoner Mitarbeiter unterm 15. d. M.:

Die Zurücknahme dieser Forderung bedeutet, daß auch die Sperre der drei ausgesuchten Londoner Firmen, die den Achtstundentag verweigert hatten, aufgehoben ist. Damit würde die vom Unternehmerbund verfügte Gegensperre sozusagen automatisch zu Boden fallen. Die Nachricht war verfrüht, aber es sind Verhandlungen im Gange, durch Zurücknahme der Streiknotiz die Prinzipale zu bewegen, den Gewerkschaften ein größeres Recht beim Arbeitsvertrag zuzugestehen, als dies auf der letzten Konferenz geschehen, und die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit entweder einem Schiedsspruch zu unterwerfen oder sie mindestens prinzipiell offen zu halten, bis die neuen Satzungen erprobt seien.

In ersterer Hinsicht sei folgendes bemerkt: Der Vorstand des Unternehmerbundes hat am Montag, den 10. Januar, ein Plakat zum Anschlag vor den Verbandswerkstätten herausgegeben, das die auf der letzten Konferenz aufgestellten Bedingungen enthielt, mit Noten dazu, in denen dieselben eine Auslegung erfahren, die den Wünschen der Gewerkschaften näher kommt, als irgend ein bisheriges Dokument von jener Seite. So verwahrt der Fabrikantenbund seine Mitglieder dagegen, eine besonders begünstigte Klasse von Arbeitern schaffen zu wollen, und erklärt er die Klausel, in der die Vorkehrungen gegen zukünftige Konflikte aufgezählt sind, dahin, daß Beschwerden von jedem etwa sich benachtheiligt fühlenden Arbeiter individuell von der Gemeinschaft der Arbeiter der betreffenden Werkstatt „oder von den Vertretern der Gewerkschaft" zur Verhandlung gebracht werden könnten. Diese beiden Punkte sind aber in den Stipulationen selbst durchaus nicht so klar festgelegt, wie es die Gewerkschaften für nothwendig halten. Sie wollen hier ganz sicher gehen und namentlich das Recht des Gewerkschaftsdelegirten zur Verhandlung mit den Unternehmern anerkannt wissen. Der Verein der Maschinenbauer hat daher heute eine Antwort auf das obige Plakat veröffentlicht, worin er auf die Widersprüche in denselben verweist und noch einmal erklärt, was er verlange, sei „das Recht der Vertretung bei Zwistigkeiten zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsmitgliedern in bezug auf Stück- oder Zeitlöhne, Arbeitszeit und Ueberzeitarbeit, sowie die Bezahlung für Extra-Anforderungen". Darüber hinaus beanspruche er keine Einmischung in die Betriebsleitung. Er sei bereit, seinen Mitgliedern ans Herz zu legen, die besten Resultate aus den Maschinen zu erzielen, den Unternehmern das Recht der Vertheilung der Arbeiten zuzuerkennen, die Frage der Arbeitszeit einem Schiedsspruch zu unterbreiten, und bestreite mit Entrüstung, Versuchen, die Produktion zu mindern, Vorschub geleistet oder den Werkführern bei Ausübung ihrer Pflichten gegen die Unternehmer Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu haben.

Es ist klar und ersichtlich, und wird zudem von den „Daily News" deutlich zu verstehen gegeben, daß diese Erklärung das Resultat von Besprechungen mit Vertretern der versöhnungslustigen Sektion der Fabrikanten ist. Sie enthält im Grunde alles, was von seiten der Gewerkschaften zur Erzielung eines Friedensschlusses verlangt werden kann, und man darf annehmen, daß damit ein entscheidender Schritt zur Beilegung des so lange hingezogenen Kampfes gethan ist. Natürlich wird er mit gemischten Gefühlen aufgenommen, vielleicht auch noch etwas hin und her gepläukelt werden, aber alles spricht dafür, daß A. Sellicks, der Vorsitzende des Maschinenbauer-Vereins, der gestern zur Verhandlung mit der großen Schiffsbaufirma Fairfield in Glasgow war, mit gutem Fug den Reportern erklären konnte: „Es wird nicht mehr lange dauern."

In den letzten Tagen haben in Lancashire Fabrikanten bekannt gemacht, daß sie bereit seien, ihre ausgesperrten Arbeiter zu den im erwähnten Plakat auseinandergesetzten Bedingungen wieder einzustellen, doch müßten die Mitglieder der kämpfenden Gewerkschaften vorher aus denselben austreten. Auch wird von ernsthaften Versuchen gemeldet, Werkführer bezw. Vorarbeiter zum Austritt aus der Gewerkschaft und Eintritt in eine Privatversicherung zu nöthigen. Das wären flagrante Verstöße gegen den Geist und Wortlaut des obenerwähnten Plakats. Als Entschuldigung könnte höchstens dienen, daß die Unternehmer sich während des Kampfes nicht durch dasselbe gebunden halten.

Partei-Nachrichten.

Dem verstorbenen Parteigenossen Hugo Hillmann widmet unser Elberfelder Bruderorgan, die „Freie Presse", einen tiefempfundenen Nachruf. Wir entnehmen demselben zur Ergänzung unserer früheren Mittheilung das folgende:

Schon seit längerer Zeit fand Hillmann, daß die Last der Kampfjahre besonders schwer auf ihm laste. Er wurde im St. Josefs-Hospital aufgenommen, mußte aber dort noch den Aerger erleben, daß man ihm, dem alten Revolutionär, zutraue, er sei nicht mit sich selbst im Reinen; man wollte ihn zur „alleinseligmachenden Kirche" zurückführen. Hillmann blieb nur wenige Tage in dem für ihn ungastlichen St. Josefs-Hospital, war dann wieder eine kurze Zeit daheim, bis er vor einigen Tagen Aufnahme im städtischen Krankenhause fand. Dort ist er Freitag Mittag um 1 Uhr im 75. Lebensjahre gestorben.

Das Leben Hillmann's ist zugleich ein Stück Geschichte der Partei, besonders der rheinischen Sozialdemokratie. Die erste öffentliche Thätigkeit, welche Hillmann entwickelte, geschah während der bürgerlichen Revolution 1848/49. Im Bergischen war besonders das Jahr 1849 das Aufstandsjahr. Am 9. Mai rückte Militär in Elberfeld ein und es kam zum Barrikadenbau und Kampfe. Das Militär wurde zurückgeschlagen und die Aufständischen nahmen von dem Rathhaus Besitz. Es bildete sich ein Sicherheitsausschuß, der die Geschäfte der Stadt vorläufig übernahm. Zu diesem Sicherheitsausschusse gehörte auch Hillmann. Es ist bekannt, wie auch hier in Elberfeld infolge der Feigheit und Verrätherei des Bürgerthums der Aufstand sehr bald niedergeschlagen wurde.

Genug, um sich den Krallen des Staatsanwalts zu entziehen, ging Hillmann nach London, wo er dem kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein beitrat. Damit dokumentirte er schon, daß er kein bürgerlicher Demokrat war, wie seine Kollegen im Elberfelder Sicherheitsausschuß. Nach der Amnestie von 1861 kehrte Hillmann nach 11jährigem Exil von London zurück. Gerade um diese Zeit nahm Lassalle seine intensive Agitation unter den Arbeitern auf, und als nach Veröffentlichung des offenen Antwortschreibens im Jahre 1863 der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, gehörte Hillmann zu den eifrigsten Mitgliedern.

Es würde hier zu weit führen, auf die weitere, von inneren Kämpfen nicht frei gebliebene Entwickelung der Partei näher einzugehen. Hillmann, der in Elbelfeld eine Wirthschaft betrieb, wirkte hier bis zum Jahre 1881. In diesem Jahre fand der erste Vorläufer des großen Elberfelder Sozialistenprozesses statt. Die Polizei suchte nach den Theilnehmern des Wiedener Kongresses und auch Hillmann war in die Untersuchung gezogen. Indessen mußte die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen.

Kurz darauf ging Hillmann, der, wie es den meisten Kämpfern für das Proletariat ergeht, einen schweren Kampf ums Dasein zu führen hatte, mit seiner Familie nach Amerika. Im Jahre 1887 weilte er längere Zeit zum Besuch hier und kehrte dann nach Ablauf des Sozialistengesetzes ganz von Amerika zurück.

Obwohl damals schon nahe der 70, war Hillmann noch immer der „geborene Agitator"; seine fließende Beredtsamkeit riß die Massen mit sich fort, und er ließ keine Gelegenheit vergehen, zum Volke zu sprechen. Die letzte dieser Gelegenheiten bot sich ihm bei der Lassalle-Feier des letzten Jahres, wo er in Ronsdorf, auf historischem Boden stehend, seine Freude über die Erfolge der Partei aussprach.

Sicher ist es ein erhebendes Bewußtsein für einen so alten Kämpfer, der fast alle Stadien der Bewegung von ihren kleinsten Anfängen an mitgemacht hat, an seinem Lebensabend vor einer so tausendköpfigen Schaar begeisterter Anhänger sprechen und sich sagen zu können: Auch Du hast Dein reichliches Theil dazu beigetragen.

Die bergischen Parteigenossen werden den Namen Hillmann in Ehren halten.

Der Sozialdemokratische Verein in Bielefeld hatte im Jahre 1897 eine Einnahme von 787,60 M., davon 689,90 M. aus Beiträgen. Aus dem Jahre 1896 war noch ein Kassenbestand von 118,13 M. vorhanden, so daß trotz der die Einnahme übersteigenden Ausgabe im Betrage von 856,25 M. immer noch ein Ueberschuß geblieben ist. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des letzten Jahres 322 und zu Ende des Jahres 367; er ist also nicht unbeträchtlich gestiegen.

In Düsseldorf ist als erster Vertrauensmann gewählt der Parteigenosse Karl Porges (Konkordiastr. 95, part.), als zweiter der Parteigenosse Joh. Schrierers (Bilker-Allee 167, part.).

Todtenliste der Partei. In Posen starb der Parteigenosse Johann v. Sinnicki, von Beruf Korkschneider. Er war ein treuer Anhänger und Verfechter unserer Sache. Viele Genossen in Kottbus und Breslau, an welchen Orten er früher wohnte, werden sich seiner erinnern. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Parteigenosse Redakteur Rüdiger in Gera hatte am 13. Januar ein Verhör vor dem Untersuchungsrichter wegen des Weihnachts-Artikels der beschlagnahmten Nummer 298 der „Reuß. Tribüne". Der Artikel soll angeblich eine „Aufreizung der verschiedenen Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander" enthalten. Die „Geraer Zeitung" hat sich in der Rolle des Denunzianten gefallen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

In der Budapester Metallgießerei von Hubert Fulöp sind sämmtliche Arbeiter wegen Lohnforderungen ausgesperrt worden. Der Direktor Herr Zimmermann, der aus Berlin stammt, sucht, wie uns von Budapest mitgetheilt wird, Ersatzkräfte von hier zu erhalten. Unser Hinweis auf den obigen Thatbestand wird ohne Zweifel genügen, die Berliner Metallarbeiter davon abzuhalten, ihren Budapester Kollegen in den Rücken zu fallen.

Die Stellmacher haben beschlossen, den Fachverein am 1. April aufzulösen und sich in corpore dem Holzarbeiter-Verbande anzuschließen.

Achtung, Maurer! In Nr. 6 des „Vorwärts" vom 8. Januar ist unter „Gewerkschaftlichem" eine Notiz enthalten, unterzeichnet von den drei Mitgliedern der Lohnkommission von der zentralen Richtung, die den Anschein erwecken könnte, als ob die jetzt zu einem „gewissen Streikfonds" gesammelten Gelder unterschlagen würden, weil sie an die Lohnkommission nicht eingeliefert seien. Thatsächlich hat auch ein bürgerliches Blatt, die „Volkszeitung", die Sache in diesem Sinne ausgebeutet. Hierzu hat der Unterzeichnete zu erklären:

Als am 11. Dezember 1897 die offiziellen Sammlungen auf Listen zum Streikfonds der Maurer Berlins und Umgegend beendet waren, hielt ich es für angebracht, Marken herauszugeben, und zwar pro Stück zu 10 Pf. für den Generalfonds der Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer Deutschlands. Die Marken sind bei mir zu haben und bitte ich die Kollegen, bis zur Wiedereröffnung des Streikfonds der Maurer Berlins und Umgegend dieselben recht rege zu vertreiben. NB. Die Gelder für die bis jetzt ausgegebenen Marken sind bei mir eingegangen und wird selbstverständlich darüber seinerzeit Rechnung gelegt werden. Wilhelm Ueckert, Vertrauensmann der Maurer Berlins lokaler Richtung, Calvinstr. 10.

Holzarbeiter-Verband. Aus den Bezirks-Versammlungen vom 10. Januar. Im Bezirk Wedding-Gesundbrunnen ist für die Zahlstelle Stettinerstraße H. Popitz als Beitragssammler gewählt. — Im Bezirk Schönhauser- und Rosenthaler Vorstadt wurden Werkstattangelegenheiten verhandelt. — Im Bezirk West und Süd-West wurde die Ersatzwahl der Werkstatt-Kontrollkommission vorgenommen. Gewählt sind: Zaßke als Beisitzer; Wiemers und Heier als Beitragssammler; Bartels, Hahn, Publitz, Krüger, Eßmann, Pittrow und Schulz für Süd-West, Kunze, Wagner, Hirle, Marquardt und Lehmann für West zu Mitgliedern der Kontrollkommission. — In allen Versammlungen waren vorher Vorträge gehalten worden.

Verband der Graveure, Ciseleure ꝛc. Heute Abend 7½ Uhr Oranienstr. 51: Generalversammlung.

In Lichterfelde ist eine Filiale des Töpfer-Verbandes gegründet worden.

Deutsches Reich.

An die Arbeiter Deutschlands! Die Berliner Schuhmacher hatten durch ihre Organisation im Jahre 1896 nicht unbeträchtliche Vortheile errungen; immerhin waren es Zugeständnisse, welche die Fabrikanten ohne Schädigung ihrer Profite leicht tragen konnten. Aber den Herren war das Wenige zuviel.

Angeblich, um das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit zu regeln, gründeten sie Anfang des Jahres 1897 ein „Arbeitsnachweis-Bureau der Schuh- und Schäftefabrikanten". Doch bald stellte es sich heraus, daß durch diesen Arbeitsnachweis nur bezweckt werden sollte, mißliebige Arbeiter von der Arbeit auszusperren, denn nur diejenigen erhielten Arbeit, welche sich im Besitze eines ordnungsmäßigen Entlassungsscheines befanden. Aus verschiedenen Gründen nahmen die organisirten Arbeiter damals keine entschiedenen Schritte gegen dieses Bureau und eine Aussperrung der Arbeiter, welche im Frühjahr desselben Jahres von den Verbandsfabrikanten vorgenommen wurde, endete mit einem Vergleich vor dem Berliner Gewerbegericht. Die Fabrikanten gaben das feierliche Versprechen ab, das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anzutasten, erklärten jedoch das Arbeitsnachweis-Bureau als ihr Privatunternehmen, in das sich die Arbeiter nicht einzumischen hätten. Auf beiden Seiten fühlte man wohl, daß dieser Vergleich keine endgiltige Entscheidung war, und die Herren Fabrikanten fuhren fort, organisirte Kollegen zu maßregeln. Gegen Ende des Jahres 1897 mehrten sich die Fälle und wir hatten das Bewußtsein, daß uns die Fabrikanten in der schlechtesten Konjunktur zu einem Kampfe reizen wollten, durch welchen sie uns auf Jahre hinaus lahmgelegt hätten. Die Agitationskommission hatte einen schweren Stand, die Kollegen von Unbesonnenheiten abzuhalten, um den Herren Fabrikanten keine Gelegenheit zu einer Machtprobe zu geben.

Kurz vor Weihnachten des vergangenen Jahres erließen die Fabrikanten eine sogenannte „einheitliche Arbeitsordnung", welche in höchst einseitiger Weise ohne Hinzuziehung der Arbeiter ausgearbeitet war und in welcher Bestimmungen enthalten waren, die für die Arbeiter unannehmbar sind. Um die Arbeiter zur Annahme dieser Arbeitsordnung willfähriger zu machen, ließen einzelne Fabrikanten ihre Arbeiter um Weihnachten 10—14 Tage aussetzen, so daß zirka 200 Personen ohne Beschäftigung waren. Mit der Agitationskommission wollten die Unternehmer nicht verhandeln. Die Kommission, die dann aus der Mitte der in den Ringfabriken Beschäftigten gebildet wurde, konnte nach längerem Hin und Her nur einige geringfügige Zugeständnisse für die Arbeiter erlangen und diese wurden von den Betheiligten durch geheime Abstimmung als ungenügend verworfen. Weitere Verhandlungen haben die Fabrikanten abgelehnt. Wie es scheint, ist es von jener Seite darauf abgesehen, einen Kampf herbeizuführen, um die Organisation zu zerstören.

Zwar haben heute, Montag, die meisten Fabriken die Arbeitsordnungen bis zum 1. Februar zurückgezogen, so daß ein großer Theil der Kollegen noch nicht vor die Wahl gestellt ist, zu unterzeichnen oder ausgesperrt zu werden. Aber allem Anschein nach geschieht dies nur, weil gegenwärtig der Unternehmer-Verband Generalversammlung hat und dort wahrscheinlich der Kriegsplan erst fertiggestellt werden soll.

Wir müssen deshalb mit der Wahrscheinlichkeit des Kampfes rechnen, weshalb wir unsere Kollegen im Reich bitten, vor allen Dingen den Zuzug fernzuhalten. Dann wird uns auch der Sieg nicht fehlen.

Die Agitations-Kommission
der Fabrik-Schuhmacher von Berlin.
Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Handschuhmacher in Halberstadt hat ein schnelleres Ende gefunden, als erst anzunehmen war. Das energische Auftreten und der feste Zusammenhalt der Arbeiter hat die Fabrikanten bewogen, die Anwesenheit des Vorsitzenden vom Verband der Handschuhmacher zu benutzen, um neue Verhandlungen anzubahnen, die dann auch zu einer Einigung führten, wobei die Arbeiter mit dem errungenen Erfolg sehr zufrieden sein können. Dieser ist um so höher anzuschlagen, da die Organisation der Handschuhmacher an diesem Platze erst in den letzten Jahren festen Fuß gefaßt hat und es die erste allgemeine Lohnbewegung war, die dort von der Organisation geführt wurde.

Die Dachdecker in Erfurt haben an ihre Arbeitgeber die Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit, 40 Pf. Stundenlohn und bestimmten Aufschlag bei gefahrvoller Arbeit gestellt. Diesbezügliche Verhandlungen beider Parteien sind im Gange.

Gewerbegerichtswahlen. In Schweinfurt haben unsere Gewerkschaften einen glänzenden Sieg bei der Wahl in der Klasse der Arbeitnehmer zu verzeichnen; die von den Gegnern zirkulirende Liste erhielt nicht eine Stimme.

Der gleich günstige Erfolg ist in Hückeswagen (Rheinprovinz) zu verzeichnen, wo unsere Kandidaten mit großer Majorität gewählt wurden.

Ausland.

Aus Lens (Frankreich) wird gemeldet: Infolge eines Uebereinkommens zwischen den Arbeitgebern und den Ausständigen wird der Ausstand in den Kohlenbergwerken von Drocourt als beigelegt betrachtet.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 16. Januar. (W. H.) In Nyrbakta ist gestern eine agrar-sozialistische Revolte ausgebrochen. Die Aufständischen erstürmten das Rathhaus. Der ihnen entgegentretende Stuhlrichter wurde schwer verletzt. Erst durch das Einschreiten von Gendarmerie und Militär konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Die Rädelsführer wurden verhaftet.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Cavaignac erklärt, daß er die Regierung über die heutige Note der „Agence Havas" interpelliren wolle, in der die Veröffentlichung der Aeußerungen des Hauptmanns Dreyfus gegenüber dem Hauptmann Lebrun-Renault abgelehnt wird. Ministerpräsident Meline beantragt, die Berathung der Interpellation zu vertagen. Redner bittet die Kammer, das Land zu beruhigen, indem sie ihre Arbeiten wieder aufnehme; es sei nöthig, daß das Budget bewilligt und die Angelegenheit Dreyfus, deren sich der Parteigeist bemächtigt habe, bei seite gelassen werde. Das Haus beschließt hierauf mit 310 gegen 252 Stimmen entsprechend dem Antrage des Ministerpräsidenten.

Lyon, 17. Januar. (W. T. B.) Studenten veranstalteten vor dem „Journal du Peuple", welches für Zola Partei genommen hatte, Kundgebungen und zertrümmerten die Fensterscheiben des Hauses. Das Personal des Blattes setzte sich zur Wehr; einige Studenten wurden durch Stockschläge und Steinwürfe verwundet.

Marseille, 17. Januar. (W. T. B.) Gruppen von Tausenden von Manifestanten riefen vor Geschäftshäuser, die im Besitz von Israeliten sind: „Nieder mit den Juden, Tod den Juden!" Unter den Fenstern eines von Offizieren bewohnten Hauses wurde gerufen: „Es lebe die Armee!" Der Straßenverkehr ist unterbrochen.

Ancona, 17. Januar. Durch ein sozialistisches Manifest war die Bevölkerung aufgefordert worden, gegen eine hier erfolgte Erhöhung der Brotpreise zu protestiren. Heute Vormittag begaben sich etwa hundert Frauen mit ihren Kindern nach dem Rathhause, um eine Herabminderung der Brotpreise zu verlangen. Der Bürgermeister versprach, alsbald entsprechende Maßnahmen zu treffen. Inzwischen hatte sich ein großer Haufe Männer dazu gesellt. Einige Kinder warfen Steine gegen die Fenster des Rathhauses. Nachdem Polizei den Platz vor dem Rathhause gesäubert hatte, ergoß die Menge sich, von der Polizei verfolgt, in die Straßen und zertrümmerte durch Steinwürfe mehrere Schaufenster; infolgedessen wurden die Geschäfte geschlossen. Es kam zu Tumulten; einige Beamte der öffentlichen Gewalt und eine Frau wurden verwundet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Kundgebungen wurden fortgesetzt, um die Entlassung der Verhafteten zu erwirken.

Barcelona, 17. Januar. (W. T. B.) Die Flüsse Llobregat und Besos sind aus den Ufern getreten und haben die umliegenden Ortschaften überschwemmt. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Der Verkehr der Eisenbahnzüge zwischen Murcia und Alicante ist unterbrochen. Das Steigen der übrigen Flüsse hält an. Der Schaden ist beträchtlich; einige Menschen sollen das Leben eingebüßt haben.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 14. 15. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Dienstag, 18. Januar 1898.

Reichstag.

18. Sitzung. Montag, den 17. Januar 1898.

Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung nach 2¼ Uhr.

Abg. **Himburg** (kons.): Der Abg. Stadthagen hat in der letzten Sitzung zwei Rechtsfälle, die unter meinem Vorsitz verhandelt wurden, zur Sprache gebracht und mein Verhalten dabei sehr scharf kritisirt. Ich will in dieser Beziehung nur sagen: Beide Fälle sind von ihm theils unrichtig, theils unvollständig wiedergegeben. Ich bin der Meinung, daß ich in beiden Fällen ganz korrekt gehandelt habe. Wenn der Abg. Stadthagen anderer Meinung ist, mag er sich bei meiner vorgesetzten Behörde beschweren. Im übrigen kann ich ihm nur anheimgeben, dieselben Aeußerungen, die er hier gethan hat, an einer anderen Stelle außerhalb des Reichstages zu wiederholen. (Zuruf von Bebel: Das hat er gar nicht nöthig!) Ich bin zwar persönlich beleidigt, muß aber das Interesse meines Amtes wahren. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.) zur persönlichen Bemerkung: Ich kann gegenüber den Aeußerungen des Abg. Himburg nur wiederholen, daß ich die beiden Fälle erstens richtig vorgetragen habe und zweitens, daß sie bereits in der Oeffentlichkeit verhandelt worden sind. Er selbst hat in einem Zeitungsartikel versucht, dagegen zu polemisiren. Ich muß gegen den Versuch, rein sachliche Momente nachträglich in dieser Art aus dem Rahmen des Reichstages hinauszerren zu wollen, entschieden protestiren (Lachen rechts). Diese Art mag ja für ihn etwas Angenehmeres sein, aber ich brauche auf diese Provokation nicht einzugehen. Die heutigen Ausführungen bestätigen auch lediglich, wie recht ich hatte, so vorzugehen.

Abg. **Himburg** (k.) zur persönlichen Bemerkung: Nur der eine Fall ist besprochen, aber in ganz anderer Form. Im übrigen muß ich bei meiner Erklärung bleiben. Ich will heute nicht weiter darauf eingehen, da ich den stenographischen Bericht noch nicht gelesen habe, werde es aber nicht unterlassen, bei passender Gelegenheit darauf zurückzukommen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) (Schlußrufe auf der Rechten!) zur persönlichen Bemerkung: Jetzt rufen Sie (zu der Rechten) Schluß, nachdem Sie die Sache selbst provozirt haben. Im zweiten Fall habe ich doch lediglich die Worte des Urtheils, das der Abg. Himburg gefällt, wortgetreu angeführt. Es steht ihm ja frei, hier im Reichstag darauf zu reagiren.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein: Zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats. Dieselbe beginnt mit dem Spezialetat des Reichstags.

Abg. **Lieber** (Z.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Zustand der Bibliothek, der, zumal seit dem Umzug in das neue Haus, sehr befriedigend sei; im speziellen gilt dies von der Handbibliothek. Nunmehr macht sich aber dringend das Bedürfniß nach einem neuen Kataloge geltend; ich beantrage, daß von den für die Neuanschaffung von Büchern bewilligten 30 000 Mark auch die Herstellungskosten des Kataloges bestritten werden sollen, die inklusive Inhalts-Verzeichniß und Kosten für die Handbibliothek zirka 15 000 M. betragen werden. Da würde freilich für die Bibliothek selbst wenig bleiben; ich beantrage daher Vermehrung des Etats zum Ankauf von Büchern.

Abg. **Paasche** (natl.) findet die Bibliothek recht lückenhaft, behält sich einen Antrag für die dritte Lesung vor.

Abg **von Kardorff** (Reichsp.) konstatirt, daß der Zustand des Zeitungs-Lesezimmers geradezu miserabel ist und wünscht dringend Kompletirung der in- und ausländischen Zeitungen.

Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Es folgt die Berathung des Reichsamts des Innern.

Abg. **Hitze** (Z.): Ich stimme mit dem Herrn Staatssekretär Graf Posadowsky darin überein, daß es sich jetzt darum handelt, die sozialpolitische Gesetzgebung weiter auszubauen. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sollen auf weitere Erwerbszweige Anwendung finden, vor allem beim Verkehrsgewerbe. Es handelt sich um Schutzbestimmungen für weitere Industrien, so bei der Hausindustrie; da sollen zunächst Erhebungen veranstaltet werden. Es ist ferner anerkannt worden, daß das Invaliditätsgesetz eines weitern Ausbaues dringend bedarf; es handelt sich in erster Linie um eine Erhöhung der Invalidenrente und um einen Anschluß der Invaliditäts- an die Krankenversicherung. Die ganze Arbeiterversicherung muß nach jeder Richtung hin erweitert werden. Die Prinzipienfrage ist entschieden, jetzt heißt es: die Prinzipien thatkräftig in die Praxis zu übersetzen. Gegenüber einer Bemerkung des „Vorwärts" über unsere Stellung zu dem Runderlaß des Staatssekretärs erkläre ich ausdrücklich im Namen meiner Freunde, daß wir von dem Runderlaß nichts gewußt haben. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter verstehe ich allerdings auch so, daß man den Arbeitern auch das Recht geben muß, sich eine Koalition zu schaffen in den Formen, die sie für richtig halten. Ich komme jetzt zu meinem Antrag. Wir wollen eine Zusammenstellung der auf grund des § 105 e der Gewerbe-Ordnung für Betriebe mit Wind und unregelmäßiger Wasserkraft getroffenen Verfügungen und Entscheidungen. Auf unsern Wunsch hat der damalige Staatssekretär im vorigen Jahre eine Zusammenstellung der bisher auf grund des § 105 e erlassenen Arbeiterschutz-Bestimmungen uns zugehen lassen; diese hat sich außerordentlich bewährt. Nun sind in diesem § 105 e die Ausnahmen für die Einhaltung der Sonntagsruhe vorgesehen, und als solche speziell das Müllergewerbe, das Bäckergewerbe, die Betriebe mit unregelmäßiger Wasserkraft u. s. w. bezeichnet. Diese Vorschriften werden in sehr verschiedenem Maße gehandhabt. Es ist nun ausdrücklich bestimmt worden, daß höchstens eine 10stündige Arbeitszeit zulässig ist, und zwar zu dem Zwecke, damit den Angestellten dem Morgen-Gottesdienste beizuwohnen Gelegenheit gegeben werde. Die Maximalziffer schwankt aber in verschiedenen Gegenden ganz erheblich, z. B. wird in Würzburg einfach den ganzen Sonntag durchgearbeitet; die Saale wird in Naumburg als unregelmäßige Wasserkraft betrachtet, in Sachsen als regelmäßige; das ergiebt naturgemäß eine verschiedene Handhabung der Sonntagsruhe in den in betracht kommenden Betriebszweigen. Die Papierfabrikanten haben in einer Eingabe an die Regierung seinerzeit auf diese Verschiedenheit hingewiesen, die sie sehr schädigt, ohne auch nur eine moralische Unterstützung gefunden zu haben. Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Herr Staatssekretär nunmehr auf die in unserem Antrag enthaltenen Wünsche eingehen wird. (Beifall im Zentrum).

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich werde mich auch ferner mit der Regierung in Verbindung setzen darüber, ob eine Sammlung der einzelnen Verordnungen zu § 105 der Gewerbe-Ordnung veranstaltet werden soll. Wenn Bestimmungen erlassen werden, sollen sie nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern müssen auch ausgeführt werden. — Auf die Anfrage über die Novelle zur Konfektionsverordnung habe ich folgendes zu bemerken: Bei einer nochmaligen Prüfung ergab sich, daß eine solche Novelle außerordentliche Schwierigkeiten machen würde. Es ist auch darauf hingewiesen, daß die in der Hausindustrie Beschäftigten der Krankenversicherung unterliegen sollten, wie ja auch Anträge vorliegen, daß die ganze sozialpolitische Gesetzgebung auf die Hausindustrie ausgedehnt werden sollen. Es scheint besser, dies im Zusammenhang mit einer allgemeinen Regelung dieser Frage zu erledigen. Jedenfalls wird Ihnen im Laufe des nächsten Jahres eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung vorgelegt werden, und wir werden dann auf diese Fragen wieder zurückkommen.

Abg. **Wurm** (Soz.): Zunächst haben wir Veranlassung, uns mit der Person des neuen Herrn Staatssekretärs und seinem neuen Programm zu beschäftigen. Auf das, was kommen mußte, waren wir ja zur genüge vorbereitet. Wir wußten, was öffentliches Geheimniß ist, daß die Gnade der v. Stumm und Plötz mit dem sein würde, der jene bekannte Rede in die That umsetzen würde, die in eine Drohung ausklang, daß man diejenigen, welche die Arbeitswilligen verhindern würden, Arbeit zu verrichten, aufs schwerste bestrafen müßte. Wir wußten auch bereits, daß das Programm des neuen Herrn Staatssekretärs heißt: Vernichtung der Gewerkschaften. Unter dem Vorwande, Ausschreitungen, die bisher in Deutschland fast gar nicht vorgekommen sind (Zuruf rechts: Oho!), zu verhindern, sollen die Arbeiter geknebelt werden zu gunsten des Unternehmerthums, das an den reichen Profiten der letzten Geschäftsjahre nicht genug hat und gern möchte, daß die Arbeiter zu Hörigen herabgedrückt würden! Der Herr Staatssekretär hat aber bereits Proben seiner Anschauungen gegeben, als er im Dezember vorigen Jahres in seiner Etatsrede die Worte fallen ließ, daß in einem Lande, in dem das direkte allgemeine Wahlrecht besteht, es weniger nöthig sei, solche Gewerkschaften zuzulassen. Das direkte allgemeine Wahlrecht, Herr Staatssekretär? Ich hoffe, daß das geheime nur aus Zufall weggeblieben ist. Was hat dieses Wahlrecht uns denn bisher gegeben? Haben Sie nicht alle die Forderungen, die von den Vertretern der Arbeiter gestellt wurden, den Normalarbeitstag, den Achtstundentag, nicht gebilligt? Haben Sie den Arbeiterschutz ausgedehnt auf jene Zufluchtsstätte des Elends, auf die Hausindustrie? Haben Sie zur Ausführung der Ueberwachung der Arbeitsstätten die genügenden Beamten, solche von genügende Qualität, von genügendem Vertrauen seitens der Arbeiter, eingesetzt? Statt dessen haben wir gesehen, daß Sie die Macht, die Sie leider noch besitzen, benutzen, Steuern und Steuern aufzulegen. Sie haben außerdem jede Gelegenheit wahrgenommen, den Arbeiterkoalitionen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Sie haben nie ein Wort der Mißbilligung gefunden, wenn Arbeiter gemaßregelt wurden, weil sie Mitglieder einer Gewerkschaft waren, also von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten! Sie haben den Unfug geduldet, der mit dem „Groben Unfug-Paragraphen" getrieben wurde. Wir wissen von einer langen Reihe von Strafen auf grund dieses neuesten Erzeugnisses juristischen Schauspiels!

Der neueste Kurs mußte etwas ganz Nagelneues bieten. Die schlotternde Angst (Lachen rechts) spricht aus den neuen Maßnahmen. Sie haben sich nicht gescheut, gegen den Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine vorzugehen! Selbst diese haben Sie nicht geduldet, und da wollen Sie uns weißmachen, daß das aus übergroßem Muthe geschehe. Das ist dem Gefühl entsprungen, daß die Arbeiter, wenn sie nur irgend eine Organisation haben, nicht mehr sich allem fügen, sondern bessere Löhne, bessere Behandlung verlangen. Dann fürchten Sie, könnten Prozente des Profits flöten gehen. Der Herr Staatssekretär hat diese Angst getheilt. Was er über die Gewerkschaften im allgemeinen gesagt hat, ist so sonderbar unrichtig, daß es nur von dem Gefühl großer Angst eingegeben sein kann. (Sehr wahr! links.) In allen Kreisen der Sozialreformer, nicht nur bei uns, hat es selber Lachen erregt. Daß die englischen Streiker sich gegen die Arbeit sparenden Maschinen gewendet haben sollen, das sind uns Märchen, mit denen Sie kleine Kinder ängstlich machen können. Selbst der Professor Lujo Brentano hat Ihnen die richtige Antwort gegeben, daß man vielleicht vor 50 Jahren daran gedacht hat, aber jetzt nicht mehr. Sie, Herr Staatssekretär, haben in Ihrer Rede erklärt, es sei absichtliche Uebertreibung der Presse, wenn man ihnen zumuthe, daß Sie in der Sozialreform Stillstand eintreten lassen wollten, Sie wären der Meinung, der Arbeitsvertrag müßte sich auf das Pietätsverhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stützen, und es dürfe nicht dahin kommen, daß der Bürger des Abends mit dem Polizisten ins Bett gehe und morgens mit ihm aufstehe. In Ihrer Abscheu vor dem Polizeistaat und Ihrer Vorliebe für das patriarchalische Verhältniß haben Sie auch Ihr Rundschreiben erlassen, — am 11. Dezember, also ein paar Tage vor Ihrer Rede, — das einer der unerhörtesten Streiche gegen die Arbeiterbewegung ist, die je gethan worden sind (Sehr wahr! links), ein Streich, wie er der Arbeiterschaft noch nie zugefügt worden ist; denn zu Zeiten Puttkamer's hat man nicht in dieser Weise, so schroff und grade heraus jegliche Arbeiterorganisation vernichten wollen, wie Sie es nach Ihren Fragen in dem Erlasse vorhaben! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Schon daß Sie sich gescheut haben, den Erlaß öffentlich ergehen zu lassen, beweist, daß Sie sich bewußt waren, welchen Schlag Sie gegen die Arbeiter führten. Daß wir den Erlaß zugeschickt bekommen haben, beweist, daß es auch in Ihren Kreisen Unzufriedene giebt, die Ihre Maßnahmen nicht für richtig halten, obgleich sie Ihnen dienen. Der Erlaß macht die Koalitionsfreiheit zu einem Messer ohne Heft und Klinge, er macht ihr ein Ende. Was rechnet der Erlaß nicht alles zu den unerlaubten Mitteln? (Sehr richtig, links.) Das Postenaufstellen ist bisher schon als grober Unfug bestraft worden. Jetzt soll das anscheinend nicht mehr genügen. Jetzt will man wohl noch mit Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte vorgehen? Die Bewachung der Bahnhöfe ꝛc. soll ein unerlaubtes Mittel sein. Aber wenn die Unternehmer schwarze Listen aufstellen, dann sagen der Staatsanwalt und der Staatssekretär, das ist richtig gehandelt! (Sehr richtig, links.) Wenn der Arbeiter zu seinem Arbeitsgenossen sagt: Sei kein Schurke, sei kein schlechter Mensch, sei kein Streikbrecher, so soll das unerlaubt sein. Dem Unternehmer wird aber kein Vorwurf gemacht, wenn er sich mit seinen Kollegen vereinigt, im Gegentheil, er wird dazu aufgefordert; ich erinnere an die Ermahnung, die der deutsche Kaiser den Hamburger Rhedern zu theil werden ließ. Während es in der Bielefelder Kaiserrede noch hieß: Schwerste Strafe dem, der einen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert, heißt es jetzt Einschränkung der Streiks. Das heißt die Arbeiter wehrlos machen. Wenn die im Erlasse angedrohten Dinge in die Praxis übergeführt werden, dann sind die Gewerkschaften vernichtet. (Sehr richtig, links.) Dann bekommen sie einen Mühlstein um den Hals, und man sagt ihnen: Nun, geht damit schwimmen. Dann hören die Arbeiter auf, gleichberechtigte Bürger zu sein, dann werden sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt. (Sehr richtig, links.) Das zweierlei Maß wird ja überall vom Regierungstische aus gepredigt, aber der Erlaß übersteigt doch vieles Mögliche, trotzdem uns ja die Stellung der Staatsbehörden zum Koalitionsrecht bekannt ist, haben wir ihn nicht für möglich gehalten. Wie hat sich zum Beispiel die Behörde der Organisation der Eisenbahner feindlich gegenüber gestellt. Wie geht es z. B. auf den Musterwerkstätten der Werften zu? In der Arbeitsordnung der Werften heißt es, daß Leute, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und sozialdemokratische Agitatoren nicht angestellt werden. Also Ehrlose und sozialdemokratische Agitatoren werden hier auf eine Stufe gestellt. Aber es werden auch Leute entlassen, die gar nicht politisch thätig waren, sondern nur in Gewerkschafts-Versammlungen als Redner aufgetreten sind. Das genügte schon. Wir wollen den Unternehmern nicht das Recht der Koalition beschränken, wir fordern nur Gleichberechtigung für die Arbeiter. Im Juli 1889 sagte der deutsche Kaiser zu den westfälischen Großindustriellen, das Bestreben der Arbeiter nach besserer Existenz sei begreiflich und im Februar desselben Jahres äußerte er sich zu Herrn Rösicke und dem inzwischen von der Sturmfluth hinweggeschwemmten Dr. Bödiker, der Arbeiter müsse vor allem das Gefühl der Gleichberechtigung haben, und jetzt 1897 will man ihm das Koalitionsrecht nehmen, alles das nehmen, was dem Unternehmer ohne weiteres gestattet ist. Und wenn man nach Gründen sucht, wird man höchstens den finden, daß der Arbeiter von dem Profit der Unternehmer auch etwas haben will, wie der Kaiser gesagt hat, an den Fortschritten der Produktion theilnehmen will und bestrebt ist, sich eine bessere Existenz zu erringen. Vielleicht geht es Ihnen noch einmal so, Herr v. Posadowsky, wie es Herrn v. Berlepsch gegangen ist. Der Minister a. D. hat eingesehen, wie unrecht er hatte, sich gegen die Koalitionsfreiheit zu wenden. Er spricht in der „Sozialen Praxis" von dem zweierlei Maaß gegen Arbeiter und Unternehmer, von Willkür, die Erbitterung hervorruft. Das sind recht beherzigenswerthe Worte, beherzigenswerth besonders für Staatssekretäre (Heiterkeit) und ebenso hat sich der frühere Unter-Staatssekretär v. Rottenburg gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit gewendet. Er bezeichnet die Gewähr der Koalitionsfreiheit nur als einen Akt der Gerechtigkeit gegen die schon schlecht genug gestellten Arbeiter (hört, hört, bei den Sozialdemokraten). Statt erhöhten Schutzes kommt man jetzt mit erhöhter Bestrafung, mit erhöhtem Trutze gegen die Arbeiterkoalitionen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch sind wir zum Glück nicht so weit, noch liegt zwischen Wille und That hoffentlich so viel Zeit, daß das deutsche Volk dabei ein Wort mitsprechen kann, ob die Arbeiterklasse geknebelt sein soll, oder gleiches Recht zu beanspruchen hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir danken dem Herrn Staatssekretär dafür, daß er uns eine so vorzügliche Wahlparole gegeben hat. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem Manifest in der Hand werden wir vor die Wähler treten und ihr Verdikt wird lauten: Weg mit diesem Ministerium, weg mit dieser Regierung! Die Arbeiter sollen nicht Hörige werden, sondern gleichberechtigt sein. Sie aber wollen sie zu Sklaven machen! (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich begreife nicht, weshalb sich der Abg. Wurm in solche Erregung hineinredet. Will er doch mit diesem Manifest in der Hand vor die Wähler treten. Da sollte er mir doch eher dankbar für den Erlaß sein. Ich wundre mich nur, daß ich nicht zum Ehrenmitgliede der sozialdemokratischen Partei ernannt werde. (Sehr gut! rechts. Ruf links: Lächerlich.)

Vizepräsident **Schmidt**: Ich habe eben den Ruf „lächerlich" gehört, der sich gegen eine Aeußerung des Ministers wendet. Ich rufe den betreffenden Herrn zur Ordnung.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** (fortfahrend): Der Erlaß, über dessen Erwerb durch den „Vorwärts" ich mich am Schlusse meiner Rede äußern werde, richtet sich durchaus nicht gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Stelle, die von dem Terrorismus gegen die Arbeitswilligen spricht, ist nichts als die wörtliche Uebernahme einer Stelle aus der Petition, die der deutsche Innungsverband an den Bundesrath und den Reichskanzler gerichtet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Petitionen gelangen in solcher Zahl an uns, daß die Regierung in der That die Frage prüfen muß, ob der Staat wirklich alles thut, um die Arbeitswilligen gegen Terrorismus zu schützen. Ihre Angriffe (zu den Sozialdemokraten) werden uns dabei nicht stören. Wissen wir doch: wir vertheidigen damit nur die bürgerliche Freiheit! (Bravo rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne kein größeres Unrecht, als einen Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. (Bravo! rechts.) Wir haben die Pflicht, wir haben die Macht und werden sie, wenn dieser Terrorismus nicht aufhört, rücksichtslos anwenden. (Bravo! rechts. Unruhe links.) Der Abg. Wurm hat von meiner schlotternden Angst gesprochen und im „Vorwärts" lese ich, daß der Graf Posadowsky den Ausfall der Wahlen nicht überleben wird. Solche Redensarten lassen mich absolut kalt. Wir haben keine Angst, wir wissen, was wir wollen und werden die nothwendigen Maßregeln nöthigenfalls mit Entschiedenheit durchführen. Daß wir Zustände, wie sie in England sind, nicht wollen, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Dort wollen die organisirten Arbeiter bestimmen, wen der Unternehmer zu beschäftigen hat. Das kann kein Vorbild für uns sein. Dann ist ja der Besitzer nicht mehr Eigenthümer der Fabrik, sondern die Fabrik ist Kollektiveigenthum. (Sehr richtig! rechts.) Es ist eine unglaubliche Uebertreibung, wenn der Abg. Wurm sagt, die Koalitionsfreiheit solle beseitigt werden. Das Reskript spricht ausdrücklich von der „grundsätzlichen Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit". (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist gewiß begreiflich, wenn der Arbeiter seine Lebensbedingungen zu verbessern trachtet, aber es ist durchaus nicht richtig, wenn ein Streikender durch Drohungen, Ehrverletzungen und Verrufserklärungen die Arbeitswilligen zu arbeiten hindert. Das wollen wir eben unterdrücken. Daß solche Maßnahmen nothwendig sind, dafür ist der beste Beweis, daß schon jetzt einzelne Gerichte das Aufstellen von Streikposten unter Strafe stellen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Einen unglücklicheren Kronzeugen, als den früheren Minister von Berlepsch, konnte der Abgeordnete Wurm unmöglich zitiren. Wenn Freiherr v. Berlepsch noch im Amt wäre, müßte er denselben Standpunkt einnehmen, dem er 1891 amtlich Ausdruck gegeben hat. Da sagte er ausdrücklich, daß solche Bestimmungen sachlich nothwendig seien und daß der Reichstag, wenn er jetzt Strafbestimmungen gegen den Zwang zur Arbeitseinstellung, gegen die öffentliche Aufreizung zum Kontraktbruche ablehne, sich auf die Dauer der Pflicht, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen, nicht entziehen könne, sondern in späterer Zeit wieder vor dieselbe Frage gestellt werden werde. (Hört, hört! rechts.) Freiherr von Berlepsch hat sich also damals wörtlich auf den Standpunkt des Reskriptes gestellt. Das Reskript ordnet nur Erhebungen an; es bringt noch keine Entschließungen, keine Gesetzesvorlage. Der Abg. Wurm meinte, wir hatten das Schreiben als vertraulich bezeichnet, weil wir uns gescheut hätten, es in die Oeffentlichkeit zu bringen. Ja, glauben Sie denn, daß jedes Aktenstück, das von Regierung zu Regierung geht, im „Staats-Anzeiger" publizirt werden soll? Wo existirt eine Regierung, die solches thäte? Erst muß die Regierung sich im eignen Schooße klar werden, dann erst können Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden. Die fortgesetzten Publikationen amtlicher, ja vertraulicher Schriftstücke zwingen mich, einmal über die Art solcher Erwerbungen zu sprechen. Es ist ein sehr euphemistischer Ausdruck, wenn gesagt wird, solche Schriftstücke flögen auf den Redaktionstisch. In Wirklichkeit sind solche Veröffentlichungen nur dadurch möglich, daß ein Beamter seinen Diensteid bricht, den Weg der Treue verläßt und zum Verräther an seiner vorgesetzten Behörde wird (Sehr richtig! rechts) und daß sich Zeitungsredaktionen finden, die solche Schriftstücke veröffentlichen, obwohl sie wissen, daß sie unrechtmäßig erworben sind. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß es solche Preßorgane giebt. (Bebel ruft: Das ist der Krieg.) Das kann man nicht anders kennzeichnen, als mit dem Sprichwort: Der Hehler ist nicht besser, als der Stehler. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind durch die Veröffentlichung im „Vorwärts" durchaus nicht unangenehm berührt. Es schadet nichts, wenn die Oeffentlichkeit weiß, daß die Regierung fest entschlossen ist, gegen den Terrorismus energische Maßnahmen zu ergreifen. Das kann uns nur vortheilhaft sein auch im Wahlkampfe. Daß Sie — zu den Sozialdemokraten — keine Kandidaten aufstellen werden, die uns angenehm sind, das wissen wir von vornherein. Kein Staatswesen kann existiren, wenn es sich nicht auf die Treue und Ehrenhaftigkeit seiner Beamten verlassen kann. (Beifall rechts.) Die Veröffentlichung dieses Schriftstückes hat uns nicht geschadet. Wenn aber Beamte durch unehrliche Handlungen solche Schriftstücke entwenden und sie in einer Zeitung publiziren, so liegt darin eine ernste Gefahr für den Staat (Zustimmung rechts), denn die Veröffentlichung kann sich auch einmal auf Schriftstücke erstrecken, deren unbedingte Geheimhaltung die Staatsraison fordert. Unwiderbringlicher Schade kann gestiftet werden, wenn die Presse entwendete Schriftstücke veröffentlicht, deren Tragweite sie oft garnicht beurtheilen kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die ganze anständige Presse den Appell richten, wenn ihr wieder solche Schriftstücke zugehen, mit ihnen so umzugehen, wie es anständige, wohlerzogene Leute thun: sie einfach in den Papierkorb zu werfen! (Lebhafter Beifall rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Hüpeden** (wildkons.): Der Herr Staatssekretär hat erst vor kurzem seinem Widerwillen gegen polizeiliche Bevormundung Ausdruck gegeben. Ich glaube, wir sind von der Gefahr einer

allgemeinen polizeilichen Reglementirung aller Betriebe noch recht weit entfernt. Wer aber so gegen die Bevormundung ist, dem sollte doch die Selbsthülfe der Arbeiter sympathisch sein, dem müßten also doch die Arbeiterkoalitionen wünschenswerth werden, die nicht nur die Erringung, sondern auch die Kontrolle der Arbeitsschutzbestimmungen zum Zweck haben. Dem Arbeiter muß die Möglichkeit gegeben werden, in der Vereinigung die Möglichkeit zu suchen, das zu erreichen, was er einzeln nicht erreichen kann. Das hat einmal ein Vertreter der verbündeten Regierungen selbst erklärt, und das sollte auch der Standpunkt des Herrn Staatssekretärs sein. Ja, aber er fürchtet die Streiks. Nun, bezüglich der Streiks haben sich die Anschauungen im Laufe der Zeit vollkommen geklärt. Heutzutage erkennt man allgemein an, daß Friede um jeden Preis nicht das erstrebenswerthe Ideal sei; es bezweifelt niemand mehr, daß der Streik unter Umständen ein wohlberechtigter sein kann. Freilich darf er keine öffentliche Kalamität werden. Aber man kann es der Arbeiterklasse nicht verwehren, wenn sie allmälig mehr an den Gütern der Kultur theilnehmen will. Das öffentliche Interesse erfordert es, daß Garantien geschaffen werden gegen die verderbliche Wirkung der zweischneidigen Waffe des Streiks. Zu diesem Zwecke sollen die Kampforganisationen sich auch als Friedensorganisationen fühlen lernen, dadurch, daß man ihnen das Korporationsrecht zuertheilt; vor allem sollen sie der chikanösen Anwendung des § 8 des Vereinsgesetzes entzogen werden; dieser Paragraph gilt doch nur den politischen Vereinen. Unser Volk, mag es von mannigfachen Agitationen noch so unterwühlt sein, hat doch ein feines Rechtsgefühl, das vor allen Dingen dann in Aktion tritt, wenn es sich um die scheinbare Bevorzugung einer Klasse handelt. Die bereits bestehenden Einigungsämter müssen weiter ausgebaut werden. Bis jetzt ist nur in vereinzelten Fällen das Gewerbegericht als Einigungsamt in Anspruch genommen. Beide Parteien sollen verpflichtet werden, der Aufforderung des Einigungsamtes Folge zu leisten und dort ihre Wünsche vorzutragen; die Einigungsämter sollen obligatorisch eingeführt werden. Auf diesem Wege wird sich wohl ein Ausweg zum sozialen Frieden kaum finden.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Was Hüpeden über die Einigungsämter gesagt, widerlegt sich von selbst, denn gerade in wichtigen Fällen haben sie stets versagt. Der Streik mag ein nothwendiges Uebel sein, aber er darf nicht dazu führen, den freien Arbeiter an der Arbeit zu hindern. Die Freiheit des Arbeiters muß nicht nur gegen Mißbrauch des Unternehmers geschützt werden, viel wichtiger ist noch der Schutz gegen den Terrorismus der Arbeitsgenossen. Dieser Schutz muß seinen Ausdruck in der Gesetzgebung finden, das hat der Staatssekretär mit vollem Recht hervorgehoben. Abg. Wurm leugnet den Terrorismus und bittet um Beispiele. Herr Wurm sollte doch Herrn Staatssekretär dankbar sein, daß er ihm das Material liefern will. Für mich bedarf es der Enquete nicht, ich habe Material genug. Ich habe es nicht bei mir, es sind aber zahlreiche solche Fälle von Terrorismus vorgekommen nicht nur in England und Amerika, sondern auch bei uns in Deutschland. Im Saarrevier sind beim Streik die Bergleute, mit Revolvern bewaffnet, gegen die Arbeitswilligen losgegangen. Aehnliche Dinge sind doch auch beim Hafenarbeiterstreik in Hamburg vorgekommen. (Lachen links.) Wollen Sie mit Ihrem Lachen etwa sagen, daß die Arbeitswilligen auf die Streikenden geschossen haben, das glaubt doch niemand.

Die Fabrikanten haben durchaus nicht die Neigung, sich mit ihren Kollegen zum Nachtheil ihrer Arbeiter zu vereinigen. Gegentheilige Behauptungen bestreite ich ganz entschieden. (Lachen links.) Wenn aber der Arbeiterbewegung so weiter freier Lauf gelassen wird, dann wird es dahin kommen. Dann wird aber der Arbeitgeber-Verband immer der stärkere sein. In Amerika hat der Terrorismus der Gewerkvereine die Arbeiter schon in Nothlage gebracht. Es ist durch die Kämpfe zu Lohnreduktionen gekommen, in der Eisenindustrie verdienen die Arbeiter jetzt so viel Schilling wie früher Dollars. Lassen Sie lieber das heutige mehr oder minder persönliche Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestehen, die Arbeiter werden besser dabei fahren. Herr Wurm sprach von dem Erlaß als von einem Ausfluß der schlotternden Angst. Ich bin nicht gewohnt, mit meinem Muthe zu prahlen. Aber wenn schon einmal davon die Rede ist, so will ich doch mit der Mittheilung nicht zurückhalten, daß ich unzählige Drohbriefe erhalte, so daß ich mich wirklich manchmal wundere, daß ich noch nicht todtgeschlagen worden bin. (Lachen links.) Was über mich von Ihrer Seite alles ausgesprengt wird, ist auch derart, daß, wenn es wahr wäre, ich schon längst mit Recht hätte todtgeschlagen werden müssen. (Große Heiterkeit.) Ich bin mit dem Grafen von Posadowsky einverstanden, wir wollen uns freie Arbeiter erhalten und die sozialdemokratischen Agitatoren daran zu hindern suchen, sich von den sauer erworbenen Groschen der Arbeiter zu mästen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. **Singer** (Soz.): Die letzten Aeußerungen des Herrn v. Stumm beweisen nur, daß er jeden dummen Witz für ernst nimmt. Wie kann ein ernsthafter Politiker solche Drohbriefe in Kalkulation ziehen. Namens uns Sozialdemokraten gebe ich ihm aber die Versicherung, daß uns Herr v. Stumm als Agitator für unsere Sache viel zu nützlich erscheint, als daß wir wünschen könnten, ihn bald zu verlieren. (Heiterkeit.) Ja, wir könnten uns vielleicht sogar dazu verstehen, ihm ein Mandat von uns abzulassen, wenn ihn die bürgerlichen Parteien nicht mehr wieder wählen sollten. (Große Heiterkeit.) Wenn Herr v. Stumm immer über den Terrorismus der Arbeiter schilt, so thut er es darum, weil er auf dem Gebiete des Terrorismus keine Konkurrenz aufkommen lassen mag. (Sehr gut, links.) Der Terrorismus der Arbeiter ist aber garnicht vorhanden. Auch die Hinweise auf England und Amerika sind ganz deplazirt. So schlimm sind die Dinge da drüben nicht. Das beweist schon die eine Thatsache, daß die Regierungen dieser Länder nicht solche Maßregeln ergriffen haben, wie sie der Erlaß des Grafen Posadowsky empfiehlt. (Sehr richtig links.) Die englischen und amerikanischen Arbeiter werden von unseren deutschen Arbeitern um ihr Koalitionsrecht beraubt. Schaffen Sie uns englische Koalitionsfreiheit und Sie sollen sehen, wie sich die Verhältnisse unserer Arbeiter günstiger entwickeln werden. Die Herren Posadowsky und Stumm wollen aber die Koalitionsfreiheit dem Galgen überliefern (Bravo links). Der Herr Posadowsky hat aus dem Umstand, wie sein Erlaß bekannt geworden ist, gefolgert, daß die Regierung weiter keine Veranlassung hätte, sich weiter dahin zu äußern. Es wird erlaubt sein, diese Polemik als das zu bezeichnen, was sie ist: als Spiegelfechterei. Wir sind freilich dankbar dafür, daß er uns zur Kenntniß gekommen ist. Er giebt uns Gelegenheit, die zweierlei Bedeutung der „Arbeiterfreundlichkeit" der Regierung in Theorie und Praxis den Arbeitern nachzuweisen. Die Quittung wird sich der Herr Posadowsky allerdings bei den nächsten Wahlen holen — wir könnten nur wünschen, daß er mit diesem Erlaß in die Wahlen geht.

Mit bezug auf die Art, wie wir zu dem Erlaß gekommen sind, möchte ich noch einige Bemerkungen machen. Ich habe immer das Gefühl der stillen Heiterkeit, wenn die Herren am Bundesrathstische sittliche Entrüstung zeigen. Das bedeutet für mich nichts anderes, als daß sie sachliche Gründe nicht entgegenhalten können. Es macht einen wirklich komischen Eindruck, wenn man darüber sittliche Entrüstung zeigt, daß die Redaktion des „Vorwärts" einen ihr anonym zugesandten Erlaß, der den Stempel der Echtheit trägt, veröffentlicht. Sollte der Herr Posadowsky als früherer Schatzsekretär niemals von den geheimen Fonds gehört haben, die zu Spionagezwecken gegen andere Länder verwendet werden? Wie ist es bei solcher sittlichen Qualität nur möglich, daß die Regierung solche Gelder fordert und die Herren auf der Rechten sie bewilligen? Wissen wir nicht aus dem Tauschprozeß, daß die Polizei Geld dafür bezahlt, um Aktenstücke stehlen zu lassen? Erinnern Sie sich nicht aus der Zeit, wo Kaiser Wilhelm I. noch König war, daß das Pult des Prinzen von Preußen erbrochen worden ist, um ihm Schriftstücke zum Zwecke der politischen Aktion zu entnehmen? Unter solchen Umständen können doch die Aeußerungen der Vertreter der Regierung nicht ernsthaft gehalten werden. Erinnern Sie sich doch auch des Falles Antoine in Metz, des Falles Geffken! Wenn Sie so sittlich an die Presse appelliren, ist Ihnen denn gar nicht bekannt, daß die gut akkreditirte Presse, die der nationalliberalen und Reichspartei, sich fortwährend in den Besitz von Aktenstücken des Bundesraths setzen, bevor sie an den Reichstag gelangen, daß ein förmlicher Schacher damit getrieben wird! Wenn jemals das Wort „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen" Berechtigung hat, so ist es hier der Fall. So will ich denn auch Herrn Posadowsky mit aller Ruhe und Deutlichkeit sagen, daß die Redaktion des „Vorwärts" jedesmal mit großem Vergnügen die Veröffentlichung solcher wichtigen Aktenstücke, die ihr zugehen, übernehmen wird. Sie hat nicht danach zu fragen, wo das Aktenstück herstammt, sondern sie hat sich mit dem Inhalt zu befassen und wenn sie einen Angriff auf die zahlreichste Klasse der Bevölkerung darin findet, so erfüllt sie nur ihre Pflicht, wenn sie dieses Attentat rechtzeitig zur Kenntniß der Oeffentlichkeit bringt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie macht sich damit um das Wohl des Volkes verdient. Zum Schluß dieser Ausführungen möchte ich auch mit einem Appell schließen. Ich appellire an alle anständigen Minister, nur solche Erlasse in die Welt zu schicken, die das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Was den Inhalt des Erlasses betrifft, so stehe ich nicht an, diesen Erlaß als einen tückischen, hinterlistigen Schlag gegen die Arbeiterklasse zu bezeichnen. Es ist nothwendig, mit aller Energie darauf hinzuweisen, daß Herr Posadowsky sich durch diesen Erlaß nach seiner eigenen Begründung — daß es nämlich vom Innungsverband beantragt worden sei, schärfere Paragraphen einzuführen — zum Kommis des Unternehmerthums erklärt. Das bedeutet nichts anderes als die Herrschaft des Unternehmerthums über die Reichsregierung. Daß Herr v. Stumm dafür eingetreten ist, ist der beste Beweis dafür. Die Unfallversicherungs-Novelle, die im Reichstag fleißig durchgearbeitet worden ist, die eine bessere Stellung der Arbeiter herbeiführen sollte, ist bisher dem Reichstage nicht wieder vorgelegt worden, weil, wie Herr v. Posadowsky selbst erklärt, der Verein mit dem langen Namen (der Industriellen) so erhebliche Einsprüche dagegen erhoben hat, daß die Regierung nicht in der Lage war, sie wieder einzubringen. Ein besseres Zeugniß, daß die Regierung im Dienste der Unternehmer steht, könnte uns nicht gegeben werden. Der jetzige Erlaß ist die in Erscheinung tretende Abkommandirung des Herrn Posadowsky von der Sozialreform, von dem Arbeiterschutz zu dem Arbeiterdruck. Er ist nichts anderes als die Ausführung des Bielefelder Programms. Er müßte im Reichstag behandelt werden, damit den Parteien Gelegenheit gegeben werde, zu zeigen, welchen Empfang die in Aussicht gestellte Novelle im Reichstage haben würde. Herr v. Stumm hat bereits gesprochen. Aber es ist nothwendig und hat für die Arbeiter außerordentliches Interesse, die Stellung der Herren vom Zentrum kennen zu lernen. Sie sollten ihre Auffassung darüber mittheilen. (Zuruf des Abg. Hitze: Das wird geschehen!)

Jetzt wird davon gesprochen, wie nothwendig es sei, den Terrorismus der Arbeiter zu brechen, Gewaltthaten zu verhindern. Haben Sie schon je von seiten der Regierung oder der konservativen Parteien gehört, daß es nothwendig sei, den Terrorismus der Unternehmer zu brechen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) zu verhindern, daß diese sich zu Syndikaten, Kartellen, Trusts zusammenthun, um die Arbeiter zu verhindern, ihr Recht wahrzunehmen? Haben Sie auch nur den hundertsten Theil der Entrüstung gehört, wenn die Unternehmer in der schamlosesten, niederträchtigsten Weise Arbeiter ausschließen, sodaß sie nie wieder Arbeit in ihrem Beruf erlangen? Wo es sich darum handelt, daß Arbeiter in loyalster Weise für ihre Rechte Schritte thun, bietet die Regierung alles Mögliche auf. Der Abscheu vor der Polizei beim Herrn Posadowsky steht in direktem Widerspruch zu dem Erlaß; denn wenn Sie das alles ausführen wollen, dann reichen ja die vorhandenen Polizisten nicht aus. Das Gegentheil wird verlangt, wenn es sich um Arbeiter handelt, als wenn es sich um Unternehmer handelt. Ich betone, daß der Erlaß nach den thatsächlichen Verhältnissen durchaus unberechtigt ist. Graf Posadowsky hat sich darauf berufen, daß der Minister v. Berlepsch 1891 genau dieselben Grundsätze vertreten hat. Wir sehen daraus nur, daß sich in dem Verhalten des Herrn v. Berlepsch zeigt, daß jemand, wenn er Minister ist, in bezug auf die Koalitionsfreiheit ganz andere Anschauungen hat als sonst. Wir bedauern, daß er seine jetzigen Anschauungen nicht schon als Minister in die Praxis umgesetzt hat. Das kann uns aber doch nicht hindern, anzuerkennen, daß er sich gebessert hat; das kann doch der Sozialdemokratie nicht schaden. Schlüsse daraus sind um so überflüssiger, als es sich nicht um eine Vorlage handelt, die Herr v. Berlepsch vertreten hat.

Schwere Strafen gegenüber dem sogenannten Terrorismus der Arbeiter werden in dem Erlaß gefordert. Die Herren thun immer so, daß mit bezug auf solche Vergehen gar kein Strafgesetzbuch existirte. Nein, meine Herren, Sie haben doch die Paragraphen, die von der Nöthigung handeln, von Erpressung, von Beleidigung. Lesen Sie nur ein Jahr lang die Urtheile in Arbeiterzeitungen, die aus Anlaß dieser Paragraphen gefällt werden! Und wenn der Herr Posadowsky ausführt, daß infolge des allgemeinen direkten Wahlrechts in Deutschland das Koalitionsrecht nicht so nothwendig sei, so erinnert er sich wohl gar nicht der Thatsache, daß Hunderttausende von Frauen in der Industrie beschäftigt sind, die das Wahlrecht nicht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky meint, es handle sich nur um Erhebungen. Der Staatssekretär kann es uns nach der Entwickelung, die die Sozialreform genommen hat, nicht verdenken, wenn wir ihm das nicht glauben. Alles was die Regierung in Sachen Sozialreform thut, trägt zur Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse bei. Wir glauben nicht mehr an einen Fortgang der Sozialreform, seitdem die Besetzung von Ministerstellen von dem Willen der Unternehmer abhängt. Wir haben kein Vertrauen mehr zur Regierung, seitdem der Arbeiterschutz der Regierung von den Bueck und Genossen und den Unternehmerverbänden abhängt und namentlich vorbereitet wird auf Spaziergängen, auf denen Herr v. Stumm vortragender Rath ist. (Sehr gut! links.) Wir sind dem Zufall dankbar, der uns die Möglichkeit gegeben hat, Lärm zu schlagen und den Schleier von dem Geheimniß des Regierungserlasses fortzuziehen und den Regierungssozialismus in seinem wahren Lichte zu zeigen. Wenn die Regierung glaubt, solche Gesetze dem Reichstag vorlegen zu dürfen, so ist das nicht nur eine Beleidigung der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch eine Beleidigung der Parteien, denen es um die Förderung des Arbeiterschutzes Ernst ist. Wir hoffen, diese Parteien werden sich nicht dazu mißbrauchen lassen, dem Unternehmerthum Lakaiendienste zu verrichten. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Buol**: Der Abg. Singer hat eine Amtshandlung des Staatssekretärs Graf Posadowsky eine tückische und hinterlistige genannt. Ich kann diese Worte nicht für parlamentarisch zulässig halten und muß sie deshalb rügen.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Niemand wird bestreiten, daß der Chef einer großen Verwaltung und der Stellvertreter des Reichskanzlers seine Pflicht im Staatsinteresse thut, wenn er die Entwendung eines solchen Erlasses und die Zugänglichmachung desselben einer Zeitung hier aufs energischste verurtheilt. Wenn aber Herr Singer offen erklärt, der „Vorwärts" werde mit Vergnügen auch künftig alle Erlasse, die er zugeschickt erhält, gern veröffentlichen (Singer ruft: Jawohl, jawohl!) — ich freue mich über diese Bestätigung — so ist das ein Aufruf an alle Beamten, den von ihnen geleisteten Diensteid zu brechen. (Sehr richtig! rechts.) Daß von der Reichsregierung Erlasse ergehen werden, die das Wohlgefallen der Sozialdemokratie zu erregen geeignet sind, kann ich nicht in Aussicht stellen. Wenn Herr Singer mich weiter als den Kommis des Unternehmerthums bezeichnet hat, so stelle ich mich wegen dieser Aeußerung unter den Schutz des Präsidenten. Die Bemerkung des Herrn Singer über die Entsendung von Regierungskommissaren zu Versammlungen der Unternehmer in Sachen der Unfallversicherungs-Novelle beruht ebenso auf einen Irrthum, wie die neuliche Aeußerung des Herrn Bebel darüber. Als das Gesetz noch in der Kommission war, sind Regierungskommissare in der Unternehmerversammlung gewesen, später nicht mehr. Ich wiederhole, der widerrechtlich veröffentlichte Erlaß enthält nur eine Anfrage und ist noch lange kein Gesetzentwurf. Herr Singer, warten Sie doch erst ab. Wir werden alles thun, was geschehen muß zum Sittlichkeit, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu fördern. Die bestehenden Gesetze sollen nach dieser Richtung hin immer weiter ausgebaut werden. Warten Sie also erst ab, Herr Singer, ehe Sie solch harte Urtheile fällen. (Bravo! rechts.)

Die Verhandlung wird hierauf vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. **Bebel** (Soz.): Ich nehme von der Erklärung des Staatssekretärs Notiz, daß ich mich in einem Irrthum bezüglich der Entsendung von Regierungskommissarien befunden habe. Er hat aber die Anwesenheit der Herren während der Kommissionsberathungen zugegeben. Demgegenüber verweise ich darauf, daß diese Gunst den Tabakarbeitern, als die Tabakvorlage in Vorberathung war, nicht zu theil geworden ist, ebenso wie die Bäckerdeputation vom Reichskanzler nicht empfangen worden ist.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung; Justizetat.) Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 17. Januar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel und zahlreiche Kommissarien, später Thielen und Frhr. v. Hammerstein.

Verstorben ist der Abg. Zierold (k.). Das Haus ehrt sein Andenken in üblicher Weise.

Das Haus beginnt die erste Lesung des Etats.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.): Die Vertretung der nationalen Interessen hat im Volke freudige Zustimmung gefunden und eine wirthschaftliche Aufbesserung ist unverkennbar. Unter diesen Umständen ist die Aussicht der Flottenvorlage nicht ungünstig und erfreulich ist es auch, daß uns keine Vorlagen angekündigt sind, die ein Auseinandergehen der Parteimeinungen fürchten lassen. Ernstlich erwägen müssen wir die Frage, ob der Herr Finanzminister, dessen Verdienste um die Steuerreform wir gern anerkennen, nicht seinen Einfluß in den anderen Ressorts allzubedenklich geltend macht. Bedenklich ist die Erscheinung, daß die Summe der Rückzahlungen auf erhobene Steuer-Reklamationen wieder erheblich gewachsen ist. Die Umgestaltung des Remunerationsfonds ist zu billigen. Die Erhöhung der Ausgaben für das Gewerbe- und Fachschulwesen und für die Förderung landwirthschaftlicher Zwecke werden wir gern bewilligen. Ob Mehrforderungen für die Polizei nothwendig sind, werde noch eingehend zu prüfen sein. Vorkommnisse wie in Berlin, Köln und Frankfurt a. M. legen doch die Frage nahe, ob denn die Polizei von dem Bewußtsein des Werthes der persönlichen Freiheit durchdrungen. Vorkommnisse, wie der Fall Köppen, haben im ganzen Lande gerechte Entrüstung hervorgerufen. (Sehr richtig!) Unter den Ausgaben vermissen wir die schon im vorigen Jahre von uns als nöthig bezeichnete Aufbesserung der Unterbeamten; nur die Förster haben sich nach dem Etat einer Aufbesserung von 100 M. zu erfreuen. Außer den nothwendigen Aufbesserungen für die Unterbeamten halten wir im Interesse der Förderung ihrer sozialen Stellung eine Einkommensverbesserung der Geistlichen für nöthig. Noch immer steht die Reform der Medizinalverwaltung aus und was man darüber hört, ist nicht sehr ermuthigend, obwohl diese Reform von großer kultureller Bedeutung ist und ein Etat wie der vorliegende zu solcher Reform besonders anregen müßte. Gegen die Ueberschwemmungsgefahr wünschen wir entschiedene und erfolgreiche Maßnahmen. Die Eisenbahnverwaltung hat ihre Aufgabe nicht im vollen Umfange erfüllt, weder hat sie die Personen immer gesund an das Ziel ihrer Reise gebracht, noch hat sie die Schüler stets zur rechten Zeit befördert. Aus der plötzlichen großen Zahl der definitiv anzustellenden Beamten, darunter allein über 1100 (?) Lokomotivführer, geht hervor, daß die Beamtenverhältnisse nicht in Ordnung waren und die Maschinen von Heizern gefahren wurden, während man die Heizer durch Arbeiter ersetzte. (Sehr richtig.) Redner geht dann auf die Polenfrage ein, wobei der Präsident von Kröcher ihn unterbricht und darauf hinweist, daß er hoffe, am Donnerstag die neue Ansiedelungsvorlage auf die Tagesordnung setzen zu können, wo sich dann Gelegenheit zu diesen Ausführungen finden werde. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Die Finanzlage ist als eine günstige zu bezeichnen. Daß eine Prüfung darüber nöthig ist, ob in der Eisenbahnverwaltung alles zur Sicherung des Betriebes Nöthige geschieht, muß anerkannt werden. Die Fürsorge für Handwerk und Kleingewerbe wird durch ein liebevolles Eingehen auf die Bedürfnisse des Handwerks besser stattfinden, als durch einseitige Geldunterstützung der Fachschulen; man wird diese Fürsorge um so mehr sich angelegen sein lassen müssen, als das Handwerk seine Wünsche in der dem Reichstage vorgelegten neuen Organisationsvorlage nicht erfüllt sieht. Um die beständigen Hochwassergefahren wirksam zu bekämpfen, wird es nöthig sein, erst Vorermittelungen anzustellen. Für die Erhöhung der Geistlicheneinkommen muß gesorgt werden; gelingt es uns nicht, die Vorlage der Regierung darüber zustande zu bringen, so wird die Aufbesserung durch Einstellung der erforderlichen Summen in den Etat erfolgen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Fehlen der Medizinalreform ist sehr zu bedauern, ebenso daß die Landräthe noch immer nicht im Genusse der ihnen bereits im Vorjahre zugebilligten Dienstaufwand-Entschädigung sind. Die Vorwürfe gegen die Polizei sind insofern bedenklich, als man aus vereinzelten Vorkommnissen keine allgemeinen Schlüsse ziehen kann. Jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß der Nachwuchs der Polizeibeamten heute ein besserer ist, als früher. Sorgen wir für eine angemessene Besoldung, so werden wir auch eine Polizei haben, die auf der Höhe der Zeit steht. Im allgemeinen kann ich doch aber mit der Ueberzeugung nicht zurückhalten, daß sich bei der Staatsregierung eine größere Geschlossenheit und Entschlossenheit vortheilhaft geltend macht. Der „Vorwärts" hat in den letzten Tagen ein Aktenstück veröffentlicht, zu dem ich nur meine volle Zustimmung erklären kann, denn es ist durchaus wünschenswerth, unsere arbeitswilligen Arbeiter vor Zwang und Terrorismus der sozialdemokratischen Agitatoren zu schützen. (Beifall.) Zweifellos wird sich der Verkehr in der Zukunft auf den Eisenbahnen konzentriren; die Kanäle werden nur weniger in betracht kommen. Einem wirthschaftlichen Rückgange, der sich durch das Sinken der Montan-Werthe an der Börse ankündigt, müsse rechtzeitig durch eine geeignete Tarifpolitik entgegengewirkt werden. Jedenfalls ist gegenwärtig einfaches Zusammenstehen zu einer einheitlichen nationalen Wirthschaftspolitik erforderlich. (Beifall.)

Abg. **v. Strombeck** (Z.): Sehr erfreulich sind die Mehrausgaben für Arbeiter-Lohnerhöhungen in der Domänen- und Forstverwaltung mit im ganzen 200 000 M., welcher Mehrbewilligung von niemand im Hause widersprochen wird. Die Neuanstellungen der Richter sind unzulänglich, sie betragen noch nicht 1 pCt. der vorhandenen Richter, hier ist Sparsamkeit durchaus vom Uebel. Die Gehälter der Eisenbahn-Unterbeamten, Schaffner Zugführer, Weichensteller sind durchaus zu niedrig. Im Kultusetat stehen die geringen Mehrausgaben für katholische Geistliche im Mißverhältniß zu den Mehraufwendungen für evangelische Geistliche.

Abg. **Graf Limburg-Stirum** (k.): Unsere Finanzlage ist zwar augenblicklich glänzend, aber sie ist unsicher. Bei Bauten muß gespart werden. Museen und ähnliche Gebäude mag man luxuriös bauen, aber die Verwaltungsgebäude können möglichst einfach und billig hergestellt werden. Erfreulich sei die Aufbesserung der Förster, deren Wünsche auch ferner Aussicht haben, von uns unterstützt zu werden, je weniger sie in agitatorischer Weise geltend gemacht werden. Gegen jede Verringerung der Personentarife müsse schon jetzt protestirt werden; denn sie bedeute einen erheblichen Einnahme-Ausfall und habe nur die Wirkung, daß Leute billig reisen können, die wohl die Mittel

besitzen, theures Fahrgeld zu bezahlen. Für die Idee eines Ueberganges unserer Bahnen in Reichsbesitz könne er sich nicht erwärmen. Der Dortmund-Ems-Kanal beweise, wie vorsichtig man beim Kanalbau vorgehen müsse. Bevor die Entschädigung der Ueberschwemmten stattfindet, wird man genauer deren Bedürftigkeit prüfen müssen. Nicht ohne Bedenken betrachten wir die Erhöhung des Schulbaufonds; wir möchten nicht, daß die Gemeinden zu großen Schulbauten angeregt werden, an welche sich dann dauernde Lasten für sie knüpfen werden. (Sehr richtig!) Die Lage der Landwirthschaft wird illustrirt durch den Domänen-Etat, welcher verschiedene Fälle von wirthschaftlichem Ruin nachweist. Leider wird der Ernst der Lage nicht überall da anerkannt, wo dies nöthig ist. (Sehr richtig!) Wir verlangen namentlich, daß bei der Vorbereitung der Handelsverträge die Landwirthschaft nicht so unberücksichtigt bleibt, wie dies früher geschehen ist, sondern daß sie als wichtiger und kaufkräftiger Faktor mit in betracht gezogen wird. (Beifall.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Lombard-Kreditzwecke hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwickelung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsschatz-Sekretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marinezwecke eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die zentralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Zentral-Genossenschaftskasse nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geistliche sein. Dazu sind doch die Staatsüberschüsse nicht da, um die Kirchensteuer zu ermäßigen. Dem Prinzip der evangelischen Kirche entspricht es jedenfalls nicht, denn sie legt den Schwerpunkt in die Gemeinde. Die Eisenbahnunfälle stehen in einem unverkennbaren Zusammenhange mit der zu langen Arbeitszeit der Beamten; auch macht es nach dem Etat den Eindruck, als ob die Neueinstellung von Beamten nicht im richtigen Verhältniß steht zu der Ausdehnung des Betriebes. Herrn Grafen Limburg möchte ich fragen; Wo fängt dann der berechtigte Reisende an und wie weit darf er reisen? Jedenfalls nicht nach dem Westen, wo er höhere Löhne bekommt. Wünschenswerth ist jedenfalls die Aufhebung des Gepäcktarifs, damit die Koupees entlastet werden. In den Beschlüssen des Landes-Eisenbahnrathes macht sich leider eine ganz rücksichtslose Interessen-Wirthschaft bemerkbar. Bedauerlich ist, daß die Regierung der dringend nöthigen Regelung des Wasserrechts nicht näher tritt, das viel nöthiger ist, als die Anerben-Vorlage. Der Herr Kultusminister soll neulich eine sehr schöne Rede gehalten haben; ob sein Disziplinargesetz für Aerzte unter dem Eindruck dieser Rede entstanden ist, weiß ich nicht. Lieber sollte man das Disziplinarverfahren gegen Beamte reformiren, dessen Reformbedürftigkeit man im Prozesse gegen Tausch wieder kennen gelernt hat. Den Zickzack-Kurs in der Polenpolitik machen wir nicht mit und lehnen deshalb auch die Novelle zum Ansiedelungsgesetz ab, die uns als ein durchaus untaugliches Mittel erscheint. Es sind nämlich infolge des Ansiedelungsgesetzes ebensoviel neue polnische wie deutsche Ansiedelungen entstanden. Redner geht dann auf die Drangsalirungen sozialdemokratischer Personen in Volkenhain und in Lehnin ein, sowie auf die Vereinsplackereien gegen polnische Versammlungen. Was ist das für eine Wirthschaft? Ueber den Bauernverein Nordost wird Ihnen Herr Rickert ja wohl noch näheres mittheilen. (Heiterkeit! rechts.) Die Mißgriffe der Polizei stehen hiermit in einem gewissen Zusammenhang. Das Publikum würde der Polizei öfter und gern Beistand leisten, wenn diese ihr nicht politisch so oft entgegentreten würde. Das Vereinsgesetz hat immer noch nicht die nöthige Erledigung gefunden. Fürst Hohenlohe verweist auf den Anfang des nächsten Jahrhunderts. Bei einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts würde für Neuwahlen die konservative Partei nicht in Frage kommen. Kehrt sie in ihrer gegenwärtigen Stärke wieder, so wird Zentrum und Nationalliberalismus als quantité négligeable behandelt und wir gehen Zuständen entgegen, von denen uns die jetzige Polizeiwirthschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt.

Fortsetzung morgen 2 Uhr.
Schluß 4¼ Uhr.

Die Entschließungen der preußischen Regierung

auf Anträge und Resolutionen des Abgeordnetenhauses in der vorigen Session werden dem Hause jetzt in einer Uebersicht vorgelegt.

Die wichtigsten Entschließungen sind diejenigen, welche sich auf die bekannten Fleischvertheuerungs-Anträge beziehen, wobei die Regierung allerdings nur zum theil den agrarischen Wünschen entgegengekommen ist. Sie hat, den Wünschen des Hauses entsprechend, die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen sowie von frischem Schweinefleisch aus Schweden und Norwegen verboten, hält aber im Gegensatz zu den Agrariern eine Verlängerung der Quarantänezeit für das aus Dänemark kommende Vieh nicht für angängig. Auch hat sie dem Antrag, die Einfuhr von russischem Geflügel und von russischen Schweinen nach Oberschlesien zu verbieten, nach eingehender Erwägung „bisher" nicht stattgegeben. Die Einfuhr von Fleisch aus den Niederlanden soll im Zusammenhang mit der geplanten allgemeinen Fleischbeschau an den Grenzen geregelt werden. Zu einem völligen Verbot dieser Einfuhr lag nicht genügender Anlaß vor. Ebenso wurde von der Verhängung der völligen Grenzsperre gegen Oesterreich-Ungarn abgesehen, weil neue Seucheneinschleppungen, die ein solches Vorgehen gerechtfertigt haben würden, nicht vorgekommen sind. Die vom Hause geforderte Berufung einer Kommission zur wissenschaftlichen Feststellung der Inkubations-(Entwickelungs-)Dauer der Maul- und Klauenseuche ist in Preußen unterblieben, weil die Berufung einer derartigen Kommission von der Reichsregierung in Aussicht genommen ist. — Die Einführung der allgemeinen Fleischbeschau für das Inland und gleichzeitig für aus dem Auslande eingeführtes Fleisch ist in Aussicht genommen, doch erheischen die großen Schwierigkeiten der Ausführung noch eingehende Erwägungen. — Dem Antrage von Schenckendorff betreffend Förderung des gewerblichen und ländlichen Fortbildungs-Schulwesens behauptet die Regierung, durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel in den Etat entsprochen zu haben. Im laufenden Etat sind für Zwecke der ländlichen Fortbildungsschulen 14 000 M. mehr (zusammen 50 000 M.) zur Verfügung gestellt. Wegen der Verwendung derselben sind mit der Finanzverwaltung grundsätzliche Bestimmungen vereinbart, welche der vom Hause angenommenen Resolution entsprechen. Außerdem ist neben dem bereits bestehenden Fortbildungskursus für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen bei der Landwirthschaftsschule in Weilburg ein weiterer Kursus an der Landwirthschaftsschule in Liegnitz eingerichtet worden; ein fernerer Kursus ist in Hildesheim beabsichtigt. — Ueber den Antrag Euler betr. Förderung des Fachschulwesens der Innungen sind die zwischen den betheiligten Ressorts eingeleiteten Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Ebenso schweben noch die Erwägungen über einige Petitionen betr. Erhöhung der gesetzlichen Wittwen- und Waisenpensionen der Volksschullehrer. — Entsprochen hat die Regierung dem Beschluß des Hauses, die infolge der Besoldungsaufbesserungen nothwendig werdende anderweitige Regelung eines Theils der Dienstaltersstufen nach den seither zur Anwendung gebrachten Grundsätzen herbeizuführen, sowie einem weiteren Beschlusse, dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausführung der Bestimmungen über die Besoldungsaufbesserung diejenigen Beamten, bei deren Klasse das Minimalgehalt herabgesetzt wird, gegenüber ihren gegenwärtigen Gehaltsverhältnissen auch nicht vorübergehend ungünstiger gestellt werden. — Erwägungen schweben noch über den Beschluß, von aufsichtswegen bei den Universitäten für die Vorlesungs-Honorare Maximalsätze einzuführen, und ferner darauf Bedacht zu nehmen, daß die Stundung der Honorare allmälig durch Einführung eines Erlaßsystems beseitigt wird. Ueber den Antrag Graf Hoensbroech, die Regierung zu ersuchen, ihren Einfluß im Bundesrath dahin geltend zu machen, daß derselbe dem vom Reichstag angenommenen Antrage betreffend Aufhebung von Zollkrediten bei der Einfuhr von Getreide seine Zustimmung ertheile und die zur Durchführung dieses Antrages erforderlichen Anordnungen so bald als möglich treffe, ist eine endgiltige Entschließung noch nicht getroffen. Infolge des vom Hause ausgesprochenen Ersuchens, bei dem Bau von neuen Eisenbahnen möglichst inländisches Material zu verwenden, hat die Regierung die Eisenbahndirektionen wiederholt auf einen Erlaß vom Jahre 1895 hingewiesen, wonach bei Beschaffung von Materialien den einheimischen Erzeugnissen der Vorzug gegeben werden soll, sofern dieselben bei entsprechender Preislage den gestellten Anforderungen genügen.

Lokales.

Achtung, Mitglieder der Freien Volksbühne! Die General-Versammlung findet für dieses Quartal am Donnerstag, 27. Januar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen statt und werden die Mitglieder gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet (siehe heutiges Inserat).

Die außerordentlich günstige Aufnahme der Vereinsvorstellungen im Lessing-Theater, besonders die Vorstellung des Langmann'schen Arbeiter-Drama's „Bartel Turaser" hat den Andrang so bedeutend gesteigert, daß sich der Vorstand genöthigt sah, eine fünfte Abtheilung zu eröffnen. Da die bedeutenden Kosten der Neueinrichtung und Vorstellungen bedingen, daß die Abtheilung gefüllt ist, so liegt es im dringenden Interesse jedes Mitgliedes, in seinem Kreise für die baldige Füllung dieser fünften Abtheilung zu wirken und dadurch die Entwickelung des Vereins zu fördern. Diejenigen Freunde der Volksbühne, die Mitglieder der fünften Abtheilung werden wollen, werden gebeten, sich baldigst in einer Zahlstelle anzumelden und das Eintrittsgeld und einen Monatsbeitrag gegen vorläufige Quittung zu hinterlegen. Die Mitgliedskarte erhalten neue Mitglieder nach Aufnahme durch den Vorstand vor der Vorstellung in den Zahlstellen.

Die erste Vorstellung für die V. Abtheilung findet im Lessing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Bartel Turaser".

III. Abtheilung Sonntag, den 30. Januar: dieselbe Vorstellung. Nachzügler anderer Abtheilungen erhalten nur einen Stehplatz.

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Eislauf für arme Kinder. Durch Vermittelung von Gemeindeschullehrern ist auch in diesem Winter auf mehreren Berliner Eisbahnen eine Preisermäßigung für Gemeinde-Schulkinder erwirkt worden. Die ermäßigten Preise — meist 10 Pf., vereinzelt auch 5 Pf. — gelten in der Regel nur für die Wochentage. Sie werden meist allen Gemeindeschulkindern ohne Unterschied, auf 2 Bahnen jedoch nur besonders armen Kindern gewährt. Als Ausweis dient eine von der Schule ausgestellte Bescheinigung. Eine Anzahl Eisbahnpächter hat sich in diesem Jahre weniger entgegenkommend als sonst gezeigt. Sie behaupten, mit den Kindern schlechte Erfahrungen gemacht zu haben. Wahrscheinlich hat aber mancher von ihnen nur bemerkt, daß seine Bahn durch die Zulassung ärmerer Kinder in den Augen des zahlungsfähigeren Publikums „degradirt" wurde. Die Bemühungen des hiesigen „Vereins für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend", den ärmeren Kindern das gesundheitfördernde Vergnügen des Eislaufes zu ermöglichen, sind gleichfalls in diesem Jahre fortgesetzt worden. Der Verein hat wieder eine kleine Summe, 200 Mark, bewilligt, um dafür Eisbahnbillets zu kaufen, die an arme Kinder verschenkt werden sollen. Die paar tausend Billets, die dafür zu haben sind, bedeuten freilich nicht viel; davon kann man allenfalls ein paar hundert Kinder im Winter je 10 mal Schlittschuh laufen lassen. Die Stadtgemeinde hat bisher sehr wenig für den Eislauf ärmerer Kinder gethan. Sie stellt ihnen drei kleine Eisbahnen (Urbanstraße, Wiesenstraße, Bremerstraße) zur Verfügung, das ist alles. Von der Benutzung der Schulhöfe als Eisbahnen, die früher geplant wurde — und die, nebenbei bemerkt, z. B. in München bereits seit Winter 1886/87 als dauernde Einrichtung für eine Anzahl Schulen besteht — will man absehen. Die Berliner Gemeindeschulhöfe sind allerdings räumlich so beschränkt, daß sie vielleicht wirklich nicht als Eisbahnen verwendbar sind. Aber in den Außenbezirken ließen sich auf unbebauten Grundstücken sehr wohl städtische Eisbahnen schaffen, die der Schuljugend zur freien Benutzung überlassen werden könnten.

Von den Armenkommissions-Vorstehern, welche Restaurationen besitzen, behauptet eine der „Berliner Zeitung" zugegangene Zuschrift, daß die meisten von ihnen, weil ihnen ein besonderes Amtszimmer nicht zur Verfügung steht, die in Armensachen zu ihnen kommenden Personen einfach in ihren Restaurationsräumen abfertigen, also auch die Aufnahme von Unterstützungsanträgen und die Auszahlung der Unterstützungen vor den Augen und Ohren ihrer Gäste vornehmen. Wir können das, offen gestanden, nicht recht glauben. Die Armenkommissions-Vorsteher bekommen eine Vergütung von monatlich 15 M., und zwar eben deshalb, weil sie einen ihrer Wohnräume als sogenanntes „Amtszimmer" hergeben müssen. Mit diesen 15 M. soll nicht ihre Arbeit bezahlt werden — ihr Amt ist ja ein unbesoldetes Ehrenamt —, sondern es sollen damit nur die besonderen Ausgaben ersetzt werden, die den Vorstehern, wie man annimmt, aus dem Verkehr des in Armensachen zu ihnen kommenden Publikums erwachsen, also namentlich die Ausgaben für Be- und Abnutzung des „Amtszimmers", für Reinigung, für Aufstellung eines Aktenspindes u. s. w. Hoffentlich tritt die Armendirektion der Angelegenheit näher und weist, falls die in jener Zuschrift ausgesprochene Beschuldigung auf Wahrheit beruht, die betreffenden Vorsteher energisch darauf hin, daß man für 15 M. pro Monat, also 180 M. pro Jahr sehr wohl einen besonderen Raum zur Verfügung stellen kann, in welchem die Armen vor der Demüthigung einer öffentlichen Verhandlung geschützt sind.

„Die Landstreicher wollen nicht arbeiten". So lautet das ständige Gerede des satten Philisters. Wie grundlos solche Beschimpfungen der Arbeitslosen sind, zeigt neben manchen anderen Erscheinungen der Umstand, daß die Belegungsziffern im städtischen Arbeitshause zu Rummelsburg während der letzten Jahre erfreulicherweise im fortwährenden Rückgange begriffen sind. Während im Rechnungsjahre 1894/95 die tägliche Durchschnittsziffer noch 2346 Köpfe betrug, fiel dieselbe 1895/96 auf 1911 und 1896/97 sogar auf 1654. Den Etatsansätzen für 1898/99 ist unter diesen Umständen eine Durchschnittsstärke von 1700 Köpfen gegen 1900 des Vorjahres zu grunde gelegt worden. In den letzten Jahren war die Arbeitsgelegenheit einigermaßen günstig, sodaß manche Arbeitslosen Beschäftigung fanden. Die Bewohnerzahl der Anstalt in Rummelsburg wird wieder wachsen, sobald die Geschäftsprosperität vorüber ist und unzählige Arbeiter wieder gezwungen sind, entweder zu verhungern oder zu betteln.

Herr Arnold Perls will kein Durchfalls-Kandidat werden. Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im zweiten Berliner Wahlkreise hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, der Wähler-Versammlung Herrn Stadtverordneten Arnold Perls als Reichstags-Kandidaten der freisinnigen Volkspartei für diesen Wahlkreis zu präsentiren. Herr Perls hat indessen diese Kandidatur abgelehnt.

Ein neues Theater soll, wie die Blätter melden, an der Ecke der Karlstraße und des Schiffbauerdammes erbaut werden. Ein „Finanzkonsortium" soll sich mit dieser Absicht tragen und Herr Lautenburg soll Direktor dieses Theaters werden.

Ein leichtsinniger Bursche hat am Sonnabend Abend in einem in der Brunnenstraße belegenen Restaurant mit Damenbedienung einen Selbstmordversuch ausgeführt. Der 18jährige Ewald K., der einzige Sohn eines hiesigen Postbeamten, war am Donnerstag Vormittag von seinem Vater nach der städtischen Sparkasse gesandt worden, um daselbst 200 Mark zu erheben. K. befand sich bereits mit dem Gelde auf dem Heimwege nach der elterlichen Wohnung in der Oranienstraße, als er einen früheren Schulfreund traf. Die beiden Burschen wollten ein fröhliches Wiedersehen feiern und begaben sich in ein Restaurant, um daselbst ein Glas Bier zu trinken. Im angeheiterten Zustande beschlossen die jungen Leute, eine Spritzfahrt nach Hamburg anzutreten, und K., im Besitz der elterlichen Ersparnisse, lud dazu auch noch ein unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehendes Mädchen ein. Als die 200 M. in der Hafenstadt in einem Tage verjubelt waren, kehrte das Trio am Sonnabend Vormittag nach Berlin zurück. Der lüderliche Bursche ging aber auch jetzt noch nicht zu den geängstigten Seinen; vielmehr begab er sich nach dem oben erwähnten Lokal, woselbst er für seine letzten 20 M. eine Flasche Sekt trank. Dann begab er sich nach dem Treppenflur und zog einen Revolver aus der Tasche, womit er sich eine Kugel durch die Brust jagte. Das Geschoß war jedoch, wie ein sofort herbeigeeilter Arzt konstatirte, an den Rippen des Lebensmüden abgeglitten, ohne edle Theile zu verletzen. K. wurde nach Anlegung eines Nothverbandes in ein nahe belegenes Krankenhaus geschafft.

Nach Spandau ist jetzt der Unteroffizier Falkenberg von der 7. Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments abgeführt worden, der wegen zahlreicher Schwindeleien zu vier Monaten Festung und Degradation verurtheilt worden ist. Falkenberg war vom 29. September bis jetzt krank, und so lange mußte seinetwegen ein Sicherheitsposten von seinem Regiment am Garnison-Lazareth 1 in der Scharnhorststraße stehen.

In der Angelegenheit des Vorfalles im Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhause erhalten wir von dem Vater des zurückgewiesenen Kindes eine Mittheilung, in der dieser seine Behauptung, daß das unziemliche Wort: „Hier ist doch keine Abladestelle", von dem Anstaltsbeamten gebraucht worden sei, mit Entschiedenheit aufrecht erhält. Auch hält der Vater den Einwand, daß ihm gerathen sei, am nächsten Tage wiederzukommen, für wenig stichhaltig, da — seiner Ansicht nach wenigstens — die Operation des Kindes eine dringende Nothwendigkeit war.

Auf der Polizeiwache ist in der vergangenen Nacht eine 56 Jahre alte Frau Penzlien aus der Ackerstraße gestorben. Die Frau wurde um 7½ Uhr abends vollständig betrunken von einem Schutzmann in der Wolgasterstraße gefunden und zu ihrer eigenen Sicherheit auf die Wache gebracht. Nachdem sie den schwersten Rausch ausgeschlafen hatte, entließ man sie um 9½ Uhr. Aber schon nach zwei Stunden brachte ein anderer Beamter sie in einer noch schlimmeren Verfassung wieder. Man legte sie wieder in die Zelle. Als man um 2½ Uhr nachsah, ob sie den zweiten Rausch schon bewältigt habe, bat sie, ihr etwas Schnaps zu geben und sie dann noch ein Weilchen schlafen zu lassen. Dem letzten Theil der Bitte wurde entsprochen. Um 3¼ Uhr sah man noch einmal nach und nun war die Frau todt. Wahrscheinlich hat der Alkohol sie getödtet.

Zu erstechen versuchte sich am Sonntag früh der 24 Jahre alte Bautechniker Albert D. aus der Fehrbellinerstr. 38. Der junge Mann war im Bureau seines Vaters beschäftigt, leistete aber hier nur sehr wenig und wurde veranlaßt, sich anderweitig Arbeit zu suchen. Er verdiente nur wenig und scheint nach und nach lebensüberdrüssig geworden zu sein. Seit kurzer Zeit wohnte der junge Mann in der Fehrbellinerstr. 38. Am Freitag durchschwärmte er die ganze Nacht und kam morgens in der fünften Stunde in das Nachtkaffeehaus „Komet" in der Münzstraße. Hier zog er plötzlich sein Messer und stieß es sich in die Brust. Blutüberströmt wurde er in ein Krankenhaus gebracht.

Dem Geldbriefträger Oberst vom Postamt 9 (Potsdamer Bahnhof), dem kürzlich, wie wir mittheilten, das Unglück geschah, daß ihm ein Geldbrief mit 1400 M. abhanden kam, für welchen Betrag er haften mußte, ist geholfen worden. Eine Anzahl von Bankdirektoren, Bankiers und anderen wohlhabenden Leuten in der Voßstraße, wo Oberst seit Jahren die Geldbestellung zu besorgen hatte, hat der „Vossischen Zeitung" zufolge durch eine Sammlung die verlorene Summe ersetzt und dem hocherfreuten Beamten gestern überreichen lassen. Oberst hat das Geld sofort abgeliefert und ist nun dank der Freundlichkeit der Geber einer großen Sorge ledig.

Selbstmord eines Greises. Am Hofbrunnen hat sich der 72 Jahre alte frühere Arbeiter Franke aus der Zionskirchstraße erhängt. Franke lebte seit dem Tode seiner Frau bei seinem Schwiegersohn, dem Handelsmann Dietrich und half diesem in seinem Grünkram-Geschäfte. Dafür bekam er seinen Lebensunterhalt. Dietrich will nun sein Geschäft verkaufen und nach der Provinz verziehen. Die anderen Kinder aber wollten den alten Vater nicht zu sich nehmen, sondern ihm ein Zimmer miethen, in dem er für sich allein wohnen sollte. Mit diesem Gedanken konnte sich der Greis nicht befreunden. Gestern Abend verließ er die Geschäftsräume und ging nach dem Hofe zu. Eine halbe Stunde später zeigte der Hund Dietrich's auf dem dunklen Hofe eine große Unruhe und als man nun näher zusah, fand man den Greis als Leiche mit einem Strick an dem Brunnen hängen.

Zur Illustration des Verhältnisses zwischen dem Berliner Publikum und der Berliner Schutzmannschaft möge folgender im amtlichen Polizeibericht mitgetheilter Vorfall dienen: „In der Kastanien-Allee trieben gestern fünf Strolche Unfug und griffen einen Schutzmann, der ihnen das Lärmen verbot, sofort gewaltthätig an. Obwohl etwa 200 Personen dem Vorfall zusahen, wagte doch niemand, dem Schutzmann zu helfen, sodaß dieser den Säbel ziehen mußte, mit dem er dem ihn am härtesten bedrängenden 20 Jahre alten „Arbeiter" Richter einige nicht erhebliche Verletzungen am Kopfe beibrachte und sich die anderen Angreifer so lange fernhielt, bis von der Revierwache Hilfe kam. Nun gelang es, drei der Leute festzunehmen: die beiden anderen entkamen." Ob derartige Vorfälle, die in der Berliner Lokalchronik durchaus nicht selten sind, dem Polizeipräsidium nicht zu denken geben?

Sturz aus dem Fenster. Gestern Vormittag stürzte sich die Arbeitersfrau Franziska S. aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock eines Hauses der Wienerstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie kurze Zeit darauf im Krankenhause am Urban den Geist aufgab. Ehelicher Unfriede ist die Veranlassung zu der That gewesen.

Feuerbericht. Sonntag früh 1½ Uhr erfolgte Elsasserstraße 97 ein kleiner Zimmerbrand, der bei Ankunft der Wehr schon gelöscht war. Kurz nach 4 Uhr ging Stendalerstr. 15 ein Weihnachtsbaum in Flammen auf, wobei auch verschiedene Möbel Schaden litten. Ein größeres Schadenfeuer rief die Wehr eine Stunde später nach Schönleinstr. 23. Hier war in einer Tischlerei auf noch nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das beim Eintreffen der Wehr schon erhebliche Ausdehnung gewonnen hatte und ein längeres Wassergeben erforderte. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Abends 9 Uhr mußte Wallstr. 23 ein Zimmerbrand beiseitigt werden, der auch infolge eines brennenden Weihnachtsbaumes verursacht war. Montag, nachmittags 4½ Uhr, erfolgte Wiesenstraße 37 in einem Schlächterkeller eine Gasäther-Explosion, wobei ein Kind leicht im Gesicht verletzt wurde. Bald darauf brannte Rosenthalerstr. 23 die Strohverpackung um den Gasmesser. Eine Stunde später wurde die Wehr gleichzeitig nach Oranienburgerstr. 44 und nach Friedrichsgracht 37 gerufen. In beiden Fällen handelte es sich um Zimmerbrände, die leicht abgelöscht werden konnten.

Orgelkonzert. Herr Otto Dienel wird Mittwoch, den 19. Januar, mittags 12 Uhr, in der Marienkirche eigene Kompositionen zum Vortrag bringen. Frau Tilla Gaesbeck-Felwell, Herr Alex. Kuszynski und Herr A. Raccoli wirken beim Orgelvortrage mit. Der Eintritt ist frei.

Urania. An die bunte Vortragsreihe der letzten Zeit schloß sich Ende voriger Woche die Erörterung eines ganz besonders aktuellen Themas. Ein Arzt, der den fernen Osten unseres Erdtheils bereist hat, Herr Dr. Bayard, sprach in der Invalidenstraße über

China. Das unentbehrliche Hilfsmittel eines modernen Reisenden, der photographische Apparat, hatte auch in diesem Falle wesentliche Dienste geleistet; als ein Zeichen sinniger Liebe zu seinen Erinnerungen fassen wir es auf, daß Herr Dr. Bayard die stattliche Zahl der von ihm angefertigten Bilder mit vielem Fleiß kolorirt hat, um so seinem Publikum auch die grellbunte Farbenpracht, die das Reich der Mitte auszeichnet, mit annähernder Naturtreue vor Augen zu führen. Wenn der Reisende auch nichts Anderes wiedergeben wollte, nichts Anderes als die in den chinesischen Hafenstädten gewonnenen Eindrücke, so war der Vortrag doch ebenfalls in kulturgeschichtlicher Beziehung recht interessant. Aus vielen der mitgetheilten Beobachtungen erhielt der Zuhörer eine mehr oder minder deutliche Anschauung von der Lebensweise des Chinesen. Die zum beträchtlichen Theil sehr fragwürdigen Delikatessen aus Hunde-, Katzen- und Rattenfleisch, die dort dem Gaume des gewöhnlichen Mannes behagen sollen, sah Herr Dr. Bayard mit eigenen Augen zubereiten; auch den geistigen Genüssen des bezopften Volkes sah er zu. Desgleichen gab er von ihm selber wahrgenommene Proben des Wirkens chinesischer Gerechtigkeit zum besten, die in ihrer photographischen Unparteilichkeit einem das Blut erstarren machen konnten. Andere Bilder wieder zeigten, wie unendlich bescheiden die chinesischen Vorstellungen vom eigenen Heim sind; gäben nicht die bunten Farben der Plakate und Firmenschilder dem Auge einigen Trost, so könnte man beim Anblick der engen Gäßchen einer chinesischen Großstadt wähnen, daß sie ein Seitenstück zu den Hamburger Choleralöchern vorstellen sollten. Diese und ähnliche Momentbilder lassen es begreiflich erscheinen, daß der chinesische Kuli das Ideal unserer deutschen Geldsackpatrioten ist. Wenn China von Kiaotschau aus nicht allein dem deutschen Handel, sondern auch der deutschen Industrie dergestalt erschlossen wird, daß der auf das wahre Nationalgefühl geaichte Musterbourgeois es jederzeit in der Hand hat, die nach menschlicher Behandlung verlangenden deutschen Proletarier durch chinesische Streikbrecher zu ersetzen, dann ade, deutsche Kultur. Dann mag der arbeitende Theil des Volkes der Denker sehen, daß er am Nordpol ein frostiges Obdach findet, vorausgesetzt, daß er es angesichts solcher Kalamität nicht vorziehen sollte, seinen biederen Unterdrückern einmal mit aller Deutlichkeit den Standpunkt klar zu machen.

Urania. Heute, Dienstag, hält in der Urania, Invalidenstraße, Herr Dr. G. Raß zum ersten Male einen Experimentalvortrag über das Thema „Der Kampf um das Licht."

Aus den Nachbarorten.

Das Gewerbegericht in Spandau wurde dem Jahresberichte zufolge im verflossenen Jahre 129 Mal in Anspruch genommen und zwar von einem Arbeitgeber und 128 Arbeitnehmern. Ohne Verhandlung (wegen Nichtzuständigkeit) wurden erledigt 9, durch den Vorsitzenden 57, durch das Gericht mit Beisitzern 62 Klagen. Unerledigt blieb eine Klage. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht gar nicht angerufen worden, auch wurde von ihm kein Gutachten über gewerbliche Fragen eingefordert.

Charlottenburg. Die Parteigenossinnen und Genossen werden nochmals auf die am Mittwoch Abend 8 Uhr im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39, tagende Volksversammlung hingewiesen, in welcher Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine über die rechts- und schutzlose Stellung des Proletariats im heutigen Polizeistaat sprechen wird. Wir erwarten ganz besonders von den Frauen zahlreichen Besuch. Gleichzeitig findet die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson statt. Die Einberuferin: Anna Vogel, Christstr. 1.

Wilmersdorf. Auch in unserem Ort finden in diesem Frühjahr Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Vom 15. bis 30. d. M. liegen die Wählerlisten im Rathhaus, Zimmer 20, zur Einsicht aus. Zum Wählen ist derjenige berechtigt, der ein Jahr im Orte wohnt, das 24. Lebensjahr überschritten, keine Armenunterstützung erhalten hat und mit wenigstens 660 M. zur Steuer veranlagt ist. Wir sind gewillt, in der dritten Wählerklasse unsere Kandidaten aufzustellen, und so ist es Pflicht der Parteigenossen, die Wählerliste einzusehen. Da aber die Liste weder alphabetisch noch nach Straßen geregelt ist, so nimmt es eine geraume Zeit in Anspruch, bis der Name gefunden wird. Deshalb bin ich gern bereit, für diejenigen Wähler, welche keine Zeit haben, die Liste einzusehen, wenn sie mir ihre Adresse mittheilen. Der Vertrauensmann: Heinr. Klingenberg, Berlinerstr. 40.

Rixdorf. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. Januar bis 1. Februar die Wählerlisten zur Gemeindewahl täglich von vorm. 9—1 Uhr Berlinerstr. 62 (Haupteingang), Zimmer 23/24 ausliegen. Da im März dieses Jahres die Ersatzwahl in der dritten Wählerklasse stattfindet, ist es Pflicht jedes Parteigenossen, die Listen nachzusehen; auch sind die Genossen Retzer an, Hermannstr. 50, Thomas, Bergstr. 162, G. Ostermann, Erkstr. 6, bereit, für diejenigen, welche keine Zeit haben, diese Mühewaltung zu übernehmen. Es ist zweckmäßig, die letzte Steuerquittung mitzubringen, damit die etwa erforderliche Nachtragung sogleich geschehen kann. Der Vertrauensmann.

Stralau. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. bis zum 30. Januar die Wählerlisten zur Gemeindevertreterwahl täglich im Gemeindebureau ausliegen. Da in diesem Jahre unser Vertreter ausscheidet, so werden wir uns an der Wahl betheiligen. Es ist deshalb erforderlich, daß sich jeder Genosse, welcher wahlberechtigt ist, davon überzeugt, ob er eingetragen ist. Genossen, welche nicht die nöthige Zeit haben, selber Einsicht zu nehmen, können sich bei W. Buck, Dorfstr. 6, sowie bei C. Seitz, Dorfstr. 46, melden; diese Parteigenossen werden dann die Liste nachsehen. Die Vertrauensperson.

Der Schöneberger Gemeindevorsteher Schmock wünscht nicht gestört zu werden! Er hat nämlich, wie bereits mitgetheilt ist, auf 6 Wochen Urlaub erhalten, jedoch nicht, wie es ferner hieß, Schöneberg verlassen, sondern sich nur in seine Dienstwohnung im Schöneberger Rathhause zurückgezogen und von dort aus an die Gemeinde-Bureaus ein Rundschreiben erlassen, in welchem er erklärt, daß er „möglichst wenig gestört zu werden wünsche", da er „dringende Geschäfte" zu erledigen habe. Die Amtsführung ist daher während seiner „Beurlaubung" von seinem Stellvertreter, dem Schöffen und Standesbeamten F. Heyl, übernommen worden.

Vier Opfer der Gasexplosion in Schöneberg sind am Sonntag Nachmittag auf dem neuen Friedhofe der Schöneberger Gemeinde in der Maxstraße zur letzten Ruhe bestattet worden. Es waren dies die Leichen des Inspektors Wiesner und der Arbeiter Göritz, Dubow und Mehlitz. Zahlreiche Theilnehmer hatten sich der Beerdigung angeschlossen.

Ein Radfahrerpaar ist, wie das „Kl. Journ." berichtet, am Sonntag Nachmittag auf dem Kurfürstendamm in der Nähe von Halensee verunglückt. Der 25 Jahre alte Kaufmann Emil Rädan aus Schwerin in Mecklenburg, der seit zwei Jahren in der Skalitzerstraße in einem Geschäft als Verkäufer beschäftigt ist, hatte mit einer jungen Dame, Fräulein Anna Huling aus der Prinzenstraße, gemeinschaftlich mit mehreren Sportgenossen einen Ausflug auf dem Tandem unternommen. Bei der Rückkehr sprang auf dem Kurfürstendamm eine große dänische Dogge in die Schaar der Radfahrer hinein, die eben einer Equipage ausweichen wollten. Rädan und seine Gefährtin stürzten und wurden von der Equipage so unglücklich überfahren, daß sie von den Hufstritten der Pferde und von den Rädern schwere Verletzungen davontrugen. Beide wurden in der Equipage in ihre Wohnungen gebracht. Rädan aber starb schon unterwegs.

Gerichts-Zeitung.

Der § 153 der Gewerbe-Ordnung sollte gestern wieder einmal gegen den Maurer Karl Friedrich Julius Tesch in Anwendung gebracht werden, der beschuldigt wurde, mit Drohungen und Beleidigungen versucht zu haben, den Maurer Christian Urban zur Theilnahme an Verabredungen zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen zu zwingen. Urban war am 24. Juni nach längerer Arbeitslosigkeit auf einem Bau in der Königstraße als Maurer eingestellt worden. Als er anfangen wollte, wurde er, wie er behauptet, von dem Angeklagten ersucht, ihm Streikkarten und Quittungsbuch vorzulegen und als er erklärte, dergleichen nicht zu besitzen, wurde ihm bedeutet, alsdann lieber gleich wieder seine Sachen zu packen und sich zu trollen. Als er auf dem Hausflur sein Mittagbrot verzehrte, will er abermals von dem Angeklagten angesprochen und mit Schimpfworten überschüttet worden sein. Er behauptet, daß Worte, wie „gemeiner Lump, Streikbrecher, Schlumps" 2c. gefallen seien. Bald darauf erklärten die sämmtlichen auf dem Bau beschäftigten Maurer dem Polier, daß sie sofort aufhören würden, wenn Urban noch weiterarbeiten dürfe. Das hatte dann auch den gewünschten Erfolg: Urban wurde noch am Nachmittag abgelohnt. Der Angeklagte bestritt, sich in der geschilderten Weise an Urban vergangen zu haben und eine Anzahl der auf demselben Bau beschäftigt gewesenen Maurer wollten von einem solchen „Krach" nichts gehört haben. Der Zeuge Urban blieb unter seinem Eide bei seiner den Angeklagten belastenden Behauptung und wurde darin von seinen jugendlichen Töchtern unterstützt, die Ohrenzeuginnen gewesen waren. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängniß. Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Rechtsanwalts Meyerstein dahin an, daß § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht Anwendung finden könne, sondern nur Beleidigungen vorliegen. Letztere wurden aber vom Gerichtshofe für so schwer erachtet, daß das Urtheil auf 14 Tage Gefängniß lautete.

Die grobe Ausschreitung, welche sich der Rennstallbesitzer Graf Frederic von Hohenthal und der frühere Schlächtermeister, jetzige Rentner August Marwitz zu Schulden kommen ließen, wurde gestern noch einmal in einer Verhandlung erörtert, welche vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II stattfand. In der Nacht zum 31. Januar vorigen Jahres hatten die Angeklagten eine Schlittenfahrt von Zehlendorf nach Halensee gemacht. Es war eine lustige Gesellschaft beiderlei Geschlechts, die sich in zwei Schlitten befand. Auf der Rückfahrt lenkte Graf Hohenthal den ersten Schlitten, neben ihm saß eine Dame, hinter ihnen der Kutscher. In dem zweiten, von Marwitz gelenkten Schlitten saßen vier Personen. Graf Hohenthal war derartig angetrunken, daß er einmal zum Schlitten herausfiel. An jener Stelle, wo der Bahnkörper der Strecke Grunewald-Wannsee die Chaussee kreuzt, befindet sich die Bude 2. Der Zug, welcher um 11 Uhr 20 Min. diese Stelle passirt, war soeben vorübergefahren, der diensthabende Hilfsbahnwärter Grüneberg hatte sich wieder in seine Bude begeben, um die Vorbeifahrt des Zuges zu signalisiren. In diesem Augenblicke hörte Grüneberg Schellengeläute und gleich darauf den Ruf: „Halt! Die Barrière ist noch geschlossen!" Grüneberg eilte mit einer Laterne hinaus. Er sah, daß das Pferd des ersten Schlittens die Barriere übersprungen hatte, die Insassen des Gefährts waren hinausgeschleudert worden oder hinausgesprungen und die männlichen Theilnehmer waren eifrig beschäftigt, das Pferd durch Lösen der Stränge aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Grüneberg behauptet, daß er bei seinem Hinzutreten sofort vom Grafen von Hohenthal einen wuchtigen Faustschlag ins Gesicht erhielt mit den Worten: „Sie Lump, können Sie mir ein Pferd von 8000 M. ersetzen?" Grüneberg will erwidert haben, daß er eine Verpflichtung zum Ersatze des Pferdes nicht anerkennen könne. Nun sei Marwitz hinzugekommen, welcher ihm ebenfalls einen Faustschlag ins Gesicht versetzte, daß ihm die Oberlippe platzte und ein Vorderzahn ausfiel. Grüneberg flüchtete sich seiner Angabe nach hinter einen lebendigen Zaun, der einen kleinen Garten vor dem Wärterhäuschen einfriedigte. Hier sank er zu Boden. Graf v. Hohenthal soll darauf noch auf den Wehrlosen mit einem Besen, der zufällig außerhalb der Hecke lag, eingeschlagen haben. Eine Mitbewohnerin des Wärterhäuschens, die Ehefrau des in dieser Nacht dienstfreien Bahnwärters Reißener war von dem Lärm erwacht und hatte die letzte Mißhandlung von ihrem Fenster aus gesehen. Sie weckte ihren Mann, der hinunter eilte und seinem bedrängten Kollegen zur Hilfe kam, indem er dem Grafen v. Hohenthal mehrere Stöße mit einer Kartoffelhacke versetzte. Während der ganzen Prügelei wurden die beiden Bahnwärter in arger Weise beschimpft. Graf v. Hohenthal ist wegen dieses Vorfalles vom Schöffengericht zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten, Marwitz zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. Sie legten Berufung ein und im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz versuchten die Vertheidiger, Rechtsanwälte Dr. Schachtel und Drucker, den Nachweis zu erbringen, daß die Feststellungen des Vorderrichters sich mit dem wahren Sachverhalte nicht deckten. Die Zeugen Grüneberg und Reißener blieben bei ihren früheren Aussagen, während die Angeklagten behaupteten, daß sie die Angegriffenen und Mißhandelten gewesen seien. Marwitz behauptete, daß man den Grafen v. Hohenthal todtgeschlagen haben würde, wenn er ihm nicht zur Hilfe gekommen wäre. Der Zeuge Grüneberg gab auf Befragen zu, daß er aus dem Dienst entlassen worden sei, nachdem bei dem erwähnten Bahnübergange mehrere Unglücksfälle und Störungen vorgekommen seien. Der medizinische Sachverständige, welcher den Zeugen Grüneberg untersucht hatte, hielt die Verletzungen, die dieser erlitten hatte, nicht für so gefährlich, wie Grüneberg sie schilderte. Diese Umstände benutzten die Vertheidiger, um den Angeklagten mildernde Umstände zu erwirken, während der Staatsanwalt und Rechtsanwalt Lisser als Vertreter des Nebenklägers für Aufrechterhaltung des ersten Urtheils plaidirten. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung auf Verwerfung der Berufung.

Prügelnde Breslauer Schutzleute. Vor dem Breslauer Landgericht wurde am Sonnabend gegen den Schutzmann Krause verhandelt, der der thätlichen Mißhandlung des Droschkenkutschers Sander beschuldigt war. Nach dessen unter dem Eide abgegebenen Darstellung, die in vielen Einzelheiten ihre Bestätigung durch einwandsfreie Zeugen fand, spielte sich der Sachverhalt in folgender Weise ab: Am Abend des 2. August war ein großes Schutzmannsaufgebot mit der Absperrung der Brandstelle gegen das Publikum und besonders gegen Fuhrwerke beordert worden. Der Droschkenführer Paul Sander, dessen Vater unmittelbar neben der Brandstelle sein Besitzthum hatte, erfuhr, daß die Flammen bereits das Grundstück seines Vaters ergriffen hätten. Er fuhr infolge dessen schleunigst zur Brandstelle und überschritt hierbei die für Fuhrwerke festgesetzte Absperrungsgrenze. Bevor er sich mit seinem Fuhrwerk entfernte, sprangen drei bis vier Polizisten gleichzeitig auf den Wagen zu. Der Schutzmann Riemer fiel dem Pferde in die Zügel, ein anderer Schutzmann riß den Kutscher vom Bock herunter, und darauf versetzte ihm ein Beamter, auf dessen Schulter Sander die Nummer 391 erkannte, ohne weiteres einen Faustschlag in das Gesicht. Ebenso hieben die drei bis vier Schutzleute, die mit dabei betheiligt gewesen waren, ihn vom Bocke auf das Pflaster zu zerren, hageldicht mit ihren Händen auf ihn ein. Hiernach stülpte man ihm den heruntergefallenen Kutscherhut auf den Kopf und zwei der Beamten — darunter Krause — transportirten ihn auf Geheiß des Polizei-Wachtmeisters Niegisch zu dem auf der Brandstelle befindlichen Polizei-Inspektor Neumann. Auf dem Transporte dahin wurde Sander von den beiden Beamten unausgesetzt mit den Fäusten derartig über den Kopf gehauen, daß Sander, damit ihm nicht die Augen ausgeschlagen würden, das Gesicht mit den Händen bedeckte. Er schrie fortwährend um Hilfe, und das Publikum nahm unter lauten Protestrufen gegen die Schutzleute eine drohende Haltung an, was aber diese in keiner Weise abhielt, ihn mit Püffen und Stößen zu regaliren. Bereits blutig geschlagen, langte Sander bei dem Polizei-Inspektor Neumann auf der Brandstelle an. Seinem Vorgesetzten erstattete Schutzmann Krause den geradezu klassischen Bericht: „Der Kerl ist total betrunken, deshalb habe ich ihn verhaftet." Darauf der Polizei-Inspektor: „Nun, wenn der Kerl betrunken ist, dann führen Sie ihn ab!" Jetzt sprach Sander in flehendem Tone: „Herr Neumann, ich bin nicht betrunken!" Die Erwiderung des Polizei-Inspektors lautete: „Schaffen Sie mir den Mann weg!" Auf dem Wege zur Wache gesellte sich der Schutzmann Emil Guder dazu und gewährte seinem Kollegen, obgleich Sander nicht den geringsten Widerstand leistete, Hilfe. Auch hierbei soll es nicht ohne Püffe, Schläge und Rippenstöße abgegangen sein. Schließlich gelangte der „Delinquent", rechts und links von den Schutzleuten gehalten, bis vor die Polizeiwache auf der Thiergartenstraße. Kaum öffnete sich die Thür zur Wachtstube, als Schutzmann Krause dem Sander von hinten einen so gewaltigen Stoß in den Rücken versetzte, daß er mit dem Kopf in die Ecke der Wachtstube an den Ofen fiel. Der Hut war dabei bis über den Tisch gepflogen. Unter furchtbaren Schmerzen erhob sich der Gemarterte mühsam auf Kommando seines Peinigers. Dem Unglücklichen war bei dem Fall das Nasenbein zerbrochen worden. Seine Bitten um Gnade verhallten aber auch jetzt noch ungehört. Schutzmann Krause setzte sich auf einen Stuhl und nahm dem am ganzen Leibe Zitternden die Personalien ab: „Wie heißen Sie?" — „Paul Sander." — „Wann geboren?" — „Am 10. Mai." — „Welches Jahr? — Als auf diese in schreiendem Tone erfolgte Frage Sander in seiner Verwirrung und Aufregung nicht gleich zu antworten wußte, versetzte ihm Krause einen Faustschlag in das Gesicht, so daß der Unglückliche vor Schmerzen laut aufschrie und daß das Blut herausströmte. Hiernach erfolgte die Visitation der Taschen u. s. w., deren Inhalt abgenommen wurde. Alsdann führte man ihn in eine Zelle, wo Sander eine halbe Stunde verblieb, nach welcher Zeit der Polizeikommissarius Klohr zu ihm kam, und nachdem er ihn betrachtet, einem herbeigerufenen Beamten befahl, den Häftling abzuwaschen. Als dies geschehen war, ordnete der Kommissarius seine sofortige Freilassung an. Vor Gericht konnte nur ein Theil der Vergehungen des Krause mit Sicherheit festgestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr zwei Monate Gefängniß. Das Gericht erkannte auf sechs Monate.

Es vergeht bekanntlich fast keine Woche, in der nicht über Schutzmanns-Rohheiten feigster und schlimmster Art zu berichten ist. Ob der Graf Posadowsky angesichts dieses beunruhigendes Umstandes vielleicht auch auf „vertrauliche" Weise Material sammelt, um anständige Personen gegen den polizistischen Terrorismus ebenso zu schützen, wie die Unternehmer und Streikbrecher unnöthigerweise gegen den angeblichen Terrorismus der „Ausständigen und Agitatoren" geschützt werden sollen? Antwort wäre erwünscht.

Aus Halle wird uns berichtet: Im Wiederaufnahmeverfahren wurde in der letzten Schwurgerichtssitzung der 34 jährige Bergmann Louis Klimm aus Brücken freigesprochen, der am 22. Juni v. J. vom Schwurgericht wegen versuchter Nothzucht unschuldig zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Der Angeklagte ist bisher unbestraft, verheirathet und Vater von fünf Kindern. Er hat ein kleines Besitzthum und setzte nach seiner Verurtheilung alles mögliche in Bewegung, um seine Unschuld nachweisen zu können. Es stellte sich auch nachträglich heraus, daß zwei Frauen, die gegen den Angeklagten als Zeugen aufgetreten waren, Meineide geleistet hatten.

Der Hauptmann mit dem blanken Säbel. Wir meldeten seinerzeit, daß Hauptmann Pfeil von dem 81. Infanterie-Regiment im Kasernenhof gegen einen jungen Zivilisten den Degen zog, weil er sich von dem Manne beleidigt glaubte. Die unbesonnene That hat mittlerweile ihre Sühne gefunden: Der Hauptmann ist der „Frankf. Ztg." zufolge vom Militärgericht zu zwei Monaten Festungshaft verurtheilt worden und hat schon zu Beginn des vorigen Monats diese Strafe in Wesel angetreten.

Ein neues Grubenunglück

wird aus Oberschlesien gemeldet. In dem zum Westfelde der Grube „Königin Luise" in Zabrze gehörigen Georgschacht war am Sonntag während der Nachtschicht ein Brand ausgebrochen, der größeren Umfang annahm und nicht gelöscht werden konnte. Deshalb wurden die Verbindungsgänge abgedämmt. Am Montag früh 8 Uhr erfolgte ein Durchbruch giftiger Kohlengase nach der Königin Luisengrube hin, wodurch eine große Anzahl Bergleute betäubt wurde. Von fünfzehn schwer verletzten Arbeitern, die in das Knappschafts-Lazareth in Zarbze geschafft wurden, sind sieben Mann den Verletzungen erlegen. Die leicht Verletzten werden an Ort und Stelle behandelt. Man befürchtet, daß sich noch 25 Mann betäubt oder todt in der Grube befinden.

Nach einer späteren Meldung sind von den 50 Mann der Nachtschicht 30 zu tage gefördert, davon leben aber nur noch 10 und auch diese befinden sich größtentheils in hoffnungslosem Zustande. Daß die noch in der Grube befindlichen 20 Mann umgekommen sind, scheint gewiß. Ursache des Brandes ist wahrscheinlich eine Explosion von Grubengasen gewesen. Nach dem „Berliner Tageblatt" war die Grube Königin Luise schon mehrmals der Schauplatz schwerer Katastrophen

Noch kein Monat ist verstrichen seit dem großen Unglück auf der westfälischen Zeche Kaiserstuhl, wobei gegen 20 blühende Menschenleben vernichtet wurden, und schon wieder hat eine noch viel größere Anzahl braver Bergleute infolge der Mangelhaftigkeit des modernen Bergbetriebes ihr Leben lassen müssen.

Und zwar in einem staatlichen Betriebe, denn die Grube Königin Luise ist fiskalisch.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das Wort vom Stillstand der deutschen Sozialreform richtig ist, die fortgesetzten Grubenkatastrophen würden ihn liefern. Einmüthig fordern die Bergleute u. a. Betheiligung an der Grubeninspektion, die Regierung aber bleibt stumm. Der preußische Handelsminister Brefeld hat zwar eine Konferenz von Sachverständigen des Bergbaues veranlaßt, die speziell den Zweck hat, Maßnahmen ausfindig zu machen, wie sich die blamabel hohe Unfallsziffer des preußischen Bergbetriebes herabmindern läßt. Ueber den Stand der Arbeiten dieser Kommission erfährt man aber nichts.

Nachdem das gegen die Arbeiterkoalitionen gerichtete Rundschreiben des Grafen Posadowsky bekannt geworden ist, bedarf man keiner besonderen Prophetengabe, um als ziemlich sicher anzunehmen, daß unter den Maßnahmen, die Handelsminister Brefeld gegen die Unfallsgefahren des Bergbaues zu treffen beabsichtigt, sich die schwerlich befinden wird, von den Bergleuten selbst gewählte Arbeiter zur Grubenkontrolle heranzuziehen, denn das liefe ja auf die Anerkennung und Förderung der Arbeiterorganisationen hinaus, wäre also das gerade Gegentheil der von dem Grafen Posadowsky auch jüngst im Reichstage geäußerten Anschauung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

Käthe R. 100. Wird in zwei Silben gesprochen.

J. R. Seit dem 23. März 1892 ist Bosse Unterrichtsminister, früher war er Staatssekretär des Reichsjustizamtes.

Johannisthal. In diesen Tagen.

H. 10. Moabit. Wenden Sie sich an den Verband Berliner Portiers und Berufsgenossen. Vorsitzender W. Große, Marburgerstr. 18. Bureau Lindenstr. 15, 9—4. Ueber die Gebühren sind wir nicht unterrichtet.

Höchst a. M. Zur Aufnahme ungeeignet.

R. St. 106. Nein. — **B. Sch. G.** Es läßt sich nur der frühere Besitzer beim Amtsgericht mit Aussicht auf Erfolg verklagen. Die Klage kann etwa 20 M. kosten und 4 Monate dauern. — **A. 100 Stettin.** Ja. Wer an öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, überhaupt an Orten, an welchen Menschen verkehren, Oeffnungen dergestalt unverdeckt läßt, daß daraus Gefahr für andere entstehen kann, ist nach § 367 Nr. 12 Str.-G.-B. strafbar und für den angerichteten Schaden zivilrechtlich haftbar. — **Putzer 98.** Heine. — **H. S. 207.** Schulden für nicht zum Gewerbebetrieb entnommene Waaren verjähren in 2 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind.

Wetter-Prognose für Dienstag, 18. Januar 1898.

Zeitweise aufklärend, vorherrschend wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden; etwas kälterer Nacht und steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Zimmerer. In einer am 12. Januar tagenden, stark besuchten Platzdeputirten-Versammlung wurde seitens des Vertrauensmannes Fischer das in der letzten öffentlichen Versammlung angenommene Sammelsystem nochmals beleuchtet. Redner meint, da seitens eines Theiles der Verbandsmitglieder beschlossen sei, sich nicht eher an den Sammlungen zum Agitations- und Unterstützungsfonds zu betheiligen, bis die Einigungsfrage endgiltig geregelt sei, könne auch die Lohnkommission nicht mehr einheitlich in der bisherigen Agitationsweise fortfahren, was aber auch gleichzeitig das Zugrundegehen der bisherigen guten und erfolgreichen Bewegung bedeute. Am allerwenigsten sei ein derartiger Beschluß aber dazu angethan, die Vereinigung beider Organisationen zu fördern, wenn seitens der Verbandskameraden behauptet werde, man wolle sich auf eigene Füße stellen und selbständig vorgehen, so sei das unter den gegebenen Verhältnissen und bei der Zusammensetzung der beiden Organisationen nicht möglich, man könne daher höchstens die Mitglieder aus den Organisationen verlieren, die Berliner Zimmerleute seien heute eine der bestorganisirten Gewerkschaften, gut zwei Drittel der Berufsangehörigen sind zahlende Mitglieder, und deshalb solle man derartige Schritte vor ihrer Ausführung auf ihren Werth prüfen. Redner ersuchte trotz der augenblicklichen Meinungsverschiedenheit den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung zu respektiren und für die Sammlungen wie bisher eintreten, alsdann werde auch die Vereinigungsfrage zur Zufriedenheit beider Organisationen erledigt werden. Der Vorsitzende des Verbandes, Knüpfer, sucht den Beschluß des Nichtsammelns zu rechtfertigen, er erklärt, daß, wenn die Vereinigung beider Organisationen vollzogen, die Verbandsmitglieder ihrer Pflicht nachkommen würden, sollte dies jedoch nicht geschehen, würden die Verbandsmitglieder ihre eigenen Wege gehen und selbständig in die Lohnbewegung eintreten; man müsse bei derartigen Fragen auch der starken Minorität Rechnung tragen, sonst sei eine gedeihliche Entwickelung nicht möglich. In demselben Sinne äußern sich Webers, Weiß, Petereit, Stehr und Kube; letzterer macht besonders Fischer den Vorwurf, daß derselbe den Ansichten der Organisationen zu wenig Rechnung trage und zu großen Werth auf die Beschlüsse öffentlicher Versammlungen lege, wohingegen nur organisirte Zimmerer die Lohnbewegung zum günstigen Abschluß gebracht. Von Obst wird besonders auf die Wirkung des Beschlusses der Verbandsmitglieder in der Einigungsfrage aufmerksam gemacht, derselbe könne wohl zur Zersplitterung der Zimmerer beitragen, niemals aber zur Bekämpfung des Kapitals dienen. Desgleichen erklären sich Schäffer, Päsler, Hoppe, Brolsch und Kranich energisch für das Weitersammeln zum Streikfonds, sie sind der Meinung, daß die Einigungsfrage getrennt von der Lohnbewegung behandelt werden müsse. Knopp als Mitglied des Verbandes behauptet, daß der Beschluß des Nichtsammelns nur durch einzelne Personen zu stande gekommen sei, einer allgemeinen Verbands-Versammlung habe derselbe nicht vorgelegen. Es wird hierauf eine Resolution, durch welche sich die Platzdeputirten verpflichten, für die Sammlungen einzutreten, angenommen. Knüpper erstattet sodann Bericht über die Arbeitsniederlegung der Zimmerer des Zimmermeisters Janicke an der Rüstung in der Gertraudtenstraße. Dieselbe sei erfolgt durch die inhumane Behandlung seitens des Poliers Krüger, der aus ähnlichen Anlässen schon mehrfach Grund zur Klage abgegeben hat. Auch sollte in schwindelnder Höhe ohne die nöthigen Schutzvorrichtungen gearbeitet werden, als sich Redner hierauf im Auftrage der Lohnkommission an den Vertreter des Baugeschäfts wandte, wurden dieselben barsch abgewiesen. Erst nachdem sämmtliche Zimmerer die Arbeit niedergelegt, wurde der Polier Krüger nach einem anderen Bau versetzt und auch die nöthigen Schutzvorrichtungen angebracht. Den Gemaßregelten wurde Unterstützung zugebilligt. Ein Antrag, die Gewerbegerichts-Wahlen in Schöneberg zu unterstützen, wurde der Lohnkommission überwiesen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Die Bauarbeiter diskutirten am Sonntag in einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung die Frage einer eventuellen Lohnbewegung im kommenden Frühjahr. Im Hinblick darauf, daß die Maurer und Zimmerer in den letzten zwei Jahren eine Aufbesserung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit errungen habe und in anbetracht des Umstandes, daß der Lohn der Bauarbeiter ein unzureichender sei, waren die Redner darin einig, daß eine Lohnbewegung das geeignete Mittel sei zur Verbesserung der Lebenslage der Bauarbeiter. Es wurde weiter betont, daß die Lohnbewegung der Maurer den Bauarbeitern keinen Vortheil gebracht habe, daß die Maurer, wenn es sich auf einzelnen Bauten um Lohnstreitigkeiten der Bauarbeiter handelte, diesen nicht dasjenige Maß von Solidarität gezeigt hätten, was die Bauarbeiter den Maurern gegenüber geübt hätten, und daß sich die Bauarbeiter deshalb hinsichtlich ihrer Lohnbewegung auf eigene Füßen stellen müßten. Die Versammlung setzte eine Kommission ein, welche sich über alle Verhältnisse im Beruf informiren, und Vorbereitungen für eine etwaige Lohnbewegung treffen soll. In die Kommission wurden Rennthaler, Renner, Fritz Krüger, Sprenger und Zeise gewählt. Ferner wurde beschlossen, eine Zahlstelle für den Norden zu gründen.

In Pankow fand am Sonnabend eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Genosse Bebel, der über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach, beleuchtete in treffender Weise die reaktionären Strömungen auf verschiedenen Gebieten der Reichspolitik, er wies darauf hin, daß das allgemeine Wahlrecht in Gefahr sei, und forderte die Anwesenden auf, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der bisherige Abgeordnete des Kreises mit möglichst großer Stimmenzahl wiedergewählt werde. Lebhafte Entrüstung bekundete die Versammlung gegenüber dem von Bebel gleichfalls gekennzeichneten Erlaß des Grafen Posadowsky, die Verschärfung der Strafbestimmungen bezüglich des Koalitionsrechts betreffend. — Der Vertrauensmann Freiwald gab eine bezeichnende Illustration zur Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Pankow. Während die Versammlungen anderer Parteien ohne jede Einschränkung hinsichtlich der Zeitdauer tagen können, müssen sozialdemokratische Versammlungen mit Eintritt der Polizeistunde um 11 Uhr geschlossen werden. Ein Gesuch, diese Versammlung bis 12 Uhr tagen zu lassen, habe der Amtsvorsteher abgelehnt mit der Begründung, eine höheren Orts erlassene Verfügung gestatte das nicht. Die dem Vertrauensmann zugestellte Anmeldebescheinigung über diese öffentliche Versammlung enthielt den Passus, auf grund des § 8 des Vereinsgesetzes wird die Theilnahme von Frauen verboten, widrigenfalls die Versammlung der Auflösung anheimfällt. Auf Freiwald's persönliche Vorstellung hat der Amtsvorsteher dann dies ungesetzliche Verbot zurückgenommen und dasselbe als auf einem Irrthum beruhend bezeichnet. — Die Versammlung nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen Bebel's an und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Briefkasten der Redaktion.

E. B. W. 2. Ja; gehört der Meister der Innung an, ist bei dieser, sonst beim Gewerbegericht zu klagen. — **S. B. 19.** Mahnen Sie den betreffenden. Antwortet er, so haben Sie Schuldbeweis in Händen. Antwortet er nicht, so bleibt Ihnen nur Eideszuschiebung. — **L. T.** 1. Nein. 2. Uns nicht möglich. — **G. Müller.** Wiederholen Sie die Anfrage. — **H. H.** Ja. — **A. B. 1000.** Daran können die betreffenden leider nicht gehindert werden. — **O. M.** Die Berufung ist innerhalb einer Woche nach der Verurtheilung beim Amtsgericht zu Rixdorf einzulegen. Die Wiederklage können Sie nicht mehr erheben, sondern nur im Wege der Privatklage verfolgen. — **A. B. 112.** Die Kündigung ist hinreichend. — **E. R. 64.** 1—3: Die Anfechtungsklage ist nicht mehr zulässig. Es kann jetzt nur die Wiederaufhebung der Entmündigung bei dem Amtsgericht, bei dem Sie Ihren Wohnsitz haben, beantragt werden. Hierfür ist Anwaltszwang nicht vorgeschrieben. Wird der Antrag abgelehnt, so kann beim Landgericht (durch einen Anwalt) Klage erhoben werden. Nach Lage der Sache kann zu dem Antrag auf Wiederaufhebung der Entmündigung nicht gerathen werden. — **E. R. 11.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Auch eine Frau, die sich zum zweitenmal verheirathet und nach der ersten Heirath noch keinen Antrag auf Rückerstattung der Klebemarken gestellt hatte, hat das Recht, innerhalb 3 Monaten nach Eheschluß, Rückerstattung der Hälfte der Klebemarken (falls mindestens 235 geklebt sind) zu verlangen, denn § 30 des Invaliditäts-Gesetzes spricht nur von „weiblichen Personen", nicht von Mädchen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 18. Januar.

Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Ehre). Bajazzi. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Mutter Thiele. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. ½8 Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Mein Leopold. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Die Journalisten. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Familie. Vorher: Der Herr Kandidat. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Der Bettelstudent. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die wilde Jagd. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Das Opferlamm. Anfang 7½ Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die relegirten Studenten. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die wilde Jagd.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der König.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Registrator auf Reisen.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Frerking.
Musik von Gustav Steffens.
Dora . . . . Anna Müller-Linde.
Bollmann . . Arthur Winckler.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute Dienstag, 18. Januar 1898:
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Kneisel. Musik von Conradi.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Mittwoch: Doctor Wespe.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Zum 49. Male:
Leben und Lieben.
Volksstück mit Gesang in fünf Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Mittwoch: Zum 50. Male: **Leben und Lieben.** Vorher: Humoristischer Prolog, verfaßt und gesprochen von Oskar Klein. — Donnerstag: **Die Waise von Lowood.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen-Faur
Siegwart Gentes
Miss Bertholdi
Desroches-Bianca
und 30 Kunstkräfte 1. Ranges.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.
Montag, den 24. Januar:
Debut der Mme. Yvette Guilbert.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 18. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 135. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen: **Berliner Fahrten.**
In Vorbereitung:
Die Tugendfalle.

Neues Olympia-Riesen-Theater.
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösstes, machtvollstes und prächtigstes Schaustück der Gegenwart. **700** Aufführ. in London. **1000** Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in England. 2. Bild: Spanischer Stierkampf. 3. Bild: Wiener Jahrmarkt. 4. Bild: Räuberüberfall in den rumelischen Bergen.
Das Schlachtfeld.
5. Bild: Der Sklavenmarkt.
6. Bild: Prunkpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Enthauptung des Räuber-Hauptmanns.
Kolossaler Prachtaufzug.
Wasserschauspiel auf dem Bosporus. Eine wirkliche Flotille. Die Riesen-Ballets, die Pracht der Kostüme und Dekorationen überragen alles bisher Dagewesene.
Preise der Plätze von 50 Pf., 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,— und 5,00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr:
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss:
Illustrirtes Quodlibet
in 12 lebenden Bildern.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Nur noch vier Aufführungen von
Die Liebe im Eckhause.
Lustspiel in 2 Akten.
Neu! **Flotte Matrosen.** Neu!
Gr. Ausstattungs-Operette in 1 Akt.
Auftreten sämmtlicher Kunst-Spezialitäten.
Freitag, den 21. Januar 1898:
Benefiz für den Regisseur Ad. Dessau.
Vollständig neues Programm.
Anfang. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.

Reichshallen-Theater,
Leipzigerstrasse 77,
bietet gegenwärtig unstreitig das beste Spezialitäten-Programm in Berlin.
Beweis: Brausender Jubel! Stürmisch. Dacapos Volle Häuser!
Alle fünf Derringtons auf einem Rade.
Max Walden,
das geniale Tanz-Genie.
Hella Collier,
der reizend. Soubretten-Stern.
Excelsior-Mimograph
zeigt lebende Photographien in höchster Vollendung.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel
täglich:
Militär-Concert
in Uniform. Anfang 8 Uhr.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Auf allgemeines Verlangen neu einstudirt:
Liesecke in Italien.
Kom. Singspiel in 2 Akten von L. Ely.
Musik von Richard Thiele.
Neue Spezial-Nummern.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Quarg's
Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Anhaltende Lachsalven!
Das Armband.
Das Modell.
Die 1. Original-Budapester
(Lautzky & Spitzer)
erzielen bedeutende Erfolge in
Quarg's Vaudeville-Theater, Gr.-Hotel Alexanderpl.
1. Original-Budapester. 1. Original-Budapester.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. H. Pierry.
Artistischer Leiter Jos. Aschinger.
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Eißner u. Jean Häußler.
Musik von Joh. Eißner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Dienstag, den 18. Januar 1898, abends 7½ Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
Auftreten sämmtlicher neu engagirter Künstlerinnen und Künstler: Madame Antoinette, Mlle. Theresitta, Amerikaner Whittaker, Alfred Krembser, Stepp und Trepp. Außerdem: Rabenvater, ostpreuß. Hengst in kurzer Zeit dressirt und geritten von Herrn Foottit-Burghardt. Die vorzügl. Freiheitsdressuren des Dir. Busch.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanischen Leben. Besonders hervorzuheben: Der Brand des grünen Schlosses mit der Flucht des Don Castodurus und seiner Geliebten sowie sämmtlichen Pferden. Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe.
Morgen 7½ Uhr: Grosse brillante Vorstellung.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.

Familie Kochsalz
der neueste Schlager
des I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theaters
Direktion und Begründer:
Anton u. Donat Herrnfeld
in **Kaufmann's Variété**
giebt Ursache zum
Tagesgespräch
aller
Lachlustigen.
Ferner das brillante Spezialitäten-Ensemble u. d. reizende Operette:
Gefälschte Jungen.
Anfang 8 Uhr, Kassenöffnung ½7 Uhr, Vorverk. für num. Plätze von 11—2 Uhr.
In Vorbereitung:
Von Dreien der Glücklichste.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Die Theaterprobe.
Posse von Gustav v. Moser.
Zum 273. Male: Lene.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Wiederauftreten des Direktors Richard Winkler und Wilhelm Fröbel in der aktuellen Operetten-Burleske
Das radelnde Berlin
Dazu das erfolgreiche
Spezialitäten-Personal.
Neu! Geo Willard. Neu!
Urkomisches Fantoche-Theater.
Großer Beifall: Cabaret.
Dressirte Liliputaner-Hündchen u. s. w.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.

Todes-Anzeige.
Allen Sangesbrüdern und Freunden zur Nachricht, daß unser Mitglied
Robert Schwarzer
am Sonntag Mittag plötzlich verstorben ist. Um stilles Beileid bittet
Gesangverein Liedes-Echo.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons und Die Verschwörer. Neu!
Rolnhold Lange, der beste Humorist der Jetztzeit. | Käthe Leonardi, bildschöne Kostüm-Soubrette
Neu! Mr. Alfons, Neu!
der bedeutendste Hand- und Fuß-Schnellmaler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Der Arbeiter schützt sich vor Verlusten, wenn er sich bei der Allgemeinen Volks-Kranken- und Volks-Sterbekasse versichert. Aufnahmen direkt bei der Subdirektion, Skalitzerstraße 82 I, am Schlesischen Thor, zu billigen und festen Beiträgen. Vertreter überall gesucht! 2791b*

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten u. Tabake
Lindowerstr. 25 an der Müllerstr.

Garten-Lokal
(Vorort) mit Tanzsaal u. Kegelbahn, versch. Vereine, sof. billig z. verkaufen. Zu erfragen bei Zech, Boeckhstr. 50.

Meyer's Lexikon, 2. Aufl., illustr., 16 Bd., sämmtl. Karten und Abbild. verk. 20 M. K. T. postf. 42 Berlin. 2710b

Betten Stand 10,—, 15,—, 20,—, 25,— bis 80,—. Federn 0,60, 1,—, 1,50 bis 8,—. Bettwäsche u. Steppdecken spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8.

Fracks u. Gesellschaftsanz., für jede Figur passend, werden verliehen. J. Baruch, Kommandantenstr. 72 I, 2441* Ecke Beuthstraße.

Wenig gebr. Maschine (Halbrenner, Mod. 98) umständeh. sof. bill. verk. Wohlfahrt, Cuvrystr. 17, IV. r.

Maskengarderobe
zu den billigsten Preisen empfiehlt 4166b F. Steuzel, Kottbuser Damm 8. II.

Kohlengeschäft
sofort verkäuflich, Fahrwerk, gute Kundschaft Prinzenstr. 86.

Destillation verkäuflich 750 M., Miethe 800 M., Pappel-Allee 117, Kolonialgeschäft. 2785b

Prima Senftenberger Briquetts. Marke pro Tausend frei 6 M. liefert A. Herrmann's Kohlenlager, Bahnhof Moabit, Quitzowstraße 83.

Suche sofort für meine Tochter in anständ. Familie Schlafstelle, Gegend Markus- u. Frankfurterstr. Adressen G. H. 100 Postamt 59. 2773b

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. [4066*

Schlafstelle, möbl., für 2 Herren Kirchhofstr. 7, Seitenfl. I. Friedrich.

Achtung! Achtung!
Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Ahrens, Thurmstraße:

Grosse Protest-Versammlung

der Frauen und Mädchen Berlins.

Tages-Ordnung:

1. **Die Heiligkeit der Familie in Theorie und Polizei-Praxis.**

Referenten: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen** und Genossin **Martha Rohrlack.** 2. Diskussion. — Um zahlreichen Besuch seitens der Genossinnen und Genossen ersucht 2765b

Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 18. Januar 1898, abends 8½ Uhr:

Große Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn **Graumann**, Rauchstraße 27.

Tages-Ordnung:

1. **„1898 und die Bedeutung der Wahlvereine."** Referent: Reichstags-Abg. **Fr. Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. 242/2

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn Haase, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **G. Wagner** über: „Industrie und Marine". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 242/3

Der Vorstand.

Achtung! Genossinnen Achtung!
und Genossen Charlottenburgs.

**Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr,
im Lokal „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39:**

Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Rechtsanwalt **Wolfgang Heine** über: „Die schutz- und rechtlose Stellung des Proletariats im heutigen Polizeistaate". 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Vertrauensperson. 4. Neuwahl derselben. 2766b

Um recht zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, ersucht

Die Vertrauensperson.

Achtung, Rixdorf! Achtung, Rixdorf!
Mittwoch, 19. Januar, abends 8½ Uhr, in Gröpler's Salon, Bergstrasse 147:

Gr. öffentliche Volks-Versammlung
für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung: 1. **Die neuen Mittel zur Bekämpfung der Unsittlichkeit und der Protest der Frauen Rixdorfs.** Referent **Reichstags-Abgeordneter Genosse Rechtsanwalt Haase-Königsberg.** 2. Diskussion. 3 Verschiedenes. 202/3

Zur Deckung der Unkosten 10 Pfennig Entree.

Um regen Besuch dieser Versammlung ersucht

Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Perlmutt-Arbeiter.

Donnerstag, 20. d. M., abds. 7½ Uhr, bei Schöning, Köpnickerstr. 68:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu der 52stündigen Arbeitszeit? 2. Lieferung der Werkzeuge und was gedenken wir dagegen zu thun? 3. Verschiedenes. 76/13

Die Werkstätten von **Crosinsky & Eisenack, Silberblatt, Abramowsky** und **Ludw. Schulz** werden hiermit besonders eingeladen.

Holzarbeiter!

Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im „Fürstenhof", Köpnickerstraße 137/138:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Ueberfeierabend-Arbeit bei Olm, Köpnickerstraße, und wie stellt sich die Innung hierzu? Referent Kollege **Kunze.**

Der Obermeister **Marschall** und Herr **Olm** sind zu dieser Versammlung eingeladen. 76/14

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vertrauensmann.**

Buchdrucker!

(Tarifgemeinschaftsgegner.)

Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 8½ Uhr, in den **Arminhallen:**

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 2. Diskussion. 3. Konstituirung des Ortsvereins und Wahl des provisorischen Vorstandes. 4. Aufnahme von Mitgliedern. 2777b

Der Einberufer.

Central-Krankenkasse d. Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit" (Verwaltungsstelle Berlin).

Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassen- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1897.
2. Wahl des 1. Kassirers, 2. Bevollmächtigten, 2. Schriftführers und zweier Revisoren.
3. Verschiedenes. 149/1

Mitgliedsbuch legitimirt.

Bureau: Stralauerstr. 12. Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Die Verwaltung. J. A.: **W. Garbe.**

Künstl. Zähne 1,50 M. Plomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Mantcuffelstr. 43, II Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—8 Uhr.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx ꝛc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Reparatur. (Man verl. Preiskurant.)

Central-Festsäle (vormals Orpheum), **Alte Jakobstr. 32.**

Säle mit Bühne. 50—800 Personen fassend. Vereine und Versammlungen erhalten noch von Garderobe, Kaffeetafel Rabatt. **Franz Müller.**

Zur Beachtung.

Orts-Krankenkasse
der
Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe,
Berlin C., Klosterstr. 65 —67.

Vom 1. Februar 1898 ab ist das Kassenlokal werktäglich **nur** von 9—1 Uhr **vormittags** geöffnet.

Sonn- und Feiertags geschlossen.

265/2 Der Vorstand.

Ein donnerndes Hoch unserem Mitgliede **Wilh. Köpke** (Kraftdroschkenführer) zu seinem heutigen Wiegenfeste sendet 2778b

Lotterieklub „Treffer".

Achtung! Achtung!

Sangeslustige Damen u. Herren, die gewillt sind, einem älteren Gesangverein, **Gemischter Chor. Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes,** der unter Leitung eines anerkannt tüchtigen Dirigenten steht, beizutreten, werden freundlichst ersucht, sich **Mittwochs, abends von 9—11 Uhr,** im Uebungslokal, Restaurant **Schiller, Rosenthalerstr. 57,** zu melden. 65/1

Die im Lokale des Herrn **Rutsch,** Buckowerstr. 1, gegen dessen Ehefrau geäußerte Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre Frau **Rutsch** für durchaus ehrenhaft.

2776b **Johann Tetzlaff.**

Lohnende einfache **Fabrikationen.**

Compl. Einrichtungen incl. Vorschriften zur Fabrikation von Feuer- u. Kohlenanzündern, Wasch- u. Toiletteseifen, Seifenpulver und Stiefelwichse etc. Fachkenntnisse nicht erforderlich. 17jähr. Praxis. Zahlr. Anerkenn. Katalog. gratis. **Fallnicht's Laborat., Altona a. Elbe.**

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.

Inh. Martin Herzberg.

Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Vereinszimmer mit Piano, bis 50 Personen fassend, zu vergeben. 2751b* **M. Adler,** Linienstr. 63.

Man trinke:

Original-Löwenbitter

Das beste für den Magen.

In Flaschen
à **Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.**

Wie im Ausschank überall zu haben.

Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.

R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Die Kinder strotzen

von Gesundheit, welche mit Carl Koch's Nährzwieback genährt sind. Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, starken Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerths geeignet, die Kinder vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: Skrophulose, Drüsen, Darmkatarrh, Rhachitis, Knochenkrankheiten u. s. w. zu schützen. In Packeten und Düten zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. bei Herrn **Kosehick,** Kottbuser Damm 12.

Möbel auf **Theilzahlung** J. Ostrowski jr. Große Frankfurterstr. Nr. 1, I.

Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen**
und **Resten**

älterer Muster in weiß und crême, zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager von**

Bruno Güther,

Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Flur **(kein Laden).**

Neuheiten treffen täglich ein.

Proben nach außerhalb portofrei. 4136L*

Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20:

General-Versammlung.

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Die nächste Vorstellung findet für die III. Abtheilung am 30. Januar, für die IV. Abtheilung am 6. Februar im Lessing-Theater statt.

Neue Mitglieder können sich zur V. Abtheilung noch in allen Zahlstellen melden und werden **die Mitglieder und Freunde der „Freien Volksbühne" gebeten, in ihren Bekanntenkreisen für die schleunige Füllung dieser Abtheilung zu wirken,** da zur Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts im Vereins-Etat die volle Besetzung der Abtheilung Vorbedingung ist.

Die erste Vorstellung der V. Abtheilung findet im **Lessing-Theater** statt. Aufgeführt wird: 228/4

Bartel Turaser.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Oeffentliche Versammlung
der Musikinstrumenten-Arbeiter

Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr,
in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

Warum weigern sich die Musikinstrumenten-Arbeiter, ihre beim letzten Streik eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen? Referent **Robert Schmidt.** Diskussion. 76/12

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Klinger, Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins.

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

(Filiale Berlin I.).

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches und Kassenbericht. 2. Bericht und Neuwahl der Unterstützungskommission. 3. Bericht der Arbeitslosen-Unterstützungskommission. 4. Was wollen die Stuttgarter Lithographen? 5. Diskussion. 6. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche noch Senefelder-Broschüren haben, werden ersucht, dieselben spätestens in dieser Versammlung abzurechnen.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 96/2

Die Verwaltung.

Die Heilkraft meines reinen Brombeerweines

ist erprobt bei **Asthma, Verschleimung, Husten, Erkältung, Influenza, Schlaflosigkeit.** Gebrauchs-Anweisung auf dem Etiquett jeder Flasche. **Geschmack wie Portwein.** Preis pr. Fl. 1,10 Mk. inkl., 10 Fl. 10 Mk., **30 Sorten anerkannt beste, reine Fruchtweine von 40 Pf. bis 1,50 Mk. einschließl. Flasche. 10 Sorten Fruchtsäfte.** Preisliste mit Beschreibung über Werth und Heilkraft der Fruchtweine bitte zu verlangen.

Dieser reine Brombeerwein ist von köstlichem Geschmack und als Tischgetränk, besonders bei festlichen Gelegenheiten, auch für die feinste Tafel, sehr zu empfehlen. — Glasweiser Ausschank Prinzenstraße 83, I, im Speisehaus.

In Berlin und nächsten Vororten sende frei Haus. **Nach Auswärts:** Probepostflaschen mit 3 Fl. kostet 1 Mk., für Porto und Verpackung, Bahnkiste mit 12 Fl. 12 Mk. inkl. Verpackung.

D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.

Verkaufsstellen:

S. u. SW.: Staats, Waldemarstr. 28. C. Lengsfeld, Bergmannstraße 14. Mader, Prinzenstr. 37 u. 83. Braun, Kottbuser Damm 5. Cuvrystr. 46, im Restaurant. **N. u. NW.:** Krause, Ackerstr. 83/84. Schwan, Reinickendorferstr. 23a. Pohl, Brunnenstr. 155. Auguststr. 58, im Backwaaren-Geschäft. Werner, Alt-Moabit 15. **O., SO. u. NO.:** A. Schmidt, Petersburgerstr. 85. Rausch, Gr. Frankfurterstraße 65. Behl, Marienburgerstr. 36. O. Neumann, Blumenstr. 21a. Zimmer, Thaerstr. 62. **C. u. W.:** Henke, Spandauer Brücke 1a. Marzahn, Potsdamerstr. 16. Lukay, Neue Winterfeldtstr. 47. Genossensch. Hülfe, Brüderstr. 41/42. **Charlottenburg:** Siefke, Grolmanstraße 18. König, Grolmanstr. 14. **Schöneberg:** Niemann, Colonnenstr. 1.

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178, II. Adalbertstraße 91. Ecke Oranienstraße.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Gratis! Tausende. Viele Anerkennungsschreiben.

---

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
Liefert 3053b*
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Strickwolle-Ausverkauf.
Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. I. 1 Tr.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend billig. **Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4055b*

Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Leihhaus Neue Roßstraße 3. II. Geschäft. Beleih. von Gold, Uhren, Silber, Wäsche, Kleidungsstücken. Aufbewahrung der Pfandstücke 12 Monate

---

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Wenge vor der Noth!
Allgem. Volks-Krankenkasse
E. H. 126.

Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal: Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Kleine Beiträge! — Hohes Krankengeld!

Krankengeld auch für Sonn- und Festtage wird gezahlt 13 Wochen im vollen und weitere 13 Wochen im halben Betrage. — **Halleschestr. 4, Stalitzerstr. 82, Kaiser Wilhelmstraße 28, Brunnenstraße 119, Schulstraße 37,** werden Beitrittserklärungen entgegengenommen.

Agenten 3056b* gegen hohe Provision jederzeit gesucht.

Möbel auf **Theilzahlung.**
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26

Stempel-Fabrik von Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142.
liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehener gewesener Möbel 4053b*

Oranienstr. 73.

Winterpaletots, Anzüge, Remont.-Uhren, spottbillig Neanderstr. 6, **Pfandleihe.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.

Am 16. d. M. starb unser Mitglied, der Dreher 110/5

Robert Schwarzer.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar 1898, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. Um rege Betheiligung bittet

Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Unser Mitglied

R. Pelikan

ist am 15. d. M. verstorben.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs, Landsberger Allee, aus statt. 166/2

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie den S. A.-B., den H.-A.-B. und den Arbeiterinnen, Arbeitern der Piano-Mechanik-Fabrik von Oskar Köhler meinen herzlichsten Dank.

Wtw. Marie Schulz
2783b geb. **Reichmuth.**

Danksagung.

Allen Freunden und Kollegen meines Mannes innigsten Dank für die zahlreiche Betheiligung bei der Beerdigung und für die große Blumenspende, vor allem dem Gesangverein **Buchbinder Männerchor.** 2784b

Wtw. Theuerkauf und Kind u. sonstige Verwandten.

Danksagung.

Für die herzliche Betheiligung bei der Beerdigung meines verstorbenen Mannes, des Zimmerers **Wilhelm Wusterak,** sage hiermit allen Betheiligten, besonders den Herren Kameraden meinen innigsten Dank.

Wwe. Wusterak und Hinterbliebene.

Abrechnung

von der Matinee für die englischen Maschinenbauer vom 1418

Arbeiter-Gesangv. „Nord"

Einnahme:
663 Billets à 30 Pf. . . 198,90 M.
Ausgabe: 61,85 „
Ueberschuß: 137,05 M.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 4076Z*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets ꝛc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Warne jeden, meiner Frau etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 2790b

Karl Gruschat, Mantcuffelstr. 52.

Betten, Steppdecken, Regulatoren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Arbeitsmarkt.

Wir suchen einen tüchtigen

Buchstaben-Schleifer

für guten Lohn und dauernde Beschäftigung. 4137L*

Gebrüder Rudolph.

Kinderkleidchen-Arbeiterinnen bei Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstraße 19. 2675b

---

„Tricot."

30 tüchtige Arbeiter u. Arbeiterinnen, mit englischen Rundmaschinen vertraut, finden **dauernde u. lohnende** Beschäftigung. Lohn 17—20 Pfg. pro Meter, bei 11/2*

Albert Müller Nachfolg.,
Tommerfeld N.-2.

Gesucht 200 Korbmacher

auf viereckige Geschoßkörb, Lohn 4 M. Adressen unter **N. 1** an die Expedition dieses Blattes. 2786b

---

Ich suche einen tüchtigen zuverlässigen **Karton-Zuschneider,** Wochenlohn 30 M., Stellung dauernd. 2775

Fedor Karfunkelstein Nachf.,
Landsbergerstr. 16.

Zehn tüchtige Hartgummi-Drechsler sucht 10/18*

H. M. Anton, Elisabeth-Ufer 19.

Blousen-Näherinnen, selbständig, bei hohem Verdienst sucht **Wolinski,** Wörtherstr. 22. 2750b

---

Stepperin u. Handnäherin a. Hosen bert. Höchstestr. 29, v. I. 2787b

---

Oberhemden-, Blousen-Arbeiterin verlangt 2772b

Mühlenbeck, Pücklerstr. 13.

Tüchtige Belegerinnen auf Goldleisten gesucht Liegnitzerstr. 15. [2769b

---

Karton-Arbeiterinnen, geübt, verlangt **Wolff,** Neue Friedrichstr. 48. *

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Waaren-Kaufhauses Julius Elias, Moabit, Thurmstr. 19, bei.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.